

Stenografischer Bericht

34ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVIII. Gesetzgebungsperiode 15. September 2022

Beginn: 11:03 Uhr

Entschuldigungen: Landeshauptmannstellvertreter Lang und LTAbg. Thürschweller

W1. Einl.Zahl 2486/1

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Wahl einer Ordnerin/eines Ordners (7046)*

M. Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

D1. Einl.Zahl 2451/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Drexler

Betreff: *Asylchaos von Jänner bis Juli 2022: 41.909 Anträge zeigen Notwendigkeit einer sofortigen Kehrtwende in der Asylpolitik!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Kunasek (7046)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Drexler (7055)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Kunasek (7063), LTAbg. Mag.(FH) Hofer (7066), LTAbg.

Mag. Hermann, MBL (7067), LTAbg. Forstner, MPA (7070), LTAbg. Dr. Murgg (7074),

LTAbg. Triller, BA MSc (7074), LTAbg. Reif (7077), LTAbg. Mag. Schnitzer (7080),

Beschlussfassung: (7083)

D2. Einl.Zahl 2481/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Amon, MBA

Betreff: *In der Elementarpädagogik brennt der Hut: Personalmangel und Gruppenschließungen als erste Vorboten eines elementarpädagogischen Kollapses*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann, MBL (7084)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Amon, MBA (7091)

Wortmeldungen: (Siehe D5)

Beschlussfassung: (7146)

D3. Einl.Zahl 2482/1

Dringliche Anfrage der NEOS an Landesrat Amon, MBA

Betreff: *Rettet den Kindergarten! Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die steirische Kindergarten- und Kinderkrippenkrise wirksam zu bekämpfen?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Swatek, BSc (7099)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Amon, MBA (7107)

Wortmeldungen: (Siehe D5)

Beschlussfassung: (7147)

D5. Einl.Zahl 2502/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landesrat Amon, MBA

Betreff: *Nach Jahren der Ankündigung: Warum wird die Sozialstaffel nicht umgehend umgesetzt?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Klimt-Weithaler (7114)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Amon, MBA (7120)

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck (7123), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (7125), LTAbg. Grubesa (7127), KO LTAbg. Swatek, BSc (7131), LTAbg. Mag. Hermann, MBL (7134), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (7138), LTAbg. Dirnberger (7141), KO LTAbg. Swatek, BSc (7144)

Beschlussfassung: (7148)

D4. Einl.Zahl 2489/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrätin Dr. Bogner-Strauß

Betreff: *Jetzt handeln: Steirische Gesundheitsversorgung endlich sicherstellen!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Schwarzl (7148)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Dr. Bogner-Strauß (7155)

Wortmeldungen: LTAbg. Schwarzl (7161), KO LTAbg. Krautwaschl (7163), LTAbg. Triller, BA MSc (7167), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (7169), LTAbg. Dr. Pokorn (7171), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (7174), KO LTAbg. Riener (7174)

Beschlussfassung: (7177)

Erste Präsidentin Khom: Hohes Haus!

Es findet heute die 34. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung außerhalb der Tagung.

Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler an der Spitze sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind der Herr Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang und der Herr Kollege Andreas Thürschweller.

Am 09. September 2022 wurde von Abgeordneten der FPÖ und der NEOS eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark außerhalb der Tagung beantragt und heute auch einberufen.

Gemäß Art. 15 Abs. 5 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dieser von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte Sie sich von Ihren Plätzen zu erheben. Denn bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht eines verdienten Mitgliedes unseres Hauses zu gedenken.

Am 21. Juli dieses Jahres verstarb der ehemalige Landtagsabgeordnete Franz Trampusch im 89. Lebensjahr. Lassen Sie mich daher einiges aus dem Leben und dem politischen Wirken des Verstorbenen in Erinnerung rufen.

Franz Trampusch, geboren am 26. Februar 1934, wuchs bei seiner Mutter und Schwester im südsteirischen Wagna auf. Nach Abschluss der Pflichtschule absolvierte er eine kaufmännische Lehre und arbeitete anschließend als Gemeindesekretär in Retznei.

1965 begann seine politische Laufbahn mit dem Einzug in den Gemeinderat von Wagna. Bereits zwei Jahre später wurde Franz Trampusch zum Vizebürgermeister gewählt. Ab 1971 bekleidete er das Amt des steirischen Landesgeschäftsführers des österreichischen Städtebundes und zeitgleich jenes als Landessekretär des SPÖ-Gemeindevertreterverbandes. 1975 erreichte Franz Trampusch mit der Wahl zum Bürgermeister von Wagna den Höhepunkt seiner kommunalpolitischen Laufbahn.

Als Abgeordneter wurde Franz Trampusch am 21. Oktober 1981 angelobt und war damit rund 15 Jahre, bis zum 12. Jänner 1996, und damit drei Perioden lang, in diesem Hause tätig, viele Jahre davon als Klubobmann des SPÖ Landtagsklubs und Mitglied in zahlreichen Ausschüssen.

Um sich weiter auf seine landespolitische Tätigkeit zu konzentrieren trat er 1984 als Bürgermeister von Wagna zurück. Von 1987 bis 1990 bekleidete Franz Trampusch zudem das Amt des Landesgeschäftsführers der SPÖ in der Steiermark.

1999 übernahm er erneut übergangsweise das Amt des Bürgermeisters von Wagna. Es war die letzte Station seines beachtlichen politischen Karriereweges.

Franz Trampusch war verheiratet, hatte zwei Töchter und einen Sohn sowie Enkel- und Urenkel. Aufgewachsen im Sperrgebiet des KZ-Außenlagers in Wagna, kam Franz Trampusch bereits früh mit dem nationalsozialistischen Regime in Berührung. Er setzte sich in jungen Jahren aktiv für den Wiederaufbau der Sozialistischen Jugend Steiermark ein und hielt später zahlreiche Zeitzeugenvorträge, in welchen er auf die Gefahren des Faschismus hinwies. Er galt damit stets als Vordenker und Wegbereiter und führte bis zuletzt unzählige Begleitungen am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers Wagna durch. Besonders für die Jugend leistete der Verstorbene damit wertvolle Bildungsarbeit.

Franz Trampusch war Gründer und Mitglied vieler Vereine und Organisationen. Er war zudem Ehrenringträger des Landes Steiermark, der Stadt Leibnitz sowie seiner Heimatgemeinde Wagna, Ehrenbürger von Wagna und Metlika, Präsident des Steirischen Orientierungslaufverbands, Ehrenamtspreisträger der Volkshilfe, Ehrenpräsident des ASKÖ-Landesverbandes Steiermark, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Aflenz-Wagna, Ehrenvorsitzender der Sozialistischen Jugend Steiermark und Träger der Viktor-Adler-Plakette.

Auch das von ihm verfasste Werk „Kind am Stacheldraht“ wurde am 29. Juni 2022 mit dem „Hans Maršálek“-Preis, welcher für herausragende Leistungen im Bereich der Gedenk-, Erinnerungs- und Bewusstseinsarbeit vergeben wird, ausgezeichnet.

Bis zu seinem Lebensende hat sich Franz Trampusch gesellschaftspolitisch eingesetzt und dabei nie aufgehört, sein Leben dem Wohle der steiermärkischen Bevölkerung zu widmen.

Unser Mitgefühl gilt nun seiner Familie mit seinen beiden Töchtern und seinem Sohn samt Familien.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich Franz Trampusch für die erbrachte Lebensleistung im Interesse und zum Wohle des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Bevor ich zu den Mitteilungen komme, freue ich mich, dass wir wieder Gäste im Hause haben und ich begrüße sehr herzlich die Mitglieder des Seniorenbundes Wildon unter der Führung von Frau Margarethe Schwabl und Herrn Vizebürgermeister Christoph Grassmugg. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Wir haben einige Dringliche Anfragen eingebracht, worüber ich jetzt informiere.

Am Dienstag, dem 23. August 2022 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 2451/1, an Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler betreffend „Asylchaos von Jänner bis Juli 2022: 41.909 Anträge zeigen Notwendigkeit einer sofortigen Kehrtwende in der Asylpolitik!“ eingebracht.

Am Dienstag, dem 06. September 2022 wurde um 14.11 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 2481/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend „In der Elementarpädagogik brennt der Hut: Personalmangel und Gruppenschließungen als erste Vorboten eines elementarpädagogischen Kollapses“ eingebracht.

Am Dienstag, dem 06. September 2022 wurde um 16.36 Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 2482/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend „Rettet den Kindergarten! Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die steirische Kindergarten- und Kinderkrippenkrise wirksam zu bekämpfen?“ eingebracht.

Am Montag, dem 12. September 2022 wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 2489/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „Jetzt handeln: Steirische Gesundheitsversorgung endlich sicherstellen!“ eingebracht.

Heute wurde von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 2502/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend „Nach Jahren der Ankündigung: Warum wird die Sozialstaffel nicht umgehend umgesetzt?“ eingebracht.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine gemeinsame Wechselrede statt.

Wir haben 45 Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Weiters wurden 27 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 der Geschäftsordnung von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gemäß § 78 Z 4 der Geschäftsordnung auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung über, nämlich der Wahl eines Ordners.

Herr Mag. Alexander Pinter übte bis zu seinem Mandatsverzicht im Juli dieses Jahres das Amt eines Ordners aus, weshalb es gemäß § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Ordnerin oder einen Ordner aus der Mitte des Landtages zu wählen gilt.

§ 62 der Geschäftsordnung normiert, dass Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen sind, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die auf der heutigen Tagesordnung stehende Wahl einer Ordnerin oder eines Ordners durch Erheben der Hand durchzuführen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Seitens des Landtagsklubs der Grünen wurde ein Wahlvorschlag lautend auf Landtagsabgeordneten Andreas Lackner eingebracht.

Ich bringe nun diesen Wahlvorschlag zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die diesem zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Herr Kollege Lackner ist somit einstimmig als Ordner gewählt worden und ich ersuche den Abgeordneten Andreas Lackner zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

LTAbg. Andreas Lackner - Grüne: Ja, ich nehme die Wahl an.

Erste Präsidentin Khom: Vielen herzlichen Dank.

Wir kommen zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

Dringliche Anfrage 1:

Am Dienstag, dem 23. August 2022 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, mit der Einl.Zahl 2451/1, an Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler betreffend **„Asylchaos von Jänner bis Juli 2022: 41.909 Anträge zeigen Notwendigkeit einer sofortigen Kehrtwende in der Asylpolitik!“** eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Mario Kunasek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte schön Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (11.14 Uhr): Ja, danke schön Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, Herr Landeshauptmann ganz besonders heute, Hohes Haus, geschätzte Zuhörer und Zuseher!

Ich freue mich sehr, dass wir heute die Möglichkeit haben, im Rahmen dieser Sondersitzung des Landtages über aus meiner und unserer Sicht wesentliche Bereiche der Landespolitik sprechen und debattieren zu können. Zum einen geht es in meiner Dringlichen Anfrage in der Anfrage der Freiheitlichen Partei um die Situation im Bereich der Migration und des Asyls, wir haben das Thema Elementarpädagogik auf der Tagesordnung und wir haben natürlich auch Themen der Gesundheit. Das heißt, ein großes Danke auch an die beiden Abgeordneten der NEOS, die ja gemeinsam mit uns auch diese heutige Sondersitzung hier sichergestellt haben. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, freue mich auch, dass

die heutige Sondersitzung zum Thema Asyl unter anderen Rahmenbedingungen stattfindet, als noch jene im Jahr 2015. Anders deshalb, wir haben heute keine Menschenkette erlebt und es ist damit auch dem Herrn Landeshauptmann und der Frau Soziallandesrätin möglich, an dieser Debatte teilzunehmen und uns entsprechend Rede und Antwort zu stehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben aber nicht nur die Möglichkeit heute Rede und Antwort zu erleben, sondern, so hoffe ich auch, klare Positionierungen in einer wichtigen Dringlichen Frage und ich werde später auch noch mit einigen Zahlen, das kann ich Ihnen leider nicht ersparen, diese Dringlichkeit entsprechend untermauern. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage hier auch ganz offen: Herr Landeshauptmann, ich hätte mir erwartet, von einem neuen Landeshauptmann, von einem Landeshauptmann, der frischen Schwung auch in die politische Debatte hier in der Steiermark einbringen könnte, gerade auch in der Frage des Asylwesens gerade auch hier in der Steiermark aufgrund der Erfahrungen der Jahre 15, 16 und der Jahre danach, hier lautstark das Wort zu erheben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist leider nicht passiert. In Interviews, ganz gleich ob in der Kronen Zeitung, in der Kleinen Zeitung, im ORF und in anderen Formaten, vermisse ich diese klare Artikulation, vermisse ich auch letztlich dann eine klare Kante wenn es darum geht, entsprechend die Zügel im Bereich des Asyls anzuziehen. Nein, im Gegenteil, Herr Landeshauptmann mit Verlaub, es waren mehr oder weniger politische Stehsätze, die wir alle kennen und ja – und das ist eigentlich das eigentlich Verwerfliche auch an dieser Situation – ein Wegschieben der Verantwortung auf Bundes- und europäischer Ebene. Auch dazu kommen wir noch. Selbstverständlich hat die Bundesregierung besondere Verantwortung, wenn es darum geht, die nationalen Grenzen zu schützen. Selbstverständlich hätte die Europäische Union übrigens schon seit Jahren die Verantwortung, die Außengrenzen zu schützen. Aber so einfach, mein sehr geehrter Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man es sich nicht machen, auch hier in der Steiermark sind die Hausaufgaben zu erfüllen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb erlauben Sie mir mit einigen Zahlen auch die Sie über weite Strecken kennen, auch die Dringlichkeit dieser Frage noch einmal entsprechend zu untermauern. Beginnen wir mit der – nennen wir es einmal – Migrationsgroßwetterlage in Europa und in Österreich. In der Begründung oder im Betreff unserer Dringlichen Anfrage sprechen wir ja noch – jetzt muss ich selber nachschauen – von rund 41.908 Asylanträgen im heurigen Jahr. Mittlerweile hat sich seit dem Einbringen diese Situation unglaublich verändert und verschärft. Wir haben jetzt 56.000 Anträge, heute in den Medien wird schon von 58.000 gesprochen, Menschen, die hier

nach Österreich kommen, ausgenommen und nicht mitgerechnet die ukrainischen Menschen, die hier auch aufgrund ihres Vertriebenenstatus nicht mit dabei sind, die in den letzten Monaten hier nach Österreich gekommen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ja, es waren im Monat August 14.000. 14.000 Menschen, die hier zu uns hergekommen sind, entspricht 450 pro Tag, wo man nicht mehr zur Tagesordnung übergehen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wir alle haben immer wieder betont, alle Fraktionen hier in diesem Haus: Das Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen! Es wiederholt sich eh nicht, weil die Bilder andere sind. Es wiederholt sich aber schon im quantitativen Bereich, denn, wenn diese Entwicklungen so weitergehen, Herr Landeshauptmann, dann übertreffen wir sogar die Zahlen, nennen wir es einmal, des Asylchaos des Jahres 15 bei Weitem, dann gehen wir Richtung 100.000 Menschen hier in Österreich, die hier zu uns gekommen sind. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, wir wissen auch woher die Menschen kommen. Es sind hauptsächlich Menschen aus Syrien, Afghanistan, neu jetzt auch Indien, die vor allem über die Route Rumänien, Ungarn, über Kroatien hier nach Österreich kommen und deshalb auch das Burgenland, ja, das Burgenland am stärksten betroffen ist von dieser Entwicklung. Aber auch die Steiermark ist betroffen, weil im Burgenland die Behörden mit Registrierungen und Aufnahmen nicht mehr zurande kommen und deshalb auch in Spielfeld entsprechende Registrierungen durchgeführt werden müssen. Wenn man mit den Polizeibeamten spricht, dann steht das System – und da gebe ich dem Innenminister Karner durchaus Recht – vor einem Kollaps. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb bitte ich auch, das Thema ernst zu nehmen, letztlich das zu leben, nämlich 15 nicht zu wiederholen und entsprechend mit Ernsthaftigkeit dieses Thema auch anzugehen. *(Beifall bei der FPÖ)* So wurden meine sehr geehrten Damen und Herren bis Anfang Juli im heurigen Jahr rund 1.896 Personen in die steirische Grundversorgung überstellt, 2.403 Personen wurden vom Burgenland zur Registrierung in die Steiermark geschickt und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund einer ohnehin schon massiv angespannten Situation im Bereich des Asyls. Wir haben mit 05. August 2022, mit Stichtag 05. August, insgesamt 2.969 Asylwerber in der Grundversorgung gehabt, das entspricht einem Plus von 40 %, hinzu kommen noch 902 Asylwerber in den Bundesquartieren. Und ich finde auch immer wieder die politische Diskussion, Graz Andritz, Puntigam und das aus meiner Sicht völlig unbrauchbare Quartier in Leoben, entspricht also rund 3.900 Asylwerbern, es werden mittlerweile schon mehr sein, die sich hier in der Steiermark im Moment aufhalten. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss es noch einmal ansprechen, auch wenn es einige hier in diesem Hohen Haus

nicht hören möchten, immer wieder hören wir ja, wir haben zumindest in den letzten Jahren immer wieder vernommen, auch in politischen Diskussionen: „Ja, das sind ja mit Masse Frauen, Kinder.“ Nein, das sind es nicht und wenn man sich die Zahlen auch des Innenministeriums ansieht – ich habe hier auch eine entsprechende Unterlage bei mir –, dann sind das eben junge Männer, in erster Linie aus arabischen Ländern, wie Syrien und Afghanistan. Und es entspricht nicht der Tatsache, dass hier die große Anzahl an Frauen oder auch an Kindern entsprechend kommen. Nur eine Zahl, wir haben rund 11 % weibliche Personen bei den unbegleiteten minderjährigen Fremden und insgesamt sind es rund 20 %. Das heißt, ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind junge Männer aus arabischen Ländern, es sind junge Männer, die sich hier oft auch, und da können die Anrainer und Nachbarn von Asylunterkünften auch ein Lied davon singen, sich nicht benehmen können, teilweise auch straffällig werden, kriminelle Handlungen setzen und die auch Sozialleistungen da und dort versuchen abzustauben. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir das Sozialsystem schützen wollen für jene, die es wirklich brauchen, dann muss man auch in diesem Bereich, Frau Landesrätin Kampus, einen Riegel vorschieben, das sage ich in aller Deutlichkeit. *(Beifall bei der FPÖ)* Und dass hier nicht alle mit offenen Karten spielen, die zu uns kommen und die berühmte Ehrlichkeit leben, zeigt nur ein Beispiel: Die aus einer Anfragebeantwortung des Innenministeriums – ist ja fast schon zum Schmunzeln, wenn man sich die Neujahrsbabys ansieht, die anscheinend in Syrien und Afghanistan so entsprechend auf die Welt kommen –, wir haben nur, in etwa von der Größenordnung her wissend, in der Steiermark im letzten Jahr 11.303 Geburten gehabt, Gott sei Dank, leider etwas weniger als im Vorjahr, davon sind zwei Neujahrsbabys, das entspricht in etwa 0,03 % der Neugeborenen in der Steiermark, in Syrien und Afghanistan sind es 24 %, die am 01.01. Geburtstag haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich spreche es nur deshalb an, weil es plakativ darstellt, dass es hier auch Menschen gibt, die nicht ehrlich sind und auch hier muss man das Problem beim Schopf packen und entsprechend auch handeln, Frau Landesrätin. Sie wissen das besser als ich, da gibt es einiges auch zu tun. *(Beifall bei der FPÖ)* Möchte noch ganz kurz auch die budgetäre Ebene ansprechen, wir alle wissen: Das Asylwesen in Österreich aber auch besonders hier in der Steiermark verschlingt einiges an Steuergeld. So wurden für die steirische Grundversorgung im Jahr 2021 36 Millionen aufgewendet, wovon das Land Steiermark rund 14,5 Millionen Euro zu tragen hat. Das sind vier Millionen Euro mehr als im Jahr 2020 und um sechs Millionen Euro mehr als im Jahr 2019. Das heißt, ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Asylkosten steigen, die Zahlen steigen und meine sehr

geehrten Damen und Herren. Und da kann ich auch der ÖVP den Vorwurf jetzt nicht ersparen, auch aufgrund ihres Kurses auf Bundesebene, wo sie ja mit den Grünen koalieren, sich nicht in diesen wesentlichen Bereichen durchsetzen können, teilweise auch klein beigeben und letztlich dann auch natürlich auch unter, ja, dem kräftigen Zutun der SPÖ hier in der Steiermark letztlich diese Situation auch selbst herbeigeschafft haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Sozialressort spricht von Aufwendungen bis Jahresende von rund 32 Millionen Euro, da kommt noch der 6-%ige Anteil des Bundes hinzu, was insgesamt rund 80 Millionen Euro dann bedeuten würde. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind auch im budgetären Bereich, also nicht nur bei den Flüchtlingszahlen, sondern auch im budgetären Bereich dort, wo wir in den Asylchaosjahren 2015 und 16 mit 50 und 100 Millionen Gesamtkosten waren, da sollten bei jeden, die im Sinne der Sparsamkeit und der Treffsicherheit des Sozialsystems auch hier Politik machen, alle Alarmglocken entsprechend schrillen. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir haben einen Anstieg bei den Asylunterkünften, heute den Zeitungen vernommen, die 312 sind es nicht, es sind 296 oder 298. Faktum ist, es sind um vieles mehr als geschlossen worden sind. Geschlossen sind lediglich zwei geworden. Und ja, Graz ist hier ganz besonders unter Druck, wo Graz auch einen 30 %igen Anteil hier entsprechend erlebt. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann das nur zum wiederholten Male machen, auch in Richtung Landesrätin Doris Kampus gesprochen, ich glaube auch, dass wir in dieser Frage zum einen eine Vorgangsweise brauchen, dass man jenen hilft, die Hilfe brauchen, aber auch jenen, die hier die Hilfe ausnutzen wollen, auch entsprechend einen Riegel verschieben. Und da vermisse ich die klare Sprache von Ihnen, Sie sagen ja oft im Haus, Sie lassen niemanden zurück. Ich bräuchte ... und das wäre auch schön zu hören, jene, die hier etwas sich erschleichen wollen und letztlich in unser Sozialsystem einwandern, muss auch entsprechend, ja, bei jenen muss entsprechend gehandelt und entsprechend vorgegangen werden. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, was es braucht, das ist eine klare und kantige Sprache im Bereich des Asyls.

Und ich weiß nicht, wie lang wir jetzt schon über dieses Thema ausführlichst diskutieren, zumindest seit 2015 ganz massiv, da haben wir erlebt, was passiert, wenn man es nicht tut, es braucht aber auch Handlungen und diese Handlungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, schließen auch ein, dass wir Dinge, wie Pull-Faktoren nach Österreich ziehen oder darstellen, entsprechend einstellen. Und wenn ich Ihnen ein paar Zahlen präsentieren darf, dann zeigt es uns schon auch auf, dass wir hier ein massives Problem haben. Österreich ist, und ich gehe jetzt nur von der KW 35 – also von der Kalenderwoche 35 – aus. Übrigens, die

Entwicklungen sind in den letzten Wochen und Monaten insgesamt eher gleich, Österreich ist, was die Asylanträge betrifft, Numero zwei in der Europäischen Union. Nummer zwei in der Europäischen Union! Nur Deutschland hat mehr, Österreich hat 3507 Anträge erlebt in der KW 35, Deutschland 4203. Jetzt brauche ich Ihnen nicht nur zu sagen, dass Österreich eine andere Größenordnung ist als Deutschland, das heißt, auf eine Million Einwohner gerechnet, ist Österreich mit Abstand, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Abstand in der Europäischen Union am meisten betroffen von diesem Wahnsinn, der sich hier abspielt. Das heißt 393 Anträge in einer Woche auf eine Million Einwohner in Österreich, in Deutschland sind es 51 Anträge auf eine Million Einwohner. Das heißt, hier machen anscheinend andere etwas richtig und anscheinend Österreich sehr viel falsch. Und das viel zitierte Schweden, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil man immer sagt, die wollen ja alle nach Österreich, Deutschland und Schweden, das war immer so das Motto in den letzten Jahren, das viel zitierte Schweden hat 34 Anträge auf eine Million Einwohner. Noch einmal zur Erinnerung: Österreich 393, da müssten auch hier in diesem Bereich sofortige Maßnahmen fallen, diese Pull-Faktoren entsprechend abzuschalten. Und meine sehr geehrten Damen und Herren der Volkspartei, was tun Sie, in dieser unglaublichen Situation, wo wir eh schon sind und wissen, dass Österreich als Asylparadies für Menschen aus aller Herren Länder entsprechend gilt? Sie gehen her und zahlen den Klimabonus an Asylwerber aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage hier in aller Deutlichkeit: Das ist grotesk und in Wahrheit unfassbar, was die Volkspartei hier zum Besten gibt! (*Beifall bei der FPÖ*) Muss auch ganz offen sagen, wollte mir das eigentlich sparen, weil es nicht den Landtag Steiermark in erster Linie trifft, aber dennoch irgendwo ein Sittenbild innerhalb der ÖVP zeichnet oder eine Stimmung innerhalb der ÖVP zeichnet. Ich kann die ehemalige Generalsekretärin der ÖVP, die Frau Sachslehner durchaus verstehen, ich hätte mir nicht gedacht, dass ich die Frau Sachslehner sogar einmal irgendwo als Lichtgestalt auch innerhalb der Volkspartei bezeichnen darf, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, da gibt es wenigstens noch einen Funken von Hoffnung, dass die ÖVP irgendwann wieder – Betonung: Irgendwann wieder, wahrscheinlich nach der einen oder anderen verlorenen Landtagswahl – wieder zurück auf den rechten Weg kommt. Ich würde es mir wünschen. Österreich würde es entsprechend brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wieder zurück zum eigentlichen Thema, es braucht jetzt einen starken Landeshauptmann. Es braucht einen starken Landeshauptmann, es braucht einen Landeshauptmann, der ... (*Landesrat Amon, MBA: „Ist gut, das wir ihn haben.“*) ... es wird

sich weisen, bis jetzt ist er es nicht, Werner Amon, aber, ich lasse mich ja auch heute im Zuge der Debatte eines Besseren belehren. Wir brauchen einen Landeshauptmann, der, wenn es notwendig ist, und in dieser Frage ist es notwendig, klar und deutlich mit der Bundesregierung kommuniziert und auch Forderungen stellt. Und ich habe ja gestern und auch heute den Zeitungen entnommen: Der Innenminister hat ja auch mit Ihnen Gespräche geführt. Es wird aber nicht reichen, Gespräche zu führen, sondern wir müssen auch entsprechende Forderungen artikulieren. Wir werden ja auch heute die Möglichkeit haben zu erfahren, ob es diese Forderungen gibt, aber eine wesentliche Forderung wäre natürlich, einen effizienten Grenzschutz endlich wieder zu etablieren. Und da höre ich von der Volkspartei seit der Beteiligung in der Regierung mit den Grünen herzlich wenig bis gar nichts. Es braucht, wenn es notwendig ist und ja, es ist jetzt notwendig, aufgrund des Migrationsdrucks, auch ein Aussetzen des Asylrechtes, ganz klar zu sagen, das Boot ist voll, und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es braucht auch Zurückweisungen von illegalen Migranten, wie es auch in anderen europäischen Ländern durchaus gelebt wird. Und da bitte ich schon, Herr Landeshauptmann, nicht immer nur die Europäische Union in die Pflicht zu nehmen, wir sind ja die Europäische Union. Wir sind ja ein Teil dieser Union und hätten auch Möglichkeiten in den entsprechenden Gremien dieser Union das Wort zu ergreifen, Forderungen zu stellen. Forderungen, die, wie Sie auch damals in unserer gemeinsamen Regierungsbeteiligung im Zuge der Präsidentschaft in der Europäischen Union durchaus lautstark immer wieder artikuliert haben und deshalb auch von der linken Seite manchmal auch angegriffen worden sind. Es braucht, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich härteste Strafen für Schlepper, für jene, die hier auch menschliches Unheil anrichten, die ein großer Faktor der Kriminalität sind und sie alle kennen die Vorfälle der letzten Wochen, was sich hier an Unglaublichkeiten auch im Burgenland angespielt hat. Da vermisse ich eine klare Sprache auch seitens des Justizministeriums. Liebe Grüße auch an die Frau Zadic, ich weiß nicht, ob sie noch im Amt ist, man hört relativ wenig von ihr, aber auch das ist ein Bereich, wo man sofort aktiv werden müsste. Und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich, wenn ein Asylwerber bei uns kriminell wird, eine Straftat begeht, dann ist dieses Asylverfahren sofort einzustellen und dieser Mensch hat bei uns ganz einfach nichts verloren. (*Beifall bei der FPÖ*) Diese klare und deutliche Sprache meine ich Richtung Bundesregierung. Aber Herr Landeshauptmann, wir können es uns nicht so leichtmachen, nicht alles spielt sich auf Bundesebene ab und wir haben ja auch erlebt im Zuge der Corona-Pandemie: Da wartet man ewig manchmal, bis etwas passiert und wenn was passiert, ist es

meistens nicht das, was wir hier in der Steiermark wollen. Da war ja ihr Vorgänger Hermann Schützenhöfer auch sehr deutlich, wie er gesagt hat: „Gewisse Dinge macht man dann halt einfach selber, wenn es passieren soll, dann verlässt man sich nicht auf die Bundesregierung“, schon gar nicht auf die jetzig amtierende. Das heißt für die Landesebene, Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierung, keine weitere Zurverfügungstellung von Landesquartieren, eine Verstaatlichung des steirischen Asylwesens auch im Sinne des Austrocknens der Asylindustrie, auch da wissen wir, dass es um sehr, sehr viel Geld geht und ja, auch strengste Regeln, in den Asylunterkünften, weil wir alle wissen, dass Asylunterkünfte, ja, teilweise nicht nur ein Kindergeburtstag sind. Da finden auch Unglaublichkeiten statt. Die Anrainer sind oft massiv betroffen. Nicht umsonst gibt es in vielen, vielen Bereichen Demonstrationen, Petitionen, Unterschriftenaktionen, weil eben leider auch diese Menschen, die hier zu uns herkommen, ihr Gastrecht teilweise auch missbrauchen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt, Herr Landeshauptmann, es braucht eine konsequente Asylpolitik, eine Asylpolitik, die nicht reagiert auf eh schon stattfindende Dinge, sondern die agiert, mit Weitblick arbeitet. Möchte noch einmal das 15er und 16er Jahr in Erinnerung rufen, ich glaube, das wollen wir alle so nicht mehr erleben, auch wenn es leider wieder in diese Richtung geht. Ich erwarte mir von Ihnen, Herr Landeshauptmann, klare Worte Richtung ihrem Bundesparteiohmann, nämlich dem Karl Nehammer, der hat ja auch Erfahrung in diesem Bereich, aber auch klare Worte Richtung ihres Parteikollegen, dem Herrn Karner. Und wenn Sie sagen in einem Interview – ich glaube, es war in der Kronen Zeitung –, wenn Sie sagen: „Die ÖVP hat nicht versagt in der Asylfrage“, ja, dann muss ich aber leider korrigieren, wenn man sich die Zahlen des heurigen Jahres ansieht, dann ist es ein Totalversagen auch der Volkspartei. (*Beifall bei der FPÖ – Erste Präsidentin Khom: „Herr Klubobmann, ich bitte dich zum Schluss zu kommen!“*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit komme ich auch zum Ende. Herr Landeshauptmann, Sie wissen, wir haben Ihnen bei der Wahl hier im Landtag gewisse Vorschusslorbeeren auch gewährt. Ich bitte Sie auch entsprechend diesen gerecht zu werden, in einer für uns Freiheitlichen, ja, für uns Freiheitlichen und für viele Steirer auch wichtigen Frage, deshalb bitte ich hier um entsprechend rasches Handeln. Deswegen darf ich folgende Dringliche Anfrage einbringen:

1. Wann konkret fanden Ihre letzten drei Gespräche zur Asylthematik mit der Bundesregierung statt, wer waren Ihre konkreten Gesprächspartner und was waren die konkreten Inhalte der Gespräche?

2. Haben Sie für die Steiermark klargestellt, dass eine weitere Aufnahme von Asylwerbern nicht mehr in Frage kommt?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Haben Sie eine No-Way-Politik nach dem Vorbild Australiens sowie gesetzliche Regelungen zur Rückweisung („Pushbacks als Normalität“) illegaler Migranten eingefordert?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Wann konkret fanden Ihre letzten drei Gespräche zur Asylthematik mit den Polizeibehörden statt, wer waren Ihre konkreten Gesprächspartner und was waren die konkreten Inhalte der Gespräche?
7. Haben Sie auf die Notwendigkeit verwiesen, illegale Asylanten direkt an den Grenzen aufzuhalten und nicht einreisen zu lassen beziehungsweise illegal Übergetretene zurückzuschicken?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wie wollen Sie die dringend benötigten Finanzmittel zur Bekämpfung der Teuerung aufstellen, wenn die Grundversorgung für das Jahr 2022 bis zu 80 Millionen Euro kosten könnte?
10. Welche konkreten Schritte und Maßnahmen werden Sie setzen, um nicht erneut zehntausende Asylwerber in der Steiermark versorgen zu müssen und damit einhergehende schwere, gesellschaftspolitische Verwerfungen zu verhindern?
11. Wann haben Sie vom geplanten Asyl-Großquartier in Kindberg erfahren und wer hat Sie konkret darüber informiert?
12. Gab es im Vorfeld Gespräche mit der Bundesregierung beziehungsweise dem Innenministerium und wenn ja, welche Position haben Sie eingenommen?
13. Wenn es keine Gespräche gab, haben Sie in Wien bereits Ihren Unmut darüber kundgemacht?
14. Falls es Gespräche gab, in welcher konkreten Form haben Sie gegen die Eröffnung des Asyl-Großquartiers protestiert?
15. Falls Sie nicht protestierten, warum lassen Sie die steirischen Landsleute und vor allem die Einwohner von Kindberg im Stich?
16. Wie wollen Sie Ihre Rolle als Landeshauptmann wahrnehmen, wenn Sie von Ihren Parteikollegen ohnehin vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

17. Welche Maßnahmen werden Sie setzen oder fordern, um die Einwohner von Kindberg vor kriminellen Asylwerbern zu schützen?
18. Wenn Sie keine Schritte setzen sollten, warum lassen Sie die steirischen Landsleute und vor allem die Einwohner von Kindberg im Stich?
19. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Steiermark vor weiteren Asylzuweisungen des Bundes und vor allem vor der Zuweisung von Afghanen zu schützen?
20. Wenn nein, warum nicht?
21. Werden Sie in letzter Konsequenz die 15a-Vereinbarung zur Grundversorgung kündigen, damit der Steiermark nicht weitere Asylwerber aufgezwungen werden können?
22. Wenn nein, warum nicht?
23. Welche Alternativen, abgesehen von Menschenketten um das Landhaus, können Sie und die steirische Landesregierung noch nennen, um der Asylkrise Herr zu werden?

Ich bedanke mich und freue mich auf die Beantwortung. *(Beifall bei der FPÖ – 11.37 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Für all jene, die heute noch eine Dringliche Anfrage hier in diesem Raum begründen: Die 20 Minuten Redezeit haben auch die Frage zu beinhalten.

Ich erteile somit Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Drexler – ÖVP (11.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Klubobmann, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Erlauben Sie mir bitte, bevor ich in die Debatte einsteige und unverzüglich dann zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage kommen werde, noch kurz auf ein ausgesprochen tragisches Ereignis Bezug zu nehmen: Ich war gestern einige Stunden mit dem Landespolizeidirektor, dem Innenminister und führenden Polizisten dieses Landes unterwegs, wir haben unter anderem ja den Spatenstich für ein Einsatztrainingszentrum gestern in St. Michael in der Obersteiermark getätigt und auf die Wichtigkeit der Ausbildung und Weiterbildung unserer Exekutive hingewiesen und insofern war es noch bestürzender für mich, als ich am Nachmittag vom Innenminister informiert worden bin, dass ein unfassbar tragischer Unfall bei einer Übung im Gebäude der Landespolizeidirektion sich zugetragen hat. Ich möchte daher, wie ich annehme, in unser aller Namen, den Angehörigen des verstorbenen

jungen Polizisten, wie auch der gesamten Polizeifamilie mein aufrichtiges Mitgefühl und unsere Anteilnahme ausdrücken.

Auch wenn es jetzt vielleicht ein harter Bruch ist, möchte ich zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage kommen. Und ich möchte eigentlich auch hier zuallererst die Hand ausstrecken, weil ich dem Klubobmann Kunasek schon genau zugehört habe und feststellen muss, dass er weitgehend der Versuchung erlegen ist, hier billige parteipolitische Polemik in diese Anfragebegründung einzubauen, sondern in weiten Teilen mit Ausnahmen eigentlich eine sehr sachliche Analyse vorgenommen hat, und da kann man dann bei einzelnen Details unterschiedlicher Meinung sein, aber insgesamt einen sachlichen Zugang gefunden hat. Und das finde ich deswegen wichtig, weil man in einem solchen Klima möglicherweise gemeinsam auch dann tatsächlich dieses berühmte Bohren der dicken Bretter gemeinsam zustande bringen kann, weil ich denke, dass wir hier in einigen Punkten eigentlich eines Sinnes sind. Ich habe in dem von Ihnen kritisierten Interviews der letzten Tage immer wieder darauf hingewiesen, dass ich alles dafür tun möchte, gemeinsam mit der Bundesregierung, dass sich 2015 nicht wiederholen darf. Das haben Sie auch angesprochen, hier sind wir also eines Sinnes. Und Sie haben auch gesagt, man sollte die Dinge mit Ernsthaftigkeit angehen. Ja, ich bin genau dafür, die Dinge mit Ernsthaftigkeit anzugehen, und dann muss man sie auch dort angehen und so angehen, dass man tatsächlich zu Ergebnissen kommt. Insofern verwundert es mich, dass Sie im ersten Teil Ihrer Begründung gemeint haben, es wäre besonders verwerflich von mir, vielfach die Zuständigkeit oder Verantwortung auf Bundesebene oder europäischer Ebene zu sehen, in einem späteren Teil Ihrer Anfragebegründung dann aber sagen: „Wir sind ja die Europäische Union“, und wir sollten in den europäischen Gremien dafür sorgen, dass wir Rechtsgrundlagen ändern. Ja, verehrter Herr Klubobmann Kunasek, genau das meine ich, wenn ich sage, wir müssen den Druck auf europäischer Ebene und auf Bundesebene verstärken, damit sich 2015 nicht wiederholt und wir eine entschiedene und restriktive Asylpolitik verwirklichen. *(Beifall bei der ÖVP)* Weil ich möchte eines vorwegsagen: Manche der Hinweise der Freiheitlichen in den letzten Tagen und Wochen gehen ja in die Richtung: Man möge einfach jetzt Vorschriften überschreiten sozusagen, ja, wenn sie von Pushbacks reden und dergleichen mehr. Wir bekennen uns zur Rechtsstaatlichkeit und die Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass wir entlang der vorhandenen Rechtsgrundlagen handeln. Darauf sind wir angelobt als Regierung und als Abgeordnete und dazu muss man sich unverbrüchlich, wie es in unserer Formel heißt, bekennen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das heißt aber natürlich nicht, dass es die

vornehmste Aufgabe der Politik ist oder es ist die vornehmste Aufgabe der Politik auch daran zu arbeiten, Rechtsgrundlagen zu verändern. Das ist ganz von entscheidender Bedeutung. Und das meine ich, wenn es darum gehen soll, auf europäischer und auf Bundesebene entsprechende Veränderungen herbeizuführen. Das halte ich für den entscheidenden Weg um hier zu einer Veränderung zu kommen, weil natürlich ist es so, dass Europa, Österreich und die Steiermark sich in einer besonders herausfordernden Zeit befinden. Durch den seit 24. Februar tobenden verbrecherischen Angriffskrieg Wladimir Putins spüren wir noch deutlicher die Verwerfungen der internationalen Politik und ihre mittel- und unmittelbaren Folgen. Und es ist völlig klar, dass das Thema der Migration in den letzten Wochen wieder stärker in die öffentliche Wahrnehmung zurückgekehrt ist. Nicht zuletzt deswegen, weil natürlich vor dem Hintergrund der Situation der Vertriebenen aus der Ukraine und der Hilfsbereitschaft und Solidarität der Vertriebenen aus der Ukraine es so etwas wie eine Unkultur der Trittbrettfahrer sich entwickelt hat, wo man wirklich auf der Hut sein muss. Und wenn wir uns diese Entwicklungen anschauen, dann zeigt sich ebenso wie in den Gesprächen mit Sicherheitskräften, Sicherheitsverantwortlichen, dem Innenministerium, dass wieder eine massive Migrationsbewegung im Gang ist, und zwar fernab der Vertriebenensituation aus der Ukraine. Deswegen habe ich das schon in meiner Antrittsrede im Landtag angesprochen und bleibe dabei und werde auch nicht müde es zu wiederholen: Wir müssen klare Position auf europäischer Ebene beziehen und einen entsprechend starken Außengrenzschutz einfordern! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Österreich und die Steiermark haben viel geleistet in den vergangenen Jahren und gerade heuer in der Solidarität mit den Vertriebenen aus der Ukraine erst recht. Man darf aber diese Solidarität, die Solidarität der Steirerinnen und Steirer, nicht überfordern! Es ist völlig klar, dass wir uns zum Grundrecht auf Asyl bekennen, aber es wird keinen vernünftigen Menschen geben, der nicht sagt, wenn jemand verfolgt wird, wenn jemand vertrieben wird, wenn jemand misshandelt wird, dass es die Möglichkeit geben muss, zu fliehen und einen sicheren Hafen zu finden, wenn Sie so wollen. Aber es ist für mich außer Streit, dass wir nicht nachhaltig zulassen dürfen, dass das Gefühl entsteht, jeder kann sich seinen Wunschhafen aussuchen *(LTAbg. Mag. Hermann, MBL: „Ja!“)* und das ist die Krise, die wir seit 2015 hier erlebt haben und das ist es, was ich meine, dass man das auf europäischer Ebene schließen muss. Asyl ja, aber nicht jeder kann sich aussuchen, wo er genau sein Asyl haben will. *(Beifall bei der ÖVP)* Daher bin ich auch der Meinung, dass es dringend geboten wäre Modelle und Möglichkeiten zu finden, wie Verfahren rasch außerhalb der Europäischen Union abgewickelt werden können, um das Problem mit oder nach

langwierigen Verfahren, schwierigen Rückführungen und insbesondere mit der illegalen und menschenverachtenden Schlepperei nicht mehr zu haben oder zumindest einzudämmen. Ich habe darüber auch gestern mit dem Innenminister gesprochen, der hier mit mir eines Sinnes ist. Wir wissen aber, dass das derzeit die Europäische Rechtsordnung nicht hergibt. Und selbst in Dänemark, wo es ein entsprechendes Opting Out aus den Europäischen Verträgen gibt, ist das Thema noch umstritten, wir beobachten es aber mit großem Interesse was in Dänemark tatsächlich am Ende passieren wird. Es gilt nämlich zu allererst die Schlepperkriminalität einzudämmen, zu schwächen, auseinanderzunehmen. Und es gelingt zu allererst damit, wenn wir die Erzählungen der Schlepper auseinandernehmen und deswegen unterstütze ich auch, die von manchem belächelte Kampagne des Innenministers, in Herkunftsländern, im Ausland auch tatsächlich ein sogenanntes Antimarketing zu betreiben, weil man die Erzählungen der Schlepper auseinandernehmen muss, damit sie nicht leichte Opfer finden, die ihnen dann, den vermeintlichen Verlockungen sozusagen folgen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wissen Sie, es ist eben leider so, dass wir hier auf steirischem Boden nicht alles allein lösen können. Hier ist es notwendig, die Gespräche mit der Bundesregierung zu führen und darauf zu drängen, dass auch auf europäischer Ebene hier zum Teil ein Meinungsumschwung stattfindet, wenn Sie so wollen und daher werde ich nicht müde werden, das bei unserer Bundesregierung auch einzufordern und die Stimme für ein konsequentes Vorgehen in der Migrationsfrage zu erheben. Denn letztendlich wird das eben hauptsächlich auf europäischer und auch internationaler Ebene entschieden werden. Dabei hat der Innenminister meine volle Unterstützung. Und wenn Sie zum Beispiel sehen, das jetzt plötzlich Inder und Pakistani – ich meine, Indien ist die größte Demokratie der Welt, darf ich in Erinnerung rufen –, ja, hier Spitzenreiter sind bei der Anzahl der Asylwerber, dann ist es ja mit Händen zu greifen, dass man hier etwas unternehmen muss und das was man hier unternehmen muss ist beispielsweise, die Einfallstore Serbien und Türkei zu schließen und auf internationaler Ebene darauf zu drängen, dass dort die Visafreiheit für diese Herkunftsländer eingeschränkt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und in aller Regel wird ein Inder bei uns kein Asyl bekommen. Und das ist ja das Dramatische, dass viele, die offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen auswandern wollen, dies fälschlicherweise über den Umweg des Asyls versuchen und dieser Umweg muss tunlichst geschlossen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das geht durch zügige Verfahren und auch entschiedene Rückführungen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)*

Ich komme zur Beantwortung der konkreten Fragen und darf zu den Fragen 1 bis 3 Folgendes mitteilen:

Um die Sicherheitslage in unserem Land beurteilen zu können, stehe ich im ständigen Austausch mit den zuständigen Stellen. Ich habe, wie bereits erwähnt, erst gestern einen sehr intensiven Halbttag mit dem Innenminister Gerhard Karner verbracht und mehrere Termine absolviert, aber auch ausführliche Gespräche gestern mit Polizistinnen und Polizisten geführt. War mit dem Innenminister im Übrigen in der vergangenen Woche jetzt insgesamt gestern mitgezählt drei Mal beieinander. Und Sie können es sich recht leicht ausmalen, um welche Themen es derzeit geht wenn man mit dem Innenminister im Gespräch ist. Treffe daher den Innenminister bei diversen Gelegenheiten und wir telefonieren auch immer wieder wenn es aktuellen Abstimmungsbedarf gibt. Selbiges gilt natürlich auch für den Bundeskanzler, der im Übrigen früher Innenminister war, und so versuche ich es übrigens auch mit möglichst vielen anderen Mitgliedern der Bundesregierung zu halten, wie wir das auch auf Büro- bzw. Kabinettsebene halten. Ergänzend dazu lasse ich mir laufend von der Landespolizeidirektion ein aktuelles Lagebild übermitteln. Ich habe in den letzten Gesprächen mit dem Innenminister meine einleitend erwähnten und immer wieder auch öffentlich geäußerten Positionen bekräftigt, nämlich, dass es dringend ein Bündel an Maßnahmen braucht, um die illegale Migration zu stoppen:

Es braucht einen wirksamen Außengrenzschutz. Es müssen Wege gefunden werden, dass nur jene in unser Asylsystem kommen, die wirklich Hilfe brauchen. Es braucht zügig abgewickelte Verfahren und die konsequente Außerlandesbringung von denjenigen die einen negativen Asylbescheid bekommen. Es muss Konsequenzen für Staaten geben, die illegale Migrantinnen und Migranten einfach durchwinken oder nicht in entsprechenden Ausmaß gegen Schlepperei vorgehen.

Zu den Fragen 4 und 5:

Ich befürworte und unterstütze ausdrücklich die Kampagne des Innenministeriums zur Aufklärung potentieller Migrantinnen und Migranten in ihren Heimatländern und zum Schutz dieser Menschen vor den Lügen der kriminellen Schlepperbanden. Im Übrigen sehr bemerkenswert, weil Sie zur australischen „No-Way“ Politik Ihre Frage stellen, dass ja No-Way auch Teil des Sujets der Kampagne des Innenministeriums ist, also insofern halte ich das für eine glückliche Fügung. Sogenannte „Pushbacks“ sind bekanntlich mit den völkerrechtlichen Bestimmungen nicht vereinbar. Laut Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ist das australische Modell nicht mit der europäischen

Rechtsordnung in Einklang zu bringen. Daher habe ich vorhin die von mir genannten Forderungen erhoben und erinnere nochmals daran, was ich einleitend gesagt habe: Wir dürfen, können und müssen auf Basis geltender Gesetze und der Rechtsordnung handeln. Wenn wir diese Rechtsordnung ändern wollen, ist es notwendig, dafür ausreichend Verbündete zu finden und nicht in einem gegenseitigen Zuschieben von Schuldzuweisungen das Auslangen zu finden.

Zu den Fragen 6 bis 8:

Zwischen dem Land Steiermark und der Landespolizeidirektion Steiermark finden laufend Sicherheitsgespräche auf verschiedensten Ebenen und zu verschiedensten Themenstellungen statt. In regelmäßigen Abständen erfolgten auch Gespräche zwischen dem Landeshauptmann und der Leitung der Landespolizeidirektion, vormals mit dem ehemaligen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, nunmehr mit mir. Ich hatte erst gestern Termine und Gespräche gemeinsam mit dem Landespolizeidirektor und weiteren Vertretern der steirischen Polizei, bei denen natürlich auch die Themen Migration und Asyl breiten Raum eingenommen haben. Außerdem treffen wir uns immer wieder, telefonieren und gleich nach meinem Amtsantritt habe ich eine Runde mit dem Landespolizeidirektor, seinen Stellvertretern und dem Chef des Landesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung abgehalten. Der neue Bundespolizeidirektor und frühere Flüchtlingskoordinator Michael Takacs war unlängst zu einem Termin bei mir, in den kommenden zwei Wochen treffe ich den neuen Flüchtlingskoordinator sowie den Chef des Cobra Einsatzkommandos. Neben anderen polizeilich relevanten Themen wird und wurde auch die Migrationslage in der Steiermark – einschließlich der Situation an der burgenländischen Grenze zu Ungarn und der damit verbundenen Überlaufregelung sowie die Situation anlässlich des Ukraine-Konfliktes – besprochen.

Zu Frage 9:

Die bisher bereits vom Land Steiermark gesetzten Maßnahmen gegen die Teuerung – etwa der bereits ausbezahlte Steiermark Bonus in Höhe von 300 Euro und die anstehende Verdoppelung des Heizkostenzuschusses von 170 auf 340 Euro für den kommenden Winter – werden durch Rücklagenentnahmen der Finanzabteilung finanziert, welche durch die höheren Steuereinnahmen des Jahres 2022 mutmaßlich refinanziert werden können.

Zu Frage 10:

Die steirische Quotenerfüllung liegt derzeit bei 83,9 Prozent. Bei der Auslastung befindet sich die Steiermark auf Platz 4 im Bundesländervergleich. Wenn die Zahlen der Asylwerber in

Österreich weiter steigen sollten – was es, wie bereits betont, möglichst zu verhindern gilt – wird es, ob es einem passt oder nicht, auch Unterkünfte geben müssen. Mir ist immer lieber, wir finden Unterkünfte für Asylwerber, als die Asylwerber hungern sozusagen und sind dazu gezwungen auf der Straße herumzulungern. Denn, wenn wir sagen, 2015 soll sich nicht wiederholen, dann soll sich auch das tunlichst nicht wiederholen. Und was wir an Asylwerbern in Österreich haben, muss sinnvollerweise in einem adäquaten Maß untergebracht werden. Und wenn das eben schon notwendig wird, dann ist es mir ehrlich gesagt lieber, wir können den steirischen Weg kleiner Quartiere gehen anstatt der großen Quartiere. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu den Fragen 11 bis 16:

Das Innenministerium hat sich Ende Juni – also noch bevor ich Landeshauptmann wurde – beim Land Steiermark gemeldet und grundsätzlich deponiert, dass es ob der steigenden Asylzahlen zusätzlichen Bedarf an Bundesquartieren geben wird. In weiterer Folge wurde seitens des Ministeriums das ehemalige Landespflegezentrum Kindberg als möglicher Standort genannt. Wenige Tage nach meiner Wahl zum Landeshauptmann wurde das Ersuchen des Innenministers konkret an mich herangetragen. Als sich die Pläne verfestigten, hat das Innenministerium mein Büro, wie auch die Stadtgemeinde Kindberg informiert. Am folgenden Tag wurde in den Medien darüber berichtet. Was ich aber von Anfang an, seit ich von diesen Plänen des Innenministeriums für Kindberg weiß, massiv eingefordert habe, dem Innenminister auch gerade gestern wieder gesagt habe und weiterhin einfordern werde sind insbesondere zwei Dinge: Wir sehen eine massive Verunsicherung in der Kindberger Bevölkerung. Es gibt eine Petition, die über 2100 Menschen aus der Region unterschrieben haben. Das Innenministerium bzw. diese Bundesbetreuungs- und Unterbringungsagentur ist in der Pflicht diese Verunsicherung abzubauen, klar zu kommunizieren, was, wann und ob etwas geplant ist und die Bevölkerung vor Ort einzubinden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Sollte diese Bundesbetreuungseinrichtung realisiert werden, dann ist der Bund, das Innenministerium in der Pflicht, für eine friktionsfreie Abwicklung Sorge zu tragen. Auch das gehört dazu, wenn man die Sorgen der Bevölkerung ernstnehmen und abbauen möchte. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, natürlich wäre es mir am liebsten, es würde in der Steiermark keine Großquartiere des Bundes für Asylwerber brauchen. Und natürlich wäre es mir am liebsten, es gäbe keine Pläne, eine neue Bundesbetreuungseinrichtung in der Steiermark einzurichten. Wir müssen aber auch so realistisch sein zu sehen, dass die Zahlen in Österreich heuer massiv gestiegen sind und dass das bedeutet, dass alle Bundesländer einen Beitrag leisten werden

müssen. 40.000 in der ersten Jahreshälfte, von den damals von euch zitierten damals noch 41.909 Asylwerber sind 40.000, mehr als 40.000 in den Bezirken Oberpullendorf und Neusiedl gestellt worden. Das ist ja völlig klar, dass man das nicht auf den Schultern des Burgenlandes allein lasten lassen kann, sondern dass es hier auch eine Solidarität unter den Bundesländern geben muss, wenn es um die Abarbeitung dieser Last der Migration geht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher kann ich mich noch sehr dagegen verwehren, aber an dieser Tatsache, dass der Bund auch in anderen Bundesländern Unterbringungsmöglichkeiten schaffen wird müssen, ist, glaube ich, außer Zweifel. Die Verantwortung muss unter den Bundesländern gerecht aufgeteilt sein.

Zu den Fragen 17 bis 20:

Als Landeshauptmann gilt es, alle Sorgen und Ängste der Steirerinnen und Steirer ernst zu nehmen. Der Schutz unserer Bevölkerung vor Kriminalität – egal welcher Herkunft – ist die tagtägliche Aufgabe unserer Exekutive, die im Übrigen hervorragende Arbeit leistet. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und ich stehe nicht an, Herr Klubobmann, ich stehe nicht an zu sagen: Ja es gab und gibt Probleme in bestehenden Großquartieren, in der Integration, es gab und gibt Probleme mit Menschen, die unter dem Vorwand der Schutzbedürftigkeit zu uns kommen und hier Verbrechen begehen. Dem ist mit allen Mitteln, die unser Rechtsstaat zur Verfügung hat zu begegnen – mit allen Mitteln, die unser Rechtsstaat zur Verfügung hat zu begegnen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und Herr Klubobmann Kunasek, ja, es gibt auch Momente oder gab Momente in den letzten Monaten, wo ich schon auch interessante Missverhältnisse beobachtet habe, wenn es etwa darum geht, Untersuchungshaft zu verhängen, weil einem manchmal selbst die Spucke wegbleibt, bei welchen behaupteten Delikten man wochenlang in Untersuchungshaft sein kann und bei welchen fürchterlichen Verbrechen man offensichtlich relativ rasch aus der Untersuchungshaft herauskommt. Das erlaube ich mir in aller Deutlichkeit festzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Wie bereits erwähnt, setze ich diesbezüglich auf konstruktive und deutliche Gespräche mit der Bundesregierung und unseren Sicherheitsbehörden im Interesse der Sicherheit aller Steirerinnen und Steirer.

Zu den Fragen 21 bis 23:

Eine Aufkündigung der Art. 15a-Vereinbarung zur Grundversorgung, die in allen neun Bundesländern in Geltung ist, kommt für mich aus Gründen der Solidarität unter den Bundesländern nicht in Frage. Eine Lösung in der Asyl- und Migrationsthematik kann nur mit

einem gemeinsamen Schulterschluss auf nationaler und europäischer Ebene erreicht werden und nicht dann, wenn wir schon österreichintern sozusagen hier Alleingänge starten würden, denen es an jeder Solidarität mangelt.

Also meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme dem Klubobmann Kunasek und den Freiheitlichen ab, dass es in Ihren Bemühen eine Debatte rund um Asyl und Migration zu führen, um ein ernsthaftes Anliegen geht. Wie hat es der Klubobmann gesagt? „Mit Ernsthaftigkeit das Thema angehen“, ein ernsthaftes Angehen braucht manchmal nicht den marktschreierischen Ansatz, sondern braucht das konstruktive Gespräch im Hintergrund, braucht das entschlossene Gespräch im Hintergrund, braucht die deutliche Forderung im Hintergrund und dazu bekenne ich mich jedenfalls. Wir werden gemeinsam alles unternehmen müssen, um die Situation der illegalen Migration in Österreich und in Europa zu lösen, wir werden alles dazu unternehmen müssen, dass sich 2015 nicht wiederholt und wir werden klipp und klar sagen können, dass nicht alle Probleme der Welt in Österreich und in der Steiermark gelöst werden können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.03 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen und zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Kunasek – FPÖ (12.03 Uhr): Ja, danke schön Frau Präsidentin!

Ja, Herr Landeshauptmann, bedanke mich einmal für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Ich habe jetzt gefühlt öfter mitapplaudiert als in der gesamten Amtszeit des Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer, aber ich hoffe, dass auch Taten folgen. Weil vieles was jetzt hier gesagt worden ist, das wissen wir – ich bedanke mich für die Klarheit der Aussagen –, diese Klarheit hat es in den letzten Jahren so nicht gegeben. Aber Herr Landeshauptmann, wie gesagt, es braucht auch Taten. Du hast ja die Landesebene, die Bundesebene und die europäische Ebene angesprochen, und Herr Landeshauptmann, wie wir alle wissen, ist gerade in der europäischen Ebene eben wenig passiert und da vermisste ich auch, und das sei mir hier erlaubt, ja, auch die Steiermark ist ein Teil, ich vermisste hier auch die Handschrift der Volkspartei, der ÖVP in dem Fall, auf der europäischen Ebene. Mir sind keine Initiativen bekannt um die von dir zitierten Rechtsmaterien in die richtige Richtung zu drehen.

Vielleicht, bitte korrigiere mich, wenn es diese gibt, ich kenne sie nicht, deshalb bräuchte es auch auf der europäischen Ebene eine klare Sprache. Ich bitte dich auch – du bist ja dann ab morgen oder ab Samstag auch der Landesparteiobmann der ÖVP hier in der Steiermark, auch die steirische Volkspartei stellt Abgeordnete zum Europäischen Parlament –, deshalb hier auch dorthin zu wirken, wo es notwendig ist, um diese Rechtsmaterien zu ändern. Und Herr Landeshauptmann, eines vielleicht auch noch, ich bedanke mich für einen eigentlich wichtigen Satz, den du jetzt auch gesagt hast, nämlich, dass man im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und dem Krieg dort und den Flüchtlingen und den Vertriebenen, die dort passieren, die Drittbrettfahrer nicht vergessen darf oder nicht übersehen darf. Für den gleichen Satz, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich vor einigen Wochen noch massiv gescholten worden, auch hier in diesem Raum, weil wir davor gewarnt haben, und deshalb glaube ich, dass wir auch – und dafür bedanke ich mich auch – mit einer gewissen Ernsthaftigkeit an das Thema herangehen. Und nicht immer ist alles falsch und hetzerisch, nur, weil es von der freiheitlichen Partei kommt. (*Beifall bei der FPÖ*) Das ist schon auch so, dass wir in vielen, vielen Bereichen Recht behalten haben. Das heißt ja, Herr Landeshauptmann, volle Unterstützung bei deinen Wünschen und Artikulationen Richtung europäischer Union, ja, volle Unterstützung, auch wenn es darum geht, auf die Bundesebene, auf den Innenminister, auf den Kanzler, entsprechend einzuwirken. Wie gesagt, aber es braucht hier auch Taten. Aber, was ich vermisse ist, trotz alledem, der Versuch auch hier in der Steiermark entsprechende Maßnahmen zu setzen. Ich habe einige in meiner Begründung ja auch präsentiert. Ich glaube, es wäre möglich, auch Zeichen zu setzen. Wir werden uns deshalb auch erlauben selbstverständlich hier nicht locker zu lassen auf der einen Seite was die steirische Landespolitik betrifft und die Möglichkeiten, die wir hier haben. Wie werden uns aber auch erlauben – und ich habe das schon mit unserem Klubdirektorstellvertreter akkordiert –, jene Forderungen, die du jetzt auch hier artikuliert hast, in einen ordentlichen Antrag zu gießen, in eine Initiative auch zu gießen, damit wir hier im Landtag Steiermark auch die Möglichkeit haben, den Worten des Landeshauptmannes entsprechend auch Taten folgen zu lassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal festhalten, dass wir Freiheitliche in vielen Bereichen nicht nur rechtbehalten haben, der Abgeordnete Triller, hat mich gerade darauf hingewiesen, weil immer gesagt wird, 2015 darf sich nicht wiederholen: In Leoben wiederholt es sich aber gerade. Also die Bilder in Leoben rund um die Baumaxhalle und um die Diskussion dort ist nicht anders wie 2016. Das heißt, es gibt auch diese Verantwortung, nämlich diese lokal- und regionalpolitische Verantwortung, die

Abgeordnete, Gemeindefunktionäre aller Parteien über weite Strecken auch leben. Auch dafür möchte ich mich herzlich bedanken. *(Beifall bei der FPÖ)* Und meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb, wenn es um Großquartiere geht und Herr Landeshauptmann, ich kann deiner Argumentation folgen, ganz klar, es geht hier um eine gewisse Verteilung auch innerhalb Österreichs. Eine Verteilung, die ja in der Europäischen Union nicht stattfindet, sage ich auch ganz klar, wenn ich mir die aktuellen Zahlen ansehe, wo ja Österreich ganz besonders unter Druck ist, stehe ich einer, sage ich einmal, einer guten Verteilung auch nicht einmal mehr kritisch gegenüber, weil hier hat sich ja auch einiges verändert. Wenn Österreich, so wie jetzt, als Nummer zwei auf die Einwohner gerechnet Nummer eins auch ist, dann sollte man das alles diskutieren. Trotzdem bleiben wir Freiheitliche dabei, dass Großquartiere nicht nur der letzte Ausweg sein sollen, da bin ich auch dort, dass so kleine Einheiten bieten, hier einen besseren Rahmen finden, wir lehnen diese Großquartiere grundsätzlich ab. Und ich darf deshalb hier auch einen Entschließungsantrag der freiheitlichen Partei einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich gegen die Einrichtung jeglicher Asylquartiere seitens des Bundes in der Steiermark aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 - a. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, von der Einrichtung des Asyl-Großquartiers in Kindberg umgehend Abstand zu nehmen,
 - b. weiters von der Bundesregierung die Schließung aller Asylquartiere des Bundes in der Steiermark (Andritz, Puntigam, Steinhaus am Semmering und Leoben) zu fordern sowie
 - c. in ihrem eigenen Wirkungsbereich sämtliche Schritte in die Wege zu leiten, um das Asyl-Großquartier in Kindberg zu verhindern.

Ich bedanke mich, bitte, auch wenn ich jetzt nicht davon ausgehe, dass dieser Antrag hier eine Mehrheit erfährt, in diesem Haus, das trotzdem auch mitzunehmen. Herr Landeshauptmann, ich kann nur eines sagen: Sie, die Volkspartei und alle Abgeordneten, die dieses Thema mit Ernsthaftigkeit, mit Konsequenz, auch mit einer härteren Gangart angehen wollen, haben mit der freiheitlichen Partei hier immer einen entsprechenden konstruktiven Partner, wenn es darum geht, hier ordentliche Rahmenbedingungen in der Steiermark zu schaffen. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der FPÖ – 12.09 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hofer. Bitte schön Herr Angeordneter.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (12.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als Sicherheitssprecher meiner Fraktion, aber auch als Abgeordneter der Region rund um Kindberg möchte ich einige Worte zum geplanten Asylheim in Kindberg an das Hohe Haus richten. Und gleich vorweg, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die steirische SPÖ spricht sich klar und deutlich gegen dieses geplante Asylgroßquartier in der obersteirischen Stadt Kindberg aus. Die steirische SPÖ hat mit uns, auch unser Koalitionspartner, die steirische Volkspartei, stehen für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik. Diese geplante Massenunterkunft läuft diesem Ansinnen zuwider. Solche Quartiere schaden dem sozialen Miteinander und lassen keine gelungene Integrationspolitik zu. Der von der Steiermärkischen Landesregierung eingeschlagene Weg, der steirische Weg, mit kleinen und überschaubaren Asylquartieren, ist eindeutig der bessere Weg. Und insofern, lieber Klubobmann Kunasek, hat die Steiermärkische Landesregierung mit Landeshauptmann Christopher Drexler an der Spitze die Hausaufgaben sehr wohl erledigt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Leider, liebe Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen, ist nämlich der Steirische Landtag nicht das Gremium, das in der Frage der Bundesquartiere, die Entscheidungen trifft. Zuständig und das hat der Landeshauptmann auch betont, ist hier ausschließlich der Bund, insbesondere das Innenministerium. Ich ersuche daher Innenminister Gerhard Karner, seine Entscheidung bezüglich Asylquartier in Kindberg nochmals zu überdenken und gleichzeitig bitte ich den Innenminister auch, die Exekutive in unserem Bezirk zu stärken und damit das Sicherheitsgefühl, das Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung auch zu erhöhen. Denn schließlich befindet sich ja auch in Steinhaus am Semmering ein zusätzliches Asylgroßquartier des Bundes in unserem Bezirk. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.12 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stefan Hermann. Bitte schön Herr Kollege.

LTabg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (12.13 Uhr): Vielen Dank. Meine hochgeschätzte Frau Präsidentin, geehrter Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Kollege Hofer, ich habe dir sehr gut zugehört und kann eigentlich alles unterschreiben, was du gesagt hast, unterstütze auch deine Forderung, deinen Appell ans Innenministerium. Man könnte auch unsere Initiative dahingehend unterstützen, das wäre ein deutliches Signal des Landtages, weiß um alle parteipolitischen Überlegungen, ist mir völlig klar, dass das nicht passieren wird, aber da sind wir dabei. Und ja, der steirische Weg der kleinen Quartiere ist im Vergleich zu Großquartieren ein guter und ein richtiger. Mir persönlich wäre es wichtig und Recht, wenn wir keine Quartiere bräuchten, (*Beifall bei der FPÖ*) denn würden wir auf allen Ebenen – würden wir auf allen Ebenen die Hausaufgaben machen, ein vernünftiges Asylrecht etablieren, dann hätten wir die Probleme der größeren Quartiere und der Landeseinrichtungen nicht, dann würden die Steirerinnen und Steirer, die in der Vergangenheit mehrfach gezeigt haben, dass sie solidarisch und hilfsbereit sind, das auch im eigenen Bereich privat unterbringen, hätten wir viele Probleme nicht. Es ist heute vom Herrn Landeshauptmann die Ernsthaftigkeit bemüht worden. Es ist darum gegangen, man muss das ernsthaft diskutieren und die Wortmeldungen sowohl der Freiheitlichen, so glaube ich, und auch von Ihnen, haben diese Ernsthaftigkeit widergespiegelt. Ich habe mir gedacht bei der Ernsthaftigkeit: Kann man denn alle Aussagen, wo ich viele unterstütze, die Sie heute getroffen haben, Herr Landeshauptmann, kann man die ernst nehmen? Denn es ist zu einem Sinneswandel gekommen. Es ist zu einem Sinneswandel offensichtlich bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, gekommen, aber auch bei der Österreichischen Volkspartei gekommen. Denn im Jahr 2015, dieses Jahr, dass sich niemals wiederholen darf, wie wir alle immer bemühen, waren die Zugänge des Christopher Drexler andere. Da waren wir eher bei der sozialromantischen Fraktion, hat sich ums Landhaus eingehängt um eine Sondersitzung der Freiheitlichen zu verhindern, das war auch die Zeit, wo uns der ehemalige Herr Landeshauptmann hier mehrfach erklärt hat, (*KO LTabg. Riener: „Alles zum richtigen Zeitpunkt!“*) ihm hätten die Knie geschlottert, und es ist nichts passiert. Jetzt hört man andere Worte vom Landeshauptmann, nicht nur medial, sondern auch hier herinnen. Zustände wie 2015 dürfen sich nicht wiederholen. Es soll sich jemand nicht aussuchen, wo er um Asyl ansucht. Man kann mit Händen greifen, dass etwas zu tun ist. Ich frage mich: Wieso ist das nicht in den letzten Jahren passiert? Und ich frage mich auch, woher dieser Sinneswandel der Österreichischen Volkspartei kommt. Man kann, wenn man sich ein bisserl die politische

Vergangenheit anschaut in Österreich und in den Bundesländern immer erkennen, das immer dann, wenn es für die ÖVP in Umfragen und in Wahlergebnissen bergab geht, man nach rechts ausschwenkt und plötzlich jene Werte wiederentdeckt, die die Generalsekretärin außer Dienst erst am Samstag in einer Pressekonferenz bemüht hat. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber ich glaube auch, dass etwas anderes zu diesem Sinneswandel geführt hat. Denn der ehemalige Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer hat in ihrer gemeinsamen Antrittspressekonferenz davon gesprochen, dass Christopher Drexler noch an seiner Beliebtheit arbeiten muss. Und das sieht man, wenn man die Aktivitäten des Christopher Drexler verfolgt. Du bist oder Sie sind, Herr Landeshauptmann, sehr viel in der Steiermark unterwegs, und da wird man auch Gespräche führen mit den Steirerinnen und Steirern und merken, welche Probleme wirklich da sind und ich glaube, dass auch das zu diesem Sinneswandel geführt hat. Klubobmann Kunasek hat gesagt, nicht nur Worte, sondern Taten um die Zustände wie 2015 nicht erneut hier in unserem Land zu haben und da braucht es Signale. Signale auf vielen Ebenen. Und es gibt auch Hausaufgaben, die wir hier im Land ändern können, denn unser Sozialsystem haben wir selbst in der Hand. Stichwort: Sozialunterstützung. Herr Landeshauptmann hat gesagt, die Steiermark darf kein Wunschhafen werden für Wohlstandsmigranten. Und ja, das haben wir hier in der Hand, diesen sozialen Magneten in der Steiermark, diesen Pull-Faktor abzustellen. Was die Pushbacks angeht, so höre ich schon Wortmeldungen nach mir, den Lukas Schnitzer, wenn er sich zu Wort meldet, der uns noch einmal erklären wird, dass das rechtlich ja gar nicht möglich ist und dass das europarechtswidrig ist und dass der EuGH da gesagt hat, das geht alles nicht. Ja, okay, mag so sein, aber denken wir zurück an den Sommer 2021. Weißrussland-Litauen-Krise, wenn Sie sich alle erinnern, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo es in Litauen genau zu diesen Pushbacks – Pushback klingt ja so brutal, ist eine Zurückweisung an der Grenze – gekommen ist, und dann gab es dieses realitätsferne Urteil des EuGHs, aber ich habe einen internen Aufschrei in der Europäischen Union vermisst. Ich habe auch ein änderndes Verhalten in Litauen vermisst. Denn die Litauer haben eines gemacht, sie haben an diesem Weg der Pushbacks festgehalten und sie haben damit ihre eigene Bevölkerung geschützt, aber auch die Europäische Union und alle Mitgliedstaaten, die nach Litauen am Weg ins Herz Europas sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wie realitätsfern diese Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes ist, wurde da deutlich. Und wenn man von völkerrechtlichen Konventionen spricht, von Asylrecht und vom Schutz von Vertriebenen, dann muss man bei dieser Frage, wenn man ernsthaft auch bleibt, sagen, dass viele Konventionen, viele Regeln, aus der Zeit gefallen sind. Weil mit diesen

Massenmigrationsbewegungen, die jetzt nach Europa drängen, unter dem Deckmantel „Asyl“ das nicht funktionieren kann. Also auch hier muss man sich überlegen, die Regeln auf entsprechender Ebene auch zu ändern und sich dafür einzusetzen. Und vielleicht noch einen Satz zum Europäischen Gerichtshof oder zu den Höchstgerichten, die immer stark sind, wenn es darum geht, die Rechte so von „Schutzsuchenden“ – unter Anführungszeichen –, die das Asylrecht ausnützen, zu stärken, dann frage ich mich, wie denn die individuelle Prüfung des Schutzbedarfes, den man nach Asylrecht mit jedem vorzunehmen hat, bei diesen chronischen Pass- und Dokumentenverlierern, die durch halb Asien, durch halb Afrika zu uns kommen, wie das zu funktionieren hat. Da erwarte ich mir auch einmal eine Entscheidung der Höchstgerichte, und nicht immer, wenn es darum geht, die Wohlstandsmigranten entsprechend rechtlich zu unterstützen. Diese grenzenlose Zuwanderung, die wir wieder erleben, bringt natürlich Probleme im Land mit sich: gesellschaftspolitische Spannungen, steigen der Kriminalität, Kosten und auch einen Vertrauensverlust. Einen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Behörden. Denn was erleben wir jetzt? Die Polizei und das Bundesheer, unsere Soldatinnen und Soldaten, unsere Polizistinnen und Polizisten, denen ich ein großes Dankeschön aussprechen muss, die jeden Tag im Grenzeinsatz stehen, die greifen Menschen auf, bringen sie dann ins Gratis-Shuttle, die es dann in irgendeine Unterkunft führt und dann in einer AI- inklusiv-Grundversorgung auch mündet. Das heißt, diesen Soldatinnen und Soldaten, diesen Polizistinnen und Polizisten, die da im Einsatz stehen, denen muss man das Werkzeug in die Hand geben, an der Grenze auch Rückweisungen, sogenannte Pushbacks, auch durchzuführen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und es gibt bereits jetzt rechtliche Möglichkeiten in Ausnahmesituationen solche Zurückweisungen durchzuführen. Und wenn man sich die Zahlen anschaut, die der Herr Klubobmann Kunasek uns heute hier erklärt hat, dann sind wir in einer solchen Ausnahmesituation und dann wäre es auch jetzt ein Gebot der Stunde, diese Regelungen zu schaffen und diese Pushbacks zu ermöglichen. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, er und der Innenminister sind sich einig, das ist hoffentlich, obwohl man sich da bei der Volkspartei nicht so sicher ist, aber ich gehe davon aus, dass das innerhalb der ÖVP so sein soll, leider wird man hier einen Dissens mit dem Koalitionspartner auch vorfinden auf Bundesebene und ich kann mich erinnern, dass der ganze Themenkomplex Zuwanderung, Sicherheit, Asylwesen, ja ein sogenannter koalitionsfreier Raum auch ist und ich bitte auch diesen zu befüllen und die Angebote, die es auch von freiheitlicher Partei auf Bundesebene gibt, da

auszunutzen, um hier eine striktere Rechtsordnung im Bereich der Zuwanderung auch sicherzustellen. Ich bringe abschließend einen Entschließungsantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die gesetzlichen Grundlagen für Zurückweisungen – unter der Prämisse „Pushbacks als Normalität!“ – an den Grenzen zu erarbeiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 12.21 Uhr*)

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Armin Forstner. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Forstner, MPA – ÖVP (12.21 Uhr): Geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, es wurde heute schon öfters erwähnt: 2015 darf sich nicht wiederholen. Dazu braucht es natürlich alle Anstrengungen. Für die Menschen, die von Krieg oder Verfolgung bedroht sind, muss es einen sicheren Hafen geben, Stefan Hermann hat es gerade auch angesprochen. Und ich glaube, das Asylproblem kann Österreich – einig sind wir uns eigentlich auch, dass das Österreich nicht alleine lösen kann. Wenn die Politik ausreichend entschlossen ist, werden wir uns gemeinsam nicht über neue Asylquartiere unterhalten brauchen. Viele Regeln sind aus der Zeit gekommen, hat auch mein Vorredner bereits gesagt, auch da kann ich ihm recht geben, darum braucht es auch ein Bündel an Maßnahmen, um die illegale Migration stoppen zu können. Ich glaube, da hat der Herr Landeshauptmann heute schon vier wichtige Dinge angesprochen. Erstens: Es braucht einen wirksamen Außengrenzschutz. Zweitens: Es müssen Wege gefunden werden, dass nur jene in unser Asylsystem kommen, die auch wirklich die Hilfe benötigen. Drittens: Es braucht zügig abgewickelte Verfahren und die konsequente Außerlandesbringung von denjenigen, die einen negativen Asylbescheid bekommen haben und viertens: Es muss Konsequenzen für Staaten geben, die illegale Migration und Migranten einfach durchwinken oder nicht gegen die illegale Schlepperei vorgehen. Wenn wir erstens noch einmal zurückschauen bitte, es braucht einen wirksamen Außengrenzschutz. Nachdem das die EU-internen Diskussionen um die Frage der Verteilung der Migranten, was heute auch

schon öfters angesprochen wurde, unter den Mitgliedsstaaten eh bereits schon im Gange ist, konnte 2018 eine Trendwende erreicht werden. Erstmals wurde klargestellt, dass zur Bewältigung dieser gemeinsamen Herausforderung ein umfassender Ansatz in der Migrationspolitik erforderlich ist. Diese umfasst im Wesentlichen drei Dimensionen: Erstens, ein effektiver Außengrenzschutz, Kooperation mit den Herkunfts- und Transitländern und Ausbau eines gemeinsamen europäischen Asylsystems. Effektiver Außengrenzschutz ist die Aufgabe der jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU. Eine wesentliche Rolle spielt natürlich die uns allen unter dem Begriff Frontex bekannte europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache. Zweitens: Kooperation mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Ziel ist die nachhaltige Eindämmung der irregulären Migration durch Schaffung von Perspektiven vor Ort, Erhöhung der Rückkehrquote für abgelehnte Asylwerber um den Migrationsdruck zu verhindern und eine bessere Kooperation bei der Rückübernahme zu erreichen. Es werden seit 2015 Kooperationspakete mit Partnerstaaten in Afrika geschnürt. Und drittens: Der Aufbau eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, Schaffung eines effizienten harmonisierten und widerstandsfähigen Asylsystems. Ziel soll sein, die Standards in den Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen und sekundäre Migration möglichst einzudämmen. Damit soll erreicht werden, dass alle Asylsuchenden in Europa gleiche Rechte, aber auch Pflichten haben und Personen geholfen wird, die wirklich unseren Schutz benötigen. Heute auch schon mehrmals angesprochen: Das Diskutieren unter den Ländern bzw. der Austausch unter den Ländern zwischen der Steiermark, der LPD Steiermark, dem Landespolizeikommando und den slowenischen Behörden besteht laufender Kontakt. Derzeit keine Anzeichen, dass eine Verlagerung der Schlepperrouten erfolgen sollte. Seitens der LPD Steiermark wird dieser Bereich gemeinsam mit dem Bundesheer genau überwacht, haben wir heute auch schon mehrfach gehabt. Und was auch schon immer sehr interessant ist, wie das Grenzmanagement bei uns an der Grenze funktioniert. Der Herr Landeshauptmann hat ja kurz erwähnt, wir haben ja in der Steiermark zirka 28 Grenzübergangsstellen, die grüne Grenze dazugerechnet haben wir, glaube ich, mit Slowenien und Österreich 130 Kilometer, der Rest gehört den Kärntnern. Wir haben zirka an die 350 Beamten im Einsatz. Sei es Bundesheer, sei es bei der Polizei, die dort täglich patrouillieren bzw. auch die technischen Einrichtungen sind mittlerweile schon sehr weit fortgeschritten, dass man mit diversen Bussen, die Wärmebildkameras an Bord haben oder sonstige Einrichtungen haben, dass man erkennt, wo die Schlepperrouten sind bzw. wo es zu illegaler Migration kommen könnte. Wenn man den Punkt zwei anschaut: Es müssen Wege gefunden werden, dass nur jene in unser Asylsystem kommen, die wirklich die

Hilfe brauchen. Natürlich ist die Zahl – und das haben wir heute auch schon mehrmals gehört – der Asylanträge gestiegen. Derzeit sind mehr Personen in der Grundversorgung als 2015. Das liegt aber auch teilweise daran, dass viele aus der Ukraine vertrieben wurden. Probleme sind die falschen Versprechungen der Schlepper, natürlich auch teilweise, jene, die einen negativen Asylbescheid bekommen, müssen schnell aus dem Land kommen, zwangsweise Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan sind derzeit nicht möglich, das muss aber für die Zukunft unser Ziel sein. Wir haben das heute ja schon besprochen, es ist ja auch sehr schwierig, wenn man sie auch in diese Länder ausfliegt, sie werden einem teilweise dort nicht genommen, das ist ja das Nächste, das muss man ja wissen. Wenn wir da hinfliegen, ist es ja gut und schön, aber nur, wenn wir sie wieder mitnehmen können, ist es eigentlich schwieriger, weil dann muss man dann einmal zum Überlegen anfangen, wenn sie sie eigentlich dort gar nicht nehmen bzw. in den afrikanischen Ländern eigentlich um etliches schwieriger ist, weil man sie gar nicht den Ländern zuordnen kann oder diejenigen Personen es dort eigentlich gar nicht gibt. Wenn man sich den Punkt drei anschaut, den der Herr Landeshauptmann heute angesprochen hat: Es braucht zügig abgewickelte Verfahren und konsequente Außerlandesbringung von denjenigen, die einen negativen Asylbescheid bekommen. Ja, wie funktioniert denn das mit dem Bescheid überhaupt? Das muss man ja wissen, dass die derzeitige Gesetzeslage nicht gerade eine sehr einfache ist. Eine schutzsuchende Person muss einen Antrag auf Asyl stellen und ein Asylverfahren durchlaufen, warum, dass sie auf Flucht sind vorbringen, dann kann der Asylantrag natürlich nur persönlich gestellt werden und im Inland geht das aber auf jeder Polizeibehörde. Die Polizei führt dann in weiterer Folge die ersten Befragungen durch und sie nehmen die Daten auf. Auf Grundlage dieser Befragungen wird dann von den Mitarbeitern des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl eine Prognoseentscheidung getroffen. Abhängig davon, wird der Asylwerber entweder in der Erstaufnahme vorgeführt oder direkt ins Verteilungsquartier überstellt. Danach beginnt erst das richtige Zulassungsverfahren. Und wenn das abgeschlossen ist, dann ist er erst im Asylverfahren. Also das ist ja ganz eine interessante Sache. Wir haben natürlich – und das haben wir heute auch schon mehrmals gehört – heuer eine Bilanz, Gott sein Dank, die Verfahren mit 3,2 Monate sind ja schon relativ niedrig geworden in den letzten Jahren. Aber natürlich sind etliche offene Verfahren ausständig und natürlich ist es umso schwieriger, wie ich es gerade vorher erwähnt habe, natürlich auch das Außerlandesbringen, auch wenn wir sie außer Landes bringen, ich glaube, heuer schon mit 22 Flieger, dann muss man einmal wissen, wie viel eigentlich wieder mitgenommen werden

müssen, aufgrund dessen weil sie die Heimatländer ja gar nicht nehmen. Und wenn man sich den vierten Punkt anschaut: Es muss Konsequenzen für Staaten geben, die illegale Migration und Migranten einfach durchwinken oder nicht gegen Schlepperei vorgehen. Ja, das würden wir uns aber erwarten von der EU, und ich glaube, das sollte das Ziel sein. Wir alleine in Österreich werden den Strom nicht aufhalten können, aber es gehört auch eine Gemeinsamkeit der EU-Partner her, dass man einfach sagt: „Okay, gemeinsam können wir es schaffen, gemeinsam müssen wir es aber auch ...“, und da brauchen wir ein gewisses Einigkeitsprinzip natürlich auch aller Regierungen in den nationalen Ländern in der EU. Und um die Zuwanderung bestmöglich zu gestalten, müssen natürlich wir in der Steiermark auch mit dem Bund zusammenarbeiten – ist heute schon angesprochen worden. Und natürlich unser Herr Landeshauptmann hat in den letzten Monaten... und weil das auch schon mehrmals angesprochen worden ist heute: Natürlich in zwei, drei Monaten kann man nicht das ganze Asylwesen in Österreich ändern. Es sind ja sehr viele Probleme natürlich in den letzten Monaten auf uns zugekommen. Sieben Jahre, da muss man aber auch wissen, dass in den letzten sieben Jahren die meisten Flüchtlinge gekommen sind, wie der Herr Kickl Innenminister war. Das sollte man aber auch einmal ansprechen. Das sind halt die Unterschiede. Ich glaube, wir haben heute ja sehr viele Übereinstimmungen gehört, wir haben ja Gott sei Dank sehr viele Übereinstimmungen, wo ein jeder eigentlich sagt: „Das oder das ist der richtige Weg“, Großquartiere, Kleinquartiere das wissen wir ja alles. Trotzdem kann man auch nicht einfach, wenn die Menschen mehrere Tausend Kilometer unterwegs sind und sie stehen dann in Österreich herinnen, muss man halt die ersten Monate einmal schauen was noch ist. Was natürlich das Wichtigste ist, das sind natürlich diese ganzen Sachen: Asylverfahren beschleunigen und dann einfach schauen, dass sie dann dementsprechend in die Heimatländer zurückkommen und da muss man eigentlich ansetzen. Ich glaube, das ist ein guter Weg. Man hat gewisse Gemeinsamkeiten heute schon herausgehört, so viel, aber trotzdem noch immer was. Und ich glaube, wir sind ja alle Politiker Mann und Frau genug, dass wir das eigentlich wissen, dass man sich immer ein wenig zusammenraufen muss und dann kann man auch vieles schaffen. Ich glaube, wir werden das auch schaffen, aber natürlich wird das die nächsten Jahre wahrscheinlich noch zunehmen. Und ich glaube, das ist ein wenig schwierig bei dem Ganzen, den richtigen Weg zu finden. Wir werden es schaffen. Der Herr Landeshauptmann wird sich einsetzen, wird das dementsprechend weitergeben und dann schauen wir, dass wir das gemeinsam regeln können und für unsere Steirerinnen und Steirer

vertretbare Lösungen präsentieren können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.31 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Werner Murgg. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (12.32 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann! Ich darf nur einen Antrag bei 2451/3 stellen, dass dieser Tagesordnungspunkt sowohl hinsichtlich 1 und 2, als auch hinsichtlich 2a, b, c getrennt abgestimmt wird. *(12.32 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Marco Triller. Bitte schön Herr Kollege.

LTabg. Triller, BA, MSc – FPÖ (12.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Zuseher!

Es wurde heute wirklich schon viel gesagt und ich bin sehr froh, dass wir da, wenn man die Redner so durchgeht, eigentlich einhelliger Meinung sind, dass etwas getan werden muss. Und ich bin wirklich davon überzeugt, dass jetzt die ÖVP mit ihrer Trendwende, wenn man das Jahr 2015 hernimmt, wo man noch gemeinsam in einer Menschenkette beim Landhaus gestanden ist, händchenhaltend und für Solidarität der Flüchtlinge eingetreten ist, jetzt eigentlich ganz was anderes fordert, und zwar eine harte Migration aufgrund der Südpolitik, die wir Freiheitliche schon seit 2015 und auch davor fordern. Und 2015 hat uns ja gezeigt, was auf Österreich zukommen kann. Jetzt im Jahr 2022 schaut das natürlich ganz anders aus, weil diese nicht auf einmal in einem Strom die Grenzen Österreichs überschreiten, sondern immer wieder so mit 50, 100 Personengruppen vorwiegend über die burgenländische Grenze nach Österreich kommen. Und da sagen wir Freiheitliche – und das hat der Mario Kunasek und auch der Stefan Hermann heute ganz klipp und klar dargestellt –, wir können damit nicht mitgehen. Man muss eines auch bedenken: Es kommen in diesem Jahr 58.000 Asylanträge, das ist mehr als zweimal Leoben, das muss man sich in der Größenordnung auch einmal vorstellen. Die muss man irgendwo unterbringen, ja, das ist eine Herausforderung, das ist schwierig. Aber man muss da wirklich als Gesetzgeber, sei es jetzt auch die Landesgesetzgebung, weil da Stefan Hofer gesagt hat: „Die Steiermark ist dafür nicht

zuständig“, aber mit einem starken Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann, kann man schon einen gewissen Druck auf die Bundesregierung ausüben, dass das in Österreich nicht mehr so in dieser Art und Weise stattfindet. (*Beifall bei der FPÖ*) Und schon im Jahr 2015 haben wir gewarnt, dass dies Ausmaße annehmen wird, wie wir sie uns gar nicht vorstellen können. Jetzt haben wir 2022, wie gesagt, 58.000 Asylanträge. Das muss man auch finanziell stemmen. Das muss unser Steuerzahler auch finanziell stemmen, die Steirerinnen und Steirer, die ja in Zeiten wie diesen, der Energiekrise, der Teuerung, der Inflation, ja ohnehin schon eine Riesenlast an Steuern zu zahlen haben. Auch das müssen unsere braven, fleißigen Bürger da draußen stemmen und das darf man unserer Bevölkerung aber bitte auch nicht zumuten. Und das ist auch nicht fair gegenüber denjenigen, die sich Wohlstand erarbeitet haben und dann mehr oder weniger ein gewisser Anteil an Wohlstand genommen wird, im Gegensatz zu anderen Ländern in der Europäischen Union die niemanden aufnehmen. Und ich habe beispielsweise da Zahlen aus der Kalenderwoche 35, möchte ich Ihnen kurz darstellen. Übrigens in der Kalenderwoche 34 wurde diese No-Way-Kampagne vom Herrn Innenminister präsentiert und in der KW 35 gab es in Österreich 3.507 Asylanträge, in Ungarn waren es null Asylanträge, in der Slowakei war es ein Asylantrag, in Litauen waren es elf Asylanträge, in der Tschechischen Republik 38 und in Slowenien, auch unser direkter Nachbarstaat, waren es 81 Asylanträge. Nur damit man sich diese Größenordnung einmal vorstellen kann. Und warum ist das aber passiert? Weil Gesetzgebungen – und der Armin Forstner hat es angesprochen –, es gibt im Bereich der Rechtsordnung der Gesetzgebung Schwierigkeiten, ja. Aber, die ÖVP hat die Mehrheit in der Landesgesetzgebung im Bundesland Steiermark, die ÖVP hat die Mehrheit in der Bundesgesetzgebung der Republik Österreich. (*KO LTabg. Schwarz: „Aber 50 % haben sie nicht.“*) Die ÖVP hat eine Mehrheit oder hat die meisten Mandatare, wenn man es so rechnet, aber sie hat zumindest die meisten Personen. Sie sind überall auch in Regierung – also die ÖVP in der Steiermark in der Regierung, auch auf Bundesebene. Und die ÖVP hat auch die meisten, nicht die ÖVP, aber die Mandatare der EVP, der Europäischen Volkspartei, stellt die meisten Mandatare auf europäischer Ebene. Von der EVP kommt unter anderem auch die Kommissionspräsidentin Von der Leyen, das heißt überall in der gesamten Gesetzgebung der Europäischen Union hat die ÖVP oder Schwesterparteien der Europäischen Volkspartei das Sagen. Und seit 2015, Herr Landeshauptmann, hätten Sie und Ihre Parteifreunde die Möglichkeit gehabt, dementsprechende rechtliche Rahmenbedingungen auch zu stellen. Das ist nicht passiert. Lobenswert ist, dass Sie heute hier ein Bekenntnis abgegeben haben, dass Sie sich in Zukunft

dafür einsetzen werden, dass diese Missstände, die da in der Vergangenheit passiert sind, aufgehoben werden. Das ist lobenswert und ich bin in freudiger Erwartung, und Sie haben die komplette völlige Unterstützung der freiheitlichen Partei auch diesbezüglich. Aber ich hoffe, es sind nicht nur leere Worthülsen. Wir werden das als Freiheitliche natürlich ganz genau beobachten, wir werden auch ganz genau die Asylzahlen, die kommenden, beobachten, denn andere Länder, wie beispielsweise auch Ungarn, machen es vor mit null Asylanträgen. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Die winken sie uns durch!“*) Ja, die winken's durch. Ja, was machen wir dann falsch, lieber Herr Kollege Kinsky? Wir nehmen sie alle mit offenen Armen auf und das ist anscheinend das Problem. Und anscheinend ist das nächste Problem, dass Österreich eben für illegale Migration so derartig attraktiv ist, dass man in ein anderes Land gar nicht gehen will. Und auch da, geschätzte Frau Soziallandesrätin, auch da müssen wir etwas tun. Ich bin absolut für jeden, der Schutz und Hilfe braucht, keine Frage. Das ist ja etwas ganz Logisches und Menschliches, aber Menschen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Österreich flüchten, haben aus meiner Sicht kein Recht hier zu bleiben. (*Beifall bei der FPÖ*) Wir haben in der Steiermark – wir haben in der Steiermark ja auch eine große Problematik. Wir haben sehr viele kleine Quartiere, das ist angesprochen worden. Natürlich sind kleinere Quartiere besser als Großquartiere, wie beispielsweise in Leoben. Sie können sich vorstellen, jeden Tag, wenn ich von Niklasdorf in mein Büro nach Leoben fahre, fahre ich jeden Tag an dieser Baumaxhalle vorbei. Und jeden Tag schwärmen da Gruppen hinaus und sind eben draußen. Aber Sie können sich vorstellen, wenn Sie mit den Menschen reden, dass diese auch Angst haben. Ja, sie haben Angst, geschätzter Herr Landesrat, du kannst gerne mit mir Leoben einmal besuchen, schau dir das einmal vor Ort an, ich glaube, das wirst du auch nicht so toll finden, und viele Frauen finden das auch nicht super. Also in diesem Bereich, Herr Landeshauptmann, sind auch Sie gefordert, beim Innenminister Druck auszuüben, dass dieses Großflüchtlingsquartier in Leoben – ja, das auch menschenunwürdig ist aus meiner Sicht, weil da drinnen wohnen, das stelle ich mir nicht gerade super vor –, ja, dass dies umgehend geschlossen wird, genauso Kindberg nicht aufgesperrt wird oder Spital am Semmering geschlossen wird. Es kann nicht sein, dass wir als Steiermark nur die Riesenlast zu tragen haben und auch diese – in dem Sinne sind es ja Bundesquartiere –, aber auch die ganzen anderen negativen Auswirkungen mit Polizeieinsätzen oder Sonstiges zu stemmen haben. Ich darf daher einen Entschließungsantrag einbringen. Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. keine neuen Verträge mit Betreibern von Asylheimen abzuschließen oder Kapazitäten bestehender Unterkünfte zu erweitern,
2. keine neuen Asylheime zu eröffnen,
3. weitere Übernahmen von Asylwerbern, die vom Bund aus zugewiesen werden, zu verweigern sowie
4. die gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Bundesländern abgeschlossene Grundversorgungsvereinbarung über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde gemäß Art. 15 Abs. 2 leg. cit. aufzukündigen.

Geschätzte Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag angenommen werden würde. Das wäre ein gutes Zeichen nach außen. Auch zum ÖVP/SPÖ-Entschließungsantrag darf ich was dazu sagen: Wir werden dem zustimmen, weil es ein reiner „No-na-net-Antrag“ ist. Wenn ich mir den ersten Punkt anschau: Der Landtag bekennt sich zum umfassenden Außengrenzschutz –, ja, bis auf die Grünen vielleicht werden da alle mitstimmen. Keine Frage. Aber das ist für uns ganz logisch. Es braucht aber viel mehr. Herr Landeshauptmann und geschätzte Abgeordnete der ÖVP und SPÖ, es soll nicht nur bei diesem einen Entschließungsantrag bleiben, da müssen dann wirklich in Zukunft auch Taten folgen, weil der zweite Punkt: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass Gespräche eines gemeinsamen Vorgehens auf europäischer Ebene weitergeführt werden, ja „no na net“. Herr Landeshauptmann, Sie haben ja auch angesprochen, diese Gespräche gibt es bereits und ich würde mir wünschen, dass auch Ihre Worte und auf alle Worte, die da heute gefallen sind, endlich Taten folgen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 12.42 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Reif. Bitte schön, Herr Kollege.

LTAbg. Reif – NEOS (12.43 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Angst ist eine Emotion und mit dieser Emotion wird von Seiten der Politik gerne gearbeitet. Vor allem dann, wenn Fakten nicht mehr genug hergeben, um diese Gefühle zu befeuern, dann arbeitet man mit Unwahrheiten. Man benützt Unwahrheiten, um Emotionen zu schüren und stellt sich dann so hin und tut so, als ob man der einzige Retter wäre und geht es mit dieser Emotion auf Stimmenfang. Und dafür muss leider dieses Thema Asyl und Migration schon sehr lange herhalten, und zwar nicht nur von der FPÖ, sondern auch teilweise von Seiten der ÖVP. Aber trennen wir einmal diese beiden Themen Asyl und Migration. Der Kollege Forstner hat es auch vorher schon angesprochen: Es gibt ja oft das Gerede von der illegalen Migration. Wenn man sich das anschaut: Was heißt Asyl? Asyl ist für jemand, der Schutz braucht – der Schutz braucht, weil er flieht, weil er aus Kriegsgebieten flieht, weil er aus Ländern flieht, wo es einfach menschlich nicht tragbar ist, dass man leben kann. Und dieses Asylverfahren dauert dann eben bis es beschlossen ist, bis es eine Entscheidung gibt. Migration ist etwas anderes, Migration können wir steuern. Migration bedeutet auch für unseren Arbeitsmarkt, dass wir schauen können: Wen brauchen wir? Und wer sich durch das Wort Migration nach Österreich einschummeln möchte, auf gut Deutsch. Und bei der Migration müssen wir genau hinschauen, vor allem in Zeiten wie diesen, wo wir dringend Arbeitskräfte brauchen, wo wir Fachkräfte brauchen. Die Migration muss einfach schneller gehen, es muss ein schnelles Verfahren geben und es muss einfach – wenn man mit Unternehmen spricht und in der Steiermark unterwegs ist, hört man das immer wieder –, es muss einfach möglich sein, dass Menschen, die bei uns einen Antrag stellen, dass sie auch endlich sehr schnell die Möglichkeit bekommen, arbeiten zu können. Viele Betriebe sind mittlerweile so weit, dass sie sagen: „Auch, wenn dieser Mensch keine Qualifizierung hat, ich lerne ihn an. Ich möchte nur, wenn er arbeiten möchte, dass er bei mir arbeiten kann.“ Und ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig und das ist etwas, was wir aus der Vergangenheit lernen müssen, dass wir nicht Menschen, die in der Schule sind oder in einer Lehre sich befinden in Österreich, dann einfach abschieben, sondern diesen Menschen, die möchten, auch die Chance geben, dass sie bei uns in Österreich bleiben und auch arbeiten können. Es ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, dass wir schauen, dass wir so viele Menschen wie möglich in die Arbeitswelt integrieren, weil das natürlich auch das System entlastet. Weil, was passiert, wenn Menschen nicht arbeiten? Sie bleiben in der Grundversorgung und sie kosten den Steuerzahlern Geld. Das ist kein Geheimnis. Aber sobald Menschen arbeiten, ist es auch so, dass sie sich selbst erhalten können, dass sie viel schneller die Sprache lernen und dass sie sich natürlich auch integrieren können. Ich glaube, das ist das Um und Auf das wir schaffen müssen, den Menschen die

möchten, so schnell als möglich die Möglichkeit zu geben, hier in Österreich, in der Steiermark auch arbeiten zu können. Was die FPÖ macht, ist leider dieses Wort „Flüchtling“ immer negativ zu verwenden und damit einfach Angst schüren. Es ist wirklich ein Kalkül was da zwischendurch passiert und, wenn man sich heute die Wortmeldungen anhört und da steht drinnen „Massenmigration“ oder „finanziell kostet das so und so viel Geld“. Fragen wir einmal, was hat uns finanziell die ganze Pferdegeschichte gekostet, was der Innenminister damals z. B. haben wollte. (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das ist ja lächerlich!“*) Das ist auch eine finanzielle Belastung des Steuerzahlers. Oder Neujahrsbabys, diese Geschichte mit den Neujahrsbabys finde ich wirklich sehr imposant, Herr Klubobmann, dass man draufkommt, weil vielleicht waren Sie schon einmal in anderen Ländern dieser Erde und haben gesehen wie dort das System funktioniert, wenn jemand auf die Welt kommt, dass nicht jeder in einem Krankenhaus auf die Welt kommt und sofort registriert ist, sondern Registrierungen später stattfinden und dann eben der Erste des Monats angenommen wird. Aber okay, man kann ja mit allem Angst machen. Man kann auch damit Angst machen, wenn man in der Früh zur Arbeit fährt und dann sieht man Gruppen ausschwärmen, die von drinnen nach draußen gehen und dann draußen sind. Ist auch eine Aussage. Das Gleiche ist: 41.909 Asylanträge, steht drinnen, bei der Dringlichen Anfrage heute haben wir schon gehört von 56.000 oder 58.000, aber schauen wir uns die Zahlen einmal genauer an. Die Zahlen sind irreführend. Und warum sind die Zahlen irreführend? Die Zahlen werden verglichen mit einem Zeitraum, wo wir in Österreich de facto keine Bewegung gehabt haben, wo es weltweit keine Bewegung gegeben hat. Wo einfach niemand oder fast niemand hergekommen ist. Dann nehme ich die richtigen Zahlen her, vergleichen wir einmal quartalsweise. Erstes Quartal letztes Jahr, erstes Quartal heuer: Sind wir um 30 % geringer, Herr Kollege – geringer! Also wirklich, wenn man mit Zahlen spielt, dann die richtigen Zahlen machen und nicht Angst machen. (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das stimmt ja nicht was du sagst. Das ist falsch!“*) Meine geschätzten Damen und Herren, ich glaube wir brauchen wirklich eine Migrations- und Asylpolitik, die nach vorne schaut, die es Menschen, wie ich gesagt habe, ermöglicht zu arbeiten, schnell in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Und ich bitte, dass wir wirklich aus der Vergangenheit lernen und eben Dinge, wie Geschichten von Tina, die dann aus der Schule geholt wird und abgeschoben wird, nicht mehr passieren. (*LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das waren auch wir?“*) Dass Geschichten von Menschen, die bei uns im Arbeitsmarkt integriert sind, als Lehrlinge arbeiten, dass man die nicht abschiebt, sondern dass man den Menschen die Chance gibt und dass man natürlich schnellere Asyl- und

Migrationsverfahren in Österreich und in der Steiermark schaffen, damit nicht immer von seitens der FPÖ das Chaos hochgehalten wird und irgendwelche Horrorszenarien vorausgesagt werden, sondern dass wir wirklich ehrlich und offen mit diesem Thema umgehen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 12.50 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lukas Schnitzer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Schnitzer – ÖVP (12.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen des Hohes Hauses!

Bevor ich zur Einbringung des Unselbstständigen Entschließungsantrages komme, möchte ich vielleicht am Beginn vorweg zwei allgemeine Bemerkungen machen. Erstens, ich glaube es tut der Politik in so stürmischen und turbulenten Zeiten in denen wir aktuell leben, gut, wenn man möglichst unpolemisch und mit möglichst wenig Verunsicherung Politik betreibt und das betrifft alle Parteien bei allen Themen, geschätzte Damen und Herren, aber das gilt auch für die NEOS, die bei anderen Themen sehr wohl die Verunsicherung und Polemik suchen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Die zweite Vorweg-Bemerkung, die mir schon wichtig ist: Wir haben jetzt weitgehend eine sehr sachliche, nüchterne Debatte geführt, angefangen mit dem Versuch, Zahlen, Daten, Fakten auch nüchtern hier in den Landtag zu bringen, und ich bin sehr froh darüber, dass wir an der Spitze des Landes, an der Spitze der Landesregierung einen Landeshauptmann haben, der bei diesem Thema von Beginn weg seiner Amtsübernahme eine sehr klare Position, eine sehr klare Kante hat, nämlich, dass sich das Jahr 2015 nicht wiederholen darf. Und insofern bin ich sehr dankbar darüber, dass der Herr Landeshauptmann auch heute bei diesem Sonderlandtag ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, dass sich das Jahr 2015 nicht wiederholen darf, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Mir ist es wichtig, vielleicht ein, zwei Punkte noch abschließend auch in die Debatte einzubringen und versuche das auch möglichst sachlich und neutral zu machen, wie es meine Vorredner teilweise auch geschafft haben. Geschätzter Herr Klubobmann Kunasek du hast gesagt, wir erleben europaweit momentan einen extremen Migrationsdruck. Das ist richtig, aber man muss auch betrachten, dass wir diesen Migrationsdruck auch weltweit erleben. Es sind aktuell 80 Millionen Menschen laut UNHCR auf der Welt unterwegs, auf der Flucht. Wir erleben das in einer globalisierten Welt und insofern, glaube

ich, braucht es auch von uns seitens der Politik auf europäischer Ebene neue Lösungswege, die nachhaltig Fluchtrouten begrenzen und vor allem auch das garantieren, worum es auch eigentlich geht, nämlich möglichst zentral dort, wo Menschen fliehen, auch Schutzmaßnahmen zu sichern, damit auch die Hilfe vor Ort gewährleistet ist und ich glaube, das braucht es auch in dieser Debatte, geschätzte Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und zwei weitere Zahlen sind mir wichtig zu betonen: Bis jetzt im Jahr 2022 hat es rund 13.000 negative Asylbescheide gegeben und rund 8.000 positive Asylbescheide. Auch das zeigt, dass sehr wohl national unser Asylrecht sehr ernstgenommen wird und auch negative Asylbescheide vonstattengehen und ja, da bin ich absolut d'accord mit der Freiheitlichen Partei, aber vor allem mit dem, was unser Herr Landeshauptmann gesagt hat: Wir müssen auch in der Thematik, in dem Themenfeld Rückführungen stärker werden. Da braucht es einerseits europäische nationale Rückführungsabkommen, aber man muss auch eine Zahl sehen, auch heuer haben wir bereits rund 6.000 Personen rückgeführt und das zeigt, dass wir etwas tun, dass wir noch stärker werden müssen, damit der illegalen Migration auch Einhalt geboten werden kann, geschätzte Damen und Herren. Und die zweite Zahl, die mir wichtig ist – wir alle sind uns, glaube ich, einig, dass wir vor allem die Not am Menschen, die sich in die Hände der Schlepper begeben, bekämpfen müssen und insofern bin ich sehr froh darüber, dass unsere Bundesregierung auch diesen Kampf gegen die Schlepper ganz am Beginn Ihrer Handlungsaktivitäten setzt. Alleine heuer im Jahr 2022 wurden bereits 340 Schlepper festgenommen und das zeigt, dass die Maßnahmen an unserer Grenze Wirkung zeigen und das zeigt aber auch, dass die Arbeit der Polizei und des Bundesheeres vor Ort an der Grenze exzellent funktioniert, die tagtäglich ihre Sicherheit für unsere Sicherheit geben, geschätzte Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und wenn wir bei Zahlen sind, muss man auch festhalten, dass wir im Jahr 2017 – man kann sich da auch ausrechnen wer da in der Regierung war, es war nicht die ÖVP, Herr Kollege Triller, mit absoluter Mehrheit, auch nicht im Landtag, aber wir kämpfen dafür tagtäglich –, sondern es war eine ÖVP/FPÖ-Regierung. Und im Jahr 2017 hat es in den letzten vier Jahren die höchste Anzahl der Schutzgewährungen auch gegeben, das muss man auch sehen. Das zeigt aber eines vor allem, dass es gut und wichtig ist, dass diese Maßnahmen, die der Bundesminister Karner setzt, nämlich das sogenannte Antimarketing, absolut richtig und wichtig sind. Dass man in den betreffenden Zielländern, die sich auf den Weg machen, vor allem bei jungen Leuten in den sozialen Netzwerken auf Facebook, Instagram und Google in deren Landessprache auch Werbung dafür macht, sich nicht auf den Weg nach Europa zu machen und sich nicht auf den

Weg machen, nach Österreich, ganz klar mit der Linie: Es gibt keinen Weg nach Österreich, es gibt keinen Weg in die Europäische Union, und das halte ich für gut und richtig. Man kann sich darüber lustig machen, aber ich glaube, das ist eine notwendige Maßnahme, diese Antikampagne des Innenministers.

Und abschließend möchte ich jetzt zum Unselbstständigen Entschließungsantrag der beiden Regierungsfractionen kommen. Es ist in der Debatte ja schon gekommen, ich glaube es ist notwendig, dass wir alles dafür tun, um den Außengrenzschutz voranzutreiben, dass wir Frontex personell weiterstärken, aber auch was ihre Handlungsfelder betrifft. Ich glaube, dass wir uns auch alle einig sind, dass das Ziel in der Steiermark, aber auch in Österreich in Summe nicht sein kann, möglichst viele Großquartiere zu haben, sondern kleine Quartiere, aber in Summe auch möglichst wenig Leute ins Land zu bringen. Warum? Weil ich dann beim nächsten Thema bin, bei der Integration. Wir können nur so viele Menschen integrieren, die auch integrierbar sind und das muss man auf ein vernünftiges Maß herunterbringen. Und insofern darf ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag der SPÖ und der ÖVP-Fraktion einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

- Der Landtag bekennt sich zum umfassenden Außengrenzschutz.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Gespräche hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens auf europäischer Ebene in der Migrationsthematik weitergeführt werden.

Insofern abschließend, geschätzte Damen und Herren, bei aller Unterschiedlichkeit der Zugänge: Wir sind uns, glaube ich, bis auf wenige Ausnahmen alle einig, dass sich 2015 nicht wiederholen darf und es geht vor allem auch darum, eine starke Stimme in Wien zu haben, die bei diesem Thema draufbleibt. Wir haben es mit dem Landeshauptmann Christopher Drexler und wir sollten nach bestem Wissen und Möglichkeiten diesen Weg von Landeshauptmann Christopher Drexler für eine strenge Asylpolitik auch mitunterstützen.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.58 Uhr)

Zweite Präsidentin Kolar: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2451/2, betreffend Keine weiteren Landes-Asylheime und Kündigungen der 15a-Vereinbarung zur Grundversorgung! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Beim zweiten Entschließungsantrag wurde vom Herrn Abgeordneten Murgg eine punktuelle Abstimmung gewünscht. Dem kommen wir gerne nach.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2451/3, betreffend Nein zum Asyl-Großquartier in Kindberg sowie zu allen Asylquartieren des Bundes in der Steiermark! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich komme jetzt zu Punkt 1 dieses Entschließungsantrages.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zu 2a des Antrages:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zu 2b des Antrages:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Und ich komme zu 2c des Antrages:

Der Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Der dritte Entschließungsantrag:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2451/4, betreffend Schluss mit dem staatlichen Durchwinken: Pushbacks müssen zur Normalität werden! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen Partei nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 2451/5, betreffend Illegaler Migration entgegenwirken ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten D2, D3 und D5 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte in einer gemeinsamen Wechselrede zu behandeln.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage 2.

Am Dienstag, dem 6. September 2022 wurde um 14.11 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2481/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend **„In der Elementarpädagogik brennt der Hut: Personalmangel und Gruppenschließungen als erste Vorboten eines elementarpädagogischen Kollapses“** eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Mag. Hermann, MSc – FPÖ (13.01 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine werten Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher! Ich habe mir als erstes aufgeschrieben ein Danke an die NEOS zu sagen, dass sie diese Sondersitzung auch ermöglicht haben, um zwei wichtige Problemfelder, nämlich einerseits das Asylchaos und andererseits die Elementarpädagogik zu besprechen. Nach der Wortspende vom Herrn Kollegen Reif hätte ich das fast wieder gestrichen dieses Dankeschön, aber trotzdem danke, dass ihr bereit ward eine Sondersitzung sicherzustellen, dass ihr auch die Notwendigkeit einer solchen erkannt habt. Und es freut mich auch, dass ein paar Spätentschlossene, nämlich die Grünen und die Kommunisten, die glaube ich heute in der Früh noch eine Dringliche Anfrage eingebracht haben, jetzt auch merken, dass ja doch der Raum für eine Sondersitzung gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns allen ist klar, dass in den ersten Lebensjahren eines jungen Menschen die Weichen für seine spätere Entwicklung und sein späteres Handeln gestellt werden. Und dieses Weichenstellen, diese Erziehung im frühkindlichen Alter passiert nun einmal nicht mehr vorwiegend in der Familie, sondern in Institutionen, nämlich in Kinderkrippen und Kindergärten. Und die Aufgabe dieser Einrichtungen muss ja sein, Kinder bestmöglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen, sie zu fördern, aber auch zu fordern. Was braucht es dazu? Ausreichend fachlich ausgebildetes Personal und gute Rahmenbedingungen. Ich glaube, über das, was ich jetzt hier gesagt habe, sind wir uns alle einig. Leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, fehlt es in der Steiermark an beiden. Ich möchte an dieser Stelle ein großes Dankeschön sagen an alle Bediensteten in Kinderkrippen, in Kindergärten, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten trotz widrigster Rahmenbedingungen mit einem extrem hohen persönlichen Einsatz das System am Laufen behalten haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und KPÖ)* Für uns alle ist es hier nicht neu, ich möchte es in Erinnerung rufen: Das Personal in Kinderkrippen und -gärten hat gemeinsam mit Initiativen, nämlich mit „Kinder brauchen Profis“, mit der „Initiative für elementare Bildung“ und dem Steirischen Berufsverband für Elementarpädagogik, die kämpfen seit Jahren für Verbesserungen in diesem elementarpädagogischen Bereich. Ich möchte erinnern an den November letzten Jahres, wo eine Demonstration mit über 2.000 Teilnehmer_innen in der Innenstadt stattgefunden hat. Ich möchte auch an die Petition erinnern, die 10.000 Unterstützer gefunden hat. Der Titel war „Aufwertung der Elementarpädagogik“. Da ist es darum gegangen, den Personal-Kind-Schlüssel zu verbessern, mehr Gehalt und eine hochwertigere Ausbildung für Kräfte sicherzustellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, leider hat man das in den letzten Jahren versäumt in diesem Bereich irgendwelche Maßnahmen seitens der Politik auch zu setzen. Keine einzige der Forderungen, die zurecht erhoben worden sind, sind umgesetzt worden und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat zur katastrophalen Situation geführt, in der wir uns jetzt befinden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gut, dass jetzt Maßnahmen gesetzt wurden, da komme ich schon noch zurück, aber es gibt eine politische Verantwortung. Es gibt eine politische Verantwortung und die hat die Landesregierung gehabt, die haben ÖVP und SPÖ gehabt. Die Forderungen sind am Tisch gelegen, die Warnungen waren hier und es ist nichts passiert, es ist gar nichts passiert. Und dieser Verantwortung werden Sie sich spätestens bei den nächsten Wahlen stellen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPÖ und ÖVP. *(Beifall bei der FPÖ)* Und auch im Frühjahr dieses Jahres gab es Warnungen von WIKI, von der GiP,

von der Initiative „Rettet das Kind“, dass es im Herbst/Winter zu Schließungen von Gruppen kommen könnte. Diese Warnungen wurden ignoriert. Juli 2022, ein Schreiben der Trägerorganisationen an die Eltern, dieser Elternfrühwarnbrief, dass Schließungen möglich sind. Die Eltern wurden aber nicht darüber informiert welche Einrichtungen konkret betroffen sind. Auch da ist nicht viel passiert. Und Ende August, Anfang September wurden dann die betroffenen Eltern von den Trägerinnen und Trägern informiert, dass vielleicht ihre Kindergartengruppe, ihre Kinderkrippengruppe geschlossen wird, gar nicht zustande kommt, vom Ganztagesbetrieb auf Halbtagesbetrieb umgestellt wird und das eine Woche bevor der Betrieb wieder losgeht und man als Berufstätiger auch eine Betreuung entsprechend braucht. Dann kam es zu dem Maßnahmenpaket, das man zusammenfassen kann mit: Zu wenig, zu spät und nichts Neues. Ich will aber dieses Maßnahmenpaket nicht pauschal zerlegen, weil ich durchaus gute Ansätze auch drinnen sehe. Ich finde es wahnsinnig positiv, dass sich endlich etwas in diesem Bereich tut. Das muss man anerkennen. Jetzt frage ich mich: Woran liegt das? Liegt es daran, dass wir einen neuen hochmotivierten Landesrat haben, der mit vollem Elan an die Arbeit geht? Oder liegt es daran, dass der Hut lichterloh brennt und über 240 Familien, wie es der ORF berichtet hat Anfang September, jetzt ohne oder mit verschlechterter Betreuung dastehen? Positiv für mich bleibt, dass nach Jahren der Steirer und die Steirerin endlich wieder mitbekommen, dass es einen Bildungslandesrat gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bis vor Kurzem hat man nur gewusst, dass es einen Bildungslandesrat hier in diesem Haus gibt, wenn man das Türschild unten gelesen hat, weil inhaltlich war trotz der Krise von der damals zuständigen Landesrätin nichts zu hören. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich hoffe, dass sich diese Situation ändert. Sie haben selbst gesagt: Es sind kurzfristige Maßnahmen, um die Situation möglichst schnell zu entschärfen. Aber ich glaube, es ist Ihnen genauso wie uns allen hier klar, dass es nicht das Ende des Weges sein kann, sondern einmal ein ambitionierter, guter – so wie ich meine – über weite Strecken guter Anfang. Schauen wir uns an was der Plan ist, was diese Maßnahmen konkret sind: So soll die Gruppengröße in den nächsten Jahren von 25 auf 20 Kinder abgesenkt werden. Eine Forderung, die wir alle hier schon mehrfach erhoben haben, die die Opposition mehrfach vorgebracht hat. Es ist uns allen klar, dass das notwendig und richtig ist, aber man darf eines nicht vergessen. Man darf die Erhalter und die Träger dieser Einrichtungen nicht vergessen. Speziell das Grazer Umland ist davon betroffen, wo jetzt schon ein extrem großer Druck herrscht. Wo Gemeinden damit konfrontiert sind, dass sie ja nahezu jedes Jahr neue Kindergärten, neue Kinderkrippen, neue Plätze schaffen müssen. Werden die Gruppen

kleiner, wird es mehr Räumlichkeiten brauchen, was ja auch gut und richtig ist, aber man wird sich auch darüber unterhalten müssen, wie das die Gemeinden dann alles stemmen. Also auch hier wird etwas passieren müssen, um die Kommunen in den nächsten Jahren zu unterstützen. Positiv finde ich, dass auch die Praktika jetzt im Zuge der Ausbildung entsprechend bezahlt sind. Das ist, glaube ich, ein guter Schritt. Jetzt kommen wir zu einem Punkt, zu diesem Personaldispens. Vor zwei Jahren haben wir davon gesprochen hier herinnen, dass man das Anstellungserfordernisgesetz ändert. Das klingt ein bisschen böse. Jetzt ist es der Personaldispens und alles ist eilte Wonne, Sonnenschein. So, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es nicht. Von diesem Personaldispens oder von diesem Herunterschrauben der Anstellungserfordernisse hat die Landesregierung und Vertreterinnen und Vertretern von SPÖ und ÖVP immer als Notmaßnahme, als befristete Notmaßnahme gesprochen. Dann hat es zwei Jahre gedauert, passiert ist nichts, und jetzt sind wir in der Situation, dass wir es noch einmal verlängern müssen, weil sonst das System endgültig zusammenbricht. Und das ist schon ein harter Schlag ins Gesicht für alle, die im Kinderbetreuungs- und -bildungsbereich tätig sind, das eigentlich unglaublich. Und ich möchte da an Aussagen erinnern, die es hier herinnen gegeben hat, das war die Frau Abgeordnete Grubesa der SPÖ, die in einer Landtagssitzung gesagt hat, das Datum habe ich auf dem anderen Zettel, das erzähle ich dir später: „Mit mir als Bildungssprecherin der SPÖ wird die Herabsetzung der Anstellungserfordernisse niemals verlängert werden.“ Schauen wir uns an, was heute passiert. Besser, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus diesem Personaldispens unbefristet jetzt – und das ist ja auch der Wahnsinn, zu verlängern –, wäre es meiner Meinung nach, einmal ein bisschen auch über die Bundesländergrenzen hinwegzuschauen und gewisse Anstellungserfordernisse zu harmonisieren. Denn wir wissen, dass Pädagogen und Betreuer, die in anderen Bundesländern ihre Ausbildung gemacht haben, teilweise gar nicht bei uns arbeiten können. Also auch hier gebe es mit Sicherheit Potenzial. Was ich äußerst kritisch sehe, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist diese Prämie oder die Ausgestaltung dieser Prämie für Berufseinsteiger und Wiedereinsteiger in den Beruf, Sie alle wissen es: 5.000 Euro auf drei Jahre. Jetzt kann ich sagen: Als Motivation neue Leute nach der Schule für diesen Job zu begeistern, mag es eine gute Sache sein, ist auch jene Maßnahme, die da am plakativsten verkauft wurde und kommt auf den ersten Blick gut an. Ich glaube jedoch nicht, dass sie die erhoffte Wirkung haben wird. Warum? Weil ich zwei Jahre, zweieinhalb Jahre im Durchschnitt, Betreuerinnen und Pädagoginnen sowieso in dem Job geblieben sind und erst dann gewechselt haben. Also das wird es nicht lösen, aber viel tragischer ist es, dass es ein

Vor-den-Kopf-Stoßen ist von all jenen Pädagoginnen und Betreuern, die die letzten Jahre und Jahrzehnte mit harten persönlichem Einsatz das System am Laufen gehalten haben und tagtäglich ihren Einsatz bringen. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich glaube, es war der GiP-Vorstand, der von einer „Frotzelei“ gesprochen hat. Da hat es einen Medienbericht gegeben, dass es jetzt auch zu Kündigungen kommt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wann Sie alle hier herinnen das letzte Mal in einem Kindergarten waren. Ich war heute um 07.30 Uhr in einem Kindergarten in Feldkirchen bei Graz und dort möchte ich nur eine Situation erzählen, die genau in dieses Bild auch passt. Der Kindergarten in Feldkirchen bei Graz ist vor demselben Problem gestanden wie viele Einrichtungen, man hätte die einzige Ganztagesgruppe schließen oder reduzieren müssen. Und eine beherzte Leiterin dieses Kindergartens hat jetzt ihre Pension um ein halbes Jahr verlängert und hat sich selbst in diese Nachmittagsgruppe gestellt, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, weil ihr Herzblut an dieser Einrichtung hängt, weil sie die Kinder mag und die Eltern mag. Und diese Person bekommt jetzt keine Prämie für ihren Einsatz. Ein Wiedereinsteiger natürlich schon. Also da sollte man echt darüber nachdenken, auch einen Treuebonus, einen Leistungsbonus, eine monetäre Anerkennung auch einzuführen, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn sonst werden uns viele zurecht, die jetzt die letzten zehn, 15, 20 Jahre unter schlechten Bedingungen gearbeitet haben, werden uns dann abhandenkommen und das wird das Problem noch verschärfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie gesagt, es wird noch weitere Maßnahmen brauchen, die wir dann nachher noch diskutieren werden. Es ist einmal ein wichtiger Schritt, ein erster Ansatz, dieses Paket, aber wir sind noch nicht am Ende des Weges und es wird eines nicht gelingen, wie auch der Versuch in der Ausschusssitzung war, mit einer pauschalen Stellungnahme, wo ich meine vier, fünf Maßnahmen da präsentiere und abfeiere, von der politischen Verantwortung, auf die ich schon eingegangen bin, abzulenken, denn die haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von ÖVP und SPÖ. Einen konkreten Punkt möchte ich noch anführen, und zwar ist jetzt die Situation, dass viele Kindergärten und Kinderkrippen auch teilweise am Vormittag Pädagogen haben und am Nachmittag nur mehr eine Betreuung anbieten, um den Eltern ein bisschen entgegenzukommen. Und da ist, glaube ich, eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes, und zwar des § 53 dringend notwendig, weil, so wie ich diesen Paragraphen lese, ist es jetzt nicht möglich. Denn, gibt es in einem Kindergarten bereits eine Ganztagsgruppe, ist es nicht gleichzeitig möglich da eine gemischte Betreuung sicherzustellen. Also bitte, vielleicht kann man das als technischen Ding möglichst rasch reparieren oder es soll sich jemand anschauen,

der mehr davon versteht als ich. Aber ich glaube, das wäre notwendig, um hier in diesem Bereich die Einrichtungen zu unterstützen.

Sehr geehrter Herr Landesrat, ich danke dir für die Bemühungen in kurzer Zeit. Du hast keinen angenehmen Rucksack umgehängt bekommen von deinen Vorgängern. Ich hoffe, dass wir gemeinsam hier in diesem Haus auch Lösungen finden werden. Ich hoffe aber auch, dass es keine Denkverbote gibt mit dir als zuständigen Landesrat, wenn es auch darum geht, vielleicht andere Modelle der Familienerziehung und der Kinderbetreuung auch anzudenken. Stichwort familieninterne Kinderbetreuung auch wertschätzen, sprich jene Eltern, die sich freiwillig – keine Herdprämie, Frau Abgeordnete Grubesa – dazu entscheiden zuhause zu bleiben, finanziell wertzuschätzen. Ich darf ein Beispiel bringen aus meiner Heimatgemeinde, wo wir jeder Familie, die das macht, ab dem zweiten Lebensjahr bis zum dritten Lebensjahr eines Kindes 100 Euro im Monat ausbezahlen. Das nehmen 71 Familien in Anspruch. Wenn ich das gegenüberstelle, was das in Krippenräumen und -größen und Personal bedeutet, ist das eine tolle Sache. Du hast gesagt, du nimmst einen Hunderter, wenn ich ihn dir schenke, das ist schön, aber es geht darum, jenen, die einen Riesendienst für unsere Gesellschaft bringen, auch eine entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen, Frau Abgeordnete Grubesa, denn es gibt – das kommt in deiner Welt vielleicht nicht vor – Familien in diesem Land, wo sich dann Vater und Mutter zusammensetzen, wenn das Kind da ist, die sich auch bewusst sind, wenn ich ein Kind auf die Welt bringe, dass sich mein Leben dann wahrscheinlich auch ändern wird, die dann entscheiden: Wie tun wir denn? Müssen beide Vollzeit arbeiten oder nimmt sich ein Partner zurück? Solche gibt es auch. Und für die sehe ich das nicht als Geldgeschenk, sondern als Wertschätzung und Anerkennung. (*Beifall bei der FPÖ*) Und das habe nicht nur ich so gesehen, sondern auch die Sozialdemokratie und die Grünen in Feldkirchen bei Graz, die ihre ideologischen Scheuklappen abgenommen haben und sich an die Erarbeitung dieses Modells und an der Beschlussfassung beteiligt haben.

Jetzt komme ich Anfrage. Sehr geehrter Herr Landesrat, ich darf folgende Fragen an Sie stellen:

1. Wie viele Kinderkrippen- bzw. Kindergartengruppen in der Steiermark können aufgrund des Personalmangels im Betreuungsjahr 2022/23 nicht mehr fortgeführt werden (aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Standorte)?
2. Wie viele Betreuungsplätze bzw. wie viele Kinder sind davon betroffen?
3. Wie viele Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in der Steiermark sahen sich aufgrund des Personalmangels bereits gezwungen, im Betreuungsjahr 2022/23 von

- Ganztages- auf Halbtagesbetreuung umzustellen (aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Standorte)?
4. Wie viele Betreuungsplätze bzw. wie viele Kinder sind davon betroffen?
(Anm. der Direktion: Punkt 5 und 6 wurden nicht vorgelesen)
 5. *Wie viele Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in der Steiermark sahen sich aufgrund des Personalmangels bereits gezwungen, im Betreuungsjahr 2022/23 die Öffnungs- bzw. Betreuungszeiten anderweitig zu reduzieren (aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Standorte)?*
 6. *Wie viele Betreuungsplätze bzw. wie viele Kinder sind davon betroffen?*
 7. Wie viele Stellen in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen an welchen konkreten Standorten waren zum Stichtag 1. Juli 2022 (bzw. am Ende des Betreuungsjahres 2021/22) unbesetzt?
 8. Wie viele Stellen in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen an welchen konkreten Standorten sind aktuell (zu Beginn des Betreuungsjahres 2022/23) unbesetzt?
 9. Wie viele Personen wurden aufgrund der von Ihnen am 19. August 2022 angekündigten 15.000-Euro-Prämie zusätzlich als Pädagogen gewonnen?
 10. Wie viele BAfEP-Absolventen haben sich seit Bekanntwerden der Prämie zu einer dreijährigen Vollzeitstelle in einer elementarpädagogischen Einrichtung verpflichtet?
 11. Wie viele Betreuer haben sich seit Bekanntwerden der Prämie dazu entschlossen, ein Kolleg für Elementarpädagogik zu absolvieren?
 12. Wie viele Personen haben seit dem 19. August 2022 als Pädagogen gekündigt?
 13. Wie rechtfertigen Sie als zuständiges Regierungsmitglied den Umstand, dass etablierte Pädagogen, die bereits seit Jahren in den Einrichtungen tätig sind und tagtäglich hervorragenden Dienst leisteten, keine Prämie erhalten und welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die dadurch entstandene Ungleichbehandlung zu beseitigen?
 14. Wie begründen Sie als zuständiges Regierungsmitglied die dreijährige Verpflichtung Vollzeit in einer elementarpädagogischen Einrichtung zu arbeiten als Voraussetzung für den Erhalt der Prämie, wenn es bekanntlich nur wenige Vollzeitstellen an Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gibt?
 15. Wie viele zusätzliche Elementarpädagogen rechnet das Land Steiermark, durch die 15.000-Euro-Prämie für das kommende Betreuungsjahr 2022/23 akquirieren zu können?
 16. Wann mussten das letzte Mal Kinderkrippen- bzw. Kindergartengruppen in der Steiermark geschlossen werden, weil nicht ausreichend Personal zur Verfügung stand?
-

17. Warum erfolgte die Information über die Schließung von Kinderkrippen- bzw. Kindergartengruppen durch die Einrichtungen an die betroffenen Eltern derart spät?
18. Welche Schritte gedenken Sie als zuständiges Regierungsmitglied zu setzen, um von Schließungen bzw. Kürzungen betroffene Familien zu unterstützen?
19. Werden seitens des Landes Steiermark bzw. seitens Ihres Ressorts Modelle wie „Halbtag Plus“ – die Stadt Graz arbeitet mit GiP und WIKI bekanntlich an einer derartigen Notlösung – forciert, um Eltern in der aktuellen Situation zu unterstützen?
20. Wenn ja, wie gestalten sich dahingehende Pläne?
21. Wenn nein, warum nicht?
22. Wird seitens des Landes Steiermark bzw. seitens Ihres Ressorts die Etablierung eines Familienförderungsmodells in Anlehnung an das „Feldkirchner Modell“ respektive „Gössendorfer Modell“ angedacht, um Eltern, die ihren Nachwuchs in den ersten Lebensjahren gerne selbst zuhause betreuen möchten, zu unterstützen und entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen?
23. Wenn ja, wie gestalten sich dahingehende Pläne?
24. Wenn nein, warum nicht?
25. Welche Maßnahmen werden Sie über die am 19. August 2022 präsentierten Schritte hinaussetzen, um die Rahmenbedingungen für das elementarpädagogische Personal zu verbessern (z.B. Anpassung der Gehaltsschemen und adäquate Gehaltserhöhung für alle Beschäftigten, Forcierung einer bundesweit einheitlichen hochqualitativen Ausbildung für Assistenzkräfte, Anrechnung der gesamten Vordienstzeiten bei Dienstgeberwechsel etc.)?

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und danke schon jetzt für die Beantwortung, Herr Landesrat. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 13.20 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Ich erteile Herrn Landesrat Werner Amon das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Landesrat Amon, MBA – ÖVP (13.20 Uhr): Frau Präsidentin, vielen Dank für die Erteilung des Wortes. Hoher Landtag!

Ich möchte mich zunächst bedanken für die gestellte Anfrage. Es sind zwar einige der Meinung, man hätte auch am kommenden Dienstag die Möglichkeit gehabt die Fragen zu

beantworten, zumal ja doch am kommenden Dienstag auch unser Vorschlag für das umfassende Paket zur Elementarpädagogik auf der Tagesordnung steht. Aber es ist vielleicht ganz gut, dass wir heute Gelegenheit haben hier darzustellen, dass diese Landesregierung, bestehend aus Steirischer Volkspartei und Steirischer Sozialdemokratie, die Sorgen sehr, sehr ernst nimmt und dass es unser erklärtes Ziel ist, niemanden zurückzulassen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich habe schon als Volksanwalt selbstverständlich wahrgenommen, dass es in der Steiermark hier eine Herausforderung im Bereich der Elementarpädagogik gibt und habe daher auch unmittelbar nach meiner Wahl hier im Landtag begonnen, mich mit der Frage der Elementarpädagogik in der Steiermark auseinanderzusetzen. Es ist mir ein wichtiges Thema, auch als Familienvater der vier Kinder in elementarpädagogischen Einrichtungen hatte. Und mir ist daher auch voll bewusst, dass Eltern, die das Problem haben oder die Herausforderung haben: „Wo bringe ich mein Kind, meinen Sohn, meine Tochter unter?“, dass diese Eltern große Sorgen haben. Und diese Sorgen wollen wir ernst nehmen. Ich habe das auch vom ersten Tag auch getan. Ich möchte aber ausdrücklich darauf verweisen, und dass, Herr Kollege und Abgeordneter, der Sie die Dringliche Anfrage hier vorgestellt haben, ich möchte schon darauf verweisen, dass es schon so ist, dass die Welt nicht erst vor neun Wochen begonnen hat. Denn in Wahrheit ist es so, dass seit vielen Jahren in der Steiermark alles getan wird, um hier für eine entsprechende Betreuung von Kindern in elementarpädagogischen Einrichtungen zu sorgen. Ich möchte dazu nur einleitend ein paar Zahlen nennen: In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Gruppen in der Steiermark von 1.480 auf 2.117 erhöht. Wurde also um ein Drittel zusätzlicher Gruppen erhöht in den letzten 20 Jahren. Die Kinder, die in eine Betreuung kamen, haben sich ebenfalls um ein Drittel erhöht und zwar von 29.753 auf 39.584. Also ein Zuwachs von 9.831 Kindern, die zusätzlich in elementarpädagogischen Einrichtungen versorgt worden sind. Das Budget hat sich in dieser Zeit von 49 Millionen auf 152 Millionen erhöht, das ist ein Zuwachs von 100 Millionen, meine sehr geehrten Damen und Herren und das Personal hat sich in dieser Zeit von 3.928 auf 7.408 erhöht. Also ein Plus von 3.480, es wurde verdoppelt. Es ist also nicht so, meine Damen und Herren, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten nichts geschehen ist. Es ist sehr viel geschehen in dieser Steiermark, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und ich möchte die Gelegenheit heute auch ausdrücklich nutzen, all jenen, die im elementarpädagogischen Bereich ihre berufliche Erfüllung finden, ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen. Es ist eine ausgesprochen wichtige Aufgabe, die die Damen – im überwiegenden Teil sind es

Damen und wenige Herren –, die diese Aufgabe wahrnehmen. Sie haben unser höchstes Gut in ihrer Verantwortung, nämlich unsere Kinder. Und daher meinen aufrichtigen Dank, dass sie diese wichtige Aufgabe wahrnehmen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wenn man so eine Herausforderung vor sich hat, dann muss man mit den Betroffenen reden. Das habe ich gemacht. Ich habe in der Sekunde, wo ich die Aufgabe übernommen habe, mit allen betroffenen Gruppen in mehreren Runden – ich möchte das ausdrücklich betonen, es waren nicht Alibigespräche – sowohl mit den Vertretern der Elementarpädagogik mich getroffen, mit den Trägern getroffen, mit dem Gemeinde- und Städtebund mich zusammengesetzt, mit Sozialpartnern mich zusammengesetzt. Und selbstverständlich haben wir innerhalb der Regierung mit dem Regierungspartner dieses Thema intensiv beraten und behandelt und haben, glaube ich, in sehr schneller Geschwindigkeit ein sehr ordentliches Paket vorgelegt, das sowohl kurzfristige Maßnahmen zum Inhalt hat als auch mittel- und langfristige Maßnahmen. Selbstverständlich ist etwa die Verkleinerung der Gruppengröße eine alte Forderung. Ich sage das ausdrücklich. Eine Verringerung der Gruppengröße von 25 auf 20 in einem Stufenplan zu machen, denn, wie es völlig richtig angesprochen worden ist, muss ich ja auch den Trägern die Zeit geben, dass sie die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, einerseits räumlich, aber auch personell. Und ich möchte ausdrücklich betonen, dass gerade das ein Punkt war, wo auch die Vertreter der Elementarpädagogik ein Einsehen hatten und gesagt haben: „Na selbstverständlich muss es hier einen Stufenplan geben!“ Und wir haben, glaube ich, durchaus das ambitionierte Ziel, in den nächsten fünf Jahren jährlich um ein Kind die Gruppengröße von 25 auf 20 abzusenken. Aber auf dem Weg dorthin werden wir auch ermöglichen, bis die räumlichen Voraussetzungen geschaffen sind, auch das zusätzliche Hineingeben von Elementarpädagogen sozusagen die Gruppengrößen langsam absenken kann. Wir haben vorgesehen im Paket die Überschneidung zur Mittagszeit, also mehr Personal, um sicherzustellen, dass hier auch eine pädagogisch wertvolle Übergabe zur Mittagszeit stattfinden kann. Die soziale Staffelung der Kinderkrippen ist ein wichtiger Punkt, der sich auch im Regierungsübereinkommen als Inhalt wiederfindet und die wir vorsehen werden, weil es ja eigentlich nicht zu argumentieren wäre, warum wir im Kindergarten eine soziale Staffelung haben, aber in den Kinderkrippen nicht. Und daher werden wir auch eine entsprechende Gesetzesvorlage hier in den Landtag einbringen. Wir wollen auch die Bürokratie zurückdrängen. Ich habe mir selbstverständlich angeschaut, wer denn welche Vorschriften für die elementarpädagogischen Einrichtungen vorsieht: Was schreibt das Land vor, was schreiben Bundesbehörden vor, was verlangen die Träger? Ich muss sagen, leider ist

es das Land, das am wenigsten Vorschriften macht, sonst hätten wir uns relativ leichtgetan. Es kommen Vorschriften, die zu einem großen Teil vom Bund kommen, zum Teil, weil man eine Sprachstandsfeststellung vorhat. Sie wissen, da müssen ganze Hefterln pro Kind ausgefüllt werden, aber es gibt auch von den Gesundheitsbehörden zum Teil sehr absurde Vorschriften, meiner Meinung nach, wenn etwa dreimal täglich die Kühlschranktemperatur gemessen werden muss. Ich weiß nicht wie es Ihnen daheim geht, wir messen daheim nicht dreimal täglich die Kühlschranktemperatur und haben aber dennoch ganz ordentliche Lebensmittel daheim. Ich glaube, solche Dinge müssen wir einfach zurückdrängen, weil das eine Zumutung ist, sowohl für die Elementarpädagoginnen als auch für die Betreuerinnen in den einschlägigen Einrichtungen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wir werden auch die Aufgaben der Fachaufsicht uns sehr genau unter die Lupe nehmen, denn die Kritik reißt hier nicht ab. Ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen. Es ist wichtig, dass wir eine hohe Qualität in den elementarpädagogischen Einrichtungen haben, aber was wir nicht wollen sind Schikanen. Ich möchte das ausdrücklich betonen, meine Damen und Herren. Und dann komme ich zur Prämie, die wir als kurzfristige Maßnahme vorgesehen haben. Ich möchte Ihnen sagen, dass wir das lange diskutiert haben, auch mit all den Gruppen, die ich zu Gesprächen eingeladen habe und ich möchte Ihnen sagen, dass ich seit einigen Tagen, auch von unterschiedlichen Trägern höre: „Die Prämie hat uns gerettet!“ Es sind gerade so viele Elementarpädagogen durch die Prämie motiviert worden, dass bei unterschiedlichen Trägern eben keine Schließungen vorgenommen werden mussten. Es war ein Anreiz. Es ist nicht ein Herabwürdigen der bestehenden Elementarpädagoginnen und -pädagogen in den Einrichtungen, überhaupt nicht. Es ist ein zusätzlicher Motivationsanreiz für jene, die sich sonst anders entschieden hätten und die wir dringend brauchen, die uns fehlen in den Einrichtungen. Deshalb diese Prämie. Und diese Prämie kostet dem Land ja eh nur dann etwas, wenn sie jemand annimmt. Es ist also keine Ausgabe, die irgendwo in den Kamin geschossen wird. Wenn sie jemand annimmt, hilft uns jede einzelne zusätzliche Kraft in den Einrichtungen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und zur Dispens, also da möchte ich auch sagen: Die Dispens, die ist ja so ein Punkt gewesen, wo die Träger gesagt haben: „Das brauchen wir unbedingt, weil sonst kommt es zu noch mehr Schließungen!“ Ja, wenn ein Engpass da ist an voll ausgebildeten Elementarpädagogen, dann ist es ein Vehikel, sie ist eine Hilfe im Grunde genommen für eine Ausnahmesituation. Und dass wir sie nicht befristen hat nur einen einzigen Grund: Wir werden jetzt stufenweise, wie ich gesagt habe, die Anzahl in den Gruppen absenken. Ja, dann brauchen wir mehr

Elementarpädagogen und wir müssen die Gruppen natürlich zusammenführen mit der Anzahl der ausgebildeten Elementarpädagogen. Wir haben einen Stufenplan bis 2028. Wir hätten auch sagen können, wir befristen es bis 2028. Die Wahrheit ist, wir brauchen die Dispens so lange, bis wir ausreichend vollwertig ausgebildete Elementarpädagoginnen und -pädagogen haben. Ich rechne damit, dass wir dieses Ziel mittelfristig erreichen, weil ja jährlich neue dazukommen und das wird zusammenwachsen. Ich bin da sehr optimistisch. Das ist also nichts Unanständiges und ich glaube, eingebettet in ein großes Paket von Maßnahmen ist das durchaus eine sinnvolle Maßnahme. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und last not least, ich glaube, das Schlüsselwort ist Transparenz, meine Damen und Herren. Wir haben natürlich ganz viele Träger, die elementarpädagogische Einrichtungen betreiben. Das sind einerseits die vielen Gemeinden, wo wir, wenn ich ehrlich sein darf, nicht hören, dass Gruppen geschlossen werden müssen, wo wir keine Informationen haben. Das funktioniert eigentlich sehr, sehr gut. Wir haben in Graz eine wirkliche Herausforderung und deshalb haben der Stadtrat Hohensinner und ich uns in den letzten Tagen noch einmal intensiv zusammengesetzt und haben geschaut: Wo gibt es noch Plätze in Graz, gibt es noch freie Plätze im Großraum Graz? Und ich muss gestehen, zu unserer Überraschung haben wir festgestellt, dass wir in Graz mit Stand gestern zusätzlich noch 60 freie Plätze haben und wir haben in Graz-Umgebung zusätzlich noch 53 freie Plätze. Ich sage Ihnen ehrlich, wir werden jetzt alles tun, damit wir jenen, die noch Plätze brauchen und Plätze suchen, dass wir die dort hinbringen, wo wir diese Plätze haben. Da werden wir alles unternehmen, weil es unser erklärtes Ziel ist, niemanden zurückzulassen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Und damit komme ich zur Beantwortung der Anfrage:

Zu den Fragen 1 bis 6:

Das Land Steiermark fungiert im Bereich der Kinderbildung und -betreuung ja in erster Linie als Behörde im Zusammenhang mit der Bewilligung von und Aufsicht über Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, mit der Fortbildung des Personals, der Organisation der frühen sprachlichen Förderung und insbesondere auch als Fördergeber. In der letztgenannten Funktion wird das System der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen mit jährlich insgesamt knapp 153 Millionen Euro unterstützt.

Daraus ergibt sich auch, dass das Land nicht als Betreiber von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen auftritt. Demgemäß liegen Entscheidungen über die Anzahl der jeweils geführten Gruppen oder auch deren Öffnungszeiten in der ausschließlichen Sphäre der Erhalter, also der Gemeinden, Pfarren und sonstigen privaten Träger, zumal, anders als im

Schulrecht, welches eine Verpflichtung zur Errichtung von Schulen unter gewissen Voraussetzungen vorsieht, eine solche Pflicht im Elementarbereich nicht besteht. (Leider, aber besteht nicht.) Daraus ergibt sich, dass naturgemäß auch keine Betriebspflicht vorgesehen ist. Es ist aber mein Ziel, rechtliche Anpassungen vorzunehmen, um zu ermöglichen und nicht zu verhindern, dass elementarpädagogische Einrichtungen im entsprechenden Ausmaß vorhanden sind. Die Stilllegung von Gruppen sowie Betriebsformänderungen finden auf Grund permanenter Veränderungen in der Nachfrage seit jeher statt und sind für sich gesehen kein neues Phänomen, sondern systemimmanent. Die Erhalter melden derartige Änderungen im Zusammenhang mit der Beantragung von Beiträgen des Landes zum Personalaufwand der Erhalter in Form einer elektronischen Antragstellung. Dieser Prozess ist aktuell im Gange und mit 30.09.2022 befristet. Eine endgültige Feststellung und Festlegung kann daher erst dann erfolgen. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist es eben daher nicht möglich, die Art und Zahl allfälliger Änderungen zu antizipieren. Darüber hinaus sagt die Änderungs- oder Stilllegungsmeldung naturgemäß nichts über die Ursache aus. Wie angeführt, handelt es sich meist um Anpassungen an Veränderungen der Nachfrage. Konkret bekannt sind der Abteilung 6 nur zwei Meldungen privater Träger, die Einschränkungen der Öffnungszeit oder Stilllegungen einzelner Gruppen im Umfang von insgesamt 13 Gruppen (davon zwei Krippengruppen) im Zusammenhang mit Personalmangel mitgeteilt haben, wovon es sich bei acht Gruppen (davon eine Krippengruppe) nur um Einschränkungen der Öffnungszeit handelt. Andere Träger scheinen bislang jedoch nicht in dieser Form betroffen. In einer einfachen Multiplikation mit der gesetzlichen Kinderhöchstzahl würde das maximal 100 Kindergartenplätze und elf Krippenplätze bei den Stilllegungen und maximal 175 Kindergartenplätzen und elf Krippenplätze bei den Einschränkungen ergeben. Die genannte Zahl ist auch in Relation zu insgesamt 1.982 Gruppen mit grob 40.000 Kindern in der Steiermark zu sehen.

Zu den Fragen 7 bis 12:

Folgerichtig zu obigen Ausführungen ergibt sich, dass die Anzahl der offenen Stellen bei den diversen Erhaltern nur diesen bekannt ist und dort zu erfragen wäre. Die subjektiven Gründe für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses sind naturgemäß äußerst vielfältig und meist wohl auch nicht ausschließlich einer einzigen Ursache zuordenbar. Würde eine Prämie den einzigen und ausschließlichen Beweggrund darstellen, wäre das im gegenständlichen Berufsfeld wohl auch wenig wünschenswert. Eine seriöse Aussage über die Gründe würde jedenfalls eine qualitative Erhebung erfordern. Dazu kommt, dass die Umsetzung der

Maßnahme derzeit im Laufen ist. Ich verweise darauf, dass die Prämie erst heute in der Landesregierung mit der entsprechenden Richtlinie beschlossen worden ist.

Zur Frage 13:

Da es die Notwendigkeit gab zusätzliche Pädagoginnen und Pädagogen zu gewinnen, schien es sinnvoll durch eine Prämie einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen. Leider entscheiden sich 70 % der BAfEP-Absolventen nicht unmittelbar in den Beruf einzusteigen.

Zur Frage 14:

Die Bekämpfung eines Personalmangels bringt als Zielsetzung mit sich, möglichst viele Personen in möglichst hohem zeitlichen Ausmaß in Beschäftigung zu bringen. Teilzeit unterläuft diese Bestrebung und bringt schlussendlich auch schwierige Abgrenzungsprobleme hinsichtlich einer Untergrenze mit sich. Darüber hinaus entspricht die Vorgangsweise auch der Zielsetzung, Vollzeit zu ermöglichen. Schließlich besteht eine der möglichen Ursachen für den Personalmangel gerade auch darin, dass Teilzeitbeschäftigung oft keine hinreichende Einkommenssituation schafft, was auch zu Recht wiederholt argumentiert wurde.

Zur Frage 15:

Ausgehend von etwa 350 Absolvent_innen und Absolventen der Bildungsanstalten für Elementarpädagogik wäre es schwer zu sagen, wie viele denn nun unmittelbar auch Grund der Prämie hier in den Beruf einsteigen. Das wäre unseriös diese Antwort jetzt zu geben, zumal die Prämie ja bis zum Ende des Jahres vorgesehen ist und wir laufend daran arbeiten und eben mit der heutigen Beschlussfassung erst hier in die Offensive kommen, entsprechende Bewerbung dafür vorzunehmen. Wir haben jedenfalls budgetär mit drei Millionen Euro hier vorgesehen, dass bis zu 200 Personen eine solche Prämie erhalten könnten.

Zur Frage 16:

Schließungen auf Grund von Personalmangel hat es meines Wissens in der Vergangenheit nicht gegeben. Eine wesentliche Ursache für die aktuelle Situation stellt zweifelsfrei auch der überaus erfolgreiche Ausbau des Betreuungsangebotes in der Steiermark dar. Ich habe das einleitend dargestellt. Dieser hat nicht nur hinsichtlich eines enormen Gruppenzuwachses, sondern auch durch umfassende Erweiterungen der Öffnungszeiten stattgefunden, womit folgerichtig auch der Personalbedarf stark angestiegen ist. Das vom Bund zu schaffende Ausbildungsangebot konnte offensichtlich mit dem rapiden Anwachsen der Nachfrage nicht Schritt halten. Eine permanente Ausdünnung des Personalangebots konnte daher parallel zum Ausbau beobachtet werden.

Zur Frage 17:

Informationen zum individuellen Betrieb einer Einrichtung sind Sache des Erhaltes und sind dessen Sphäre zuzuordnen, da nur er die konkreten tagesaktuellen Umstände kennt und auch die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung für den Betrieb trägt. Es darf aber angenommen werden, dass seitens der Erhalter bis zuletzt versucht wurde, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine solche Maßnahme zu vermeiden und man bemüht war Verunsicherung hintanzuhalten. Nicht selten kann zuletzt doch noch Personal gefunden werden.

Zur Frage 18:

Wir haben derzeit etwa 10 Plätze in Graz und Graz-Umgebung offen und wir hoffen eigentlich, dass mit diesen Plätzen die Möglichkeit geschaffen wird, dass wir allen hilfeschenden Familien auch eine Hilfestellung anbieten werden können.

Zu den Fragen 19 bis 21:

Beim „Modell Halbtag Plus“ handelt es sich offensichtlich um die bereits vor einigen Jahren im Gesetz etablierte Form der „Nachmittagsbetreuung“ außerhalb der Öffnungszeiten, die in erster Linie dazu gedacht war, auch in sehr ländlichen Regionen eine flexible und umsetzbare Form eines Betreuungsangebotes zu schaffen und hat sich im Übrigen überaus bewährt. Auf Grund der dort deutlich größeren Nachfrage spielt diese Form in Zentralräumen naturgemäß eine eher untergeordnete Rolle. In der aktuellen Situation ist sie aber gut geeignet, auch in Graz punktuellen Versorgungsschwierigkeiten in einer gesetzlich geregelten und erprobten Betreuungsform zu begegnen. Die Umsetzung ist schnell und unbürokratisch möglich.

Zu den Fragen 22 bis 24:

Hier handelt es sich um Fragen zu allfälligen familienpolitischen Maßnahmen, die nicht in den Bereich der Kinderbildung und -betreuung fallen.

Zur Frage 25:

Die Regelungen der Gehälter für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen und Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer in privaten Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen fallen in die Kompetenz des Bundes, das Dienst- und Besoldungsrecht der Gemeinden ist hier ebenfalls tangiert. Eine Anpassung der Gehaltsschemen oder adäquate Gehaltserhöhung für alle Beschäftigten erscheint im Hinblick auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Land für das pädagogische Personal in den steirischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen daher rechtlich schwierig. Ausdrücklich möchte ich betonen, dass ein Kollektivvertrag in dem Bereich wünschenswert wäre, der wiederum die Sozialpartner betreffen würde. Ich möchte daher ausdrücklich

unterstützen, wie das auch von Herrn Landeshauptmann und Herrn Landeshauptmannstellvertreter bereits angekündigt wurde, dass wir im Herbst zu Gesprächen einladen, um über die Gehaltsstruktur auch einschlägige Gespräche zu führen. Ich halte das gerade in Hinblick auf die besondere Wertschätzung, die wir den Elementarpädagoginnen und -pädagogen entgegenbringen wollen, für außerordentlich wichtig. Ich hoffe, dass ich alle Fragen, wie ich auch sehe, in der Zeit beantwortet habe und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.43 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Landesrat.

Dringliche Anfrage 3:

Ebenfalls am Dienstag, dem 6. September 2022 wurde um 16.36 Uhr von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2482/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend **„Rettet den Kindergarten! Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die steirische Kindergarten- und Kinderkrippenkrise wirksam zu bekämpfen?“** eingebracht.

Ich erteile Herrn KO LTAbg. Nikolaus Swatek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

KO LTAbg. Swatek – NEOS (13.44 Uhr): Werte Frau Landesrätin, liebe Steirerinnen und Steirer, werte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Bildungslandesrat!

Ja, ich möchte mit einem Punkt beginnen, bei dem ich Ihnen absolut Recht gebe: Sie selbst haben dieser Bildungs- und Betreuungskrise, in der wir uns aktuell befinden, nicht zu verantworten. Denn ja, Sie sind erst vor wenigen Wochen überhaupt angelobt worden. Doch auch wenn Sie nicht persönlich dafür verantwortlich sind, bleibt die Verantwortung für diese Krise trotzdem bei der Landesregierung, sprich bei SPÖ und ÖVP. Denn es ist ihre von der Verfassung gegebene Aufgabe, die Bildung und Betreuung unserer Kleinsten sicherzustellen und ja, es ist auch ihre Verantwortung, Familie und Beruf in der Steiermark vereinbar zu machen. Und jetzt stehen wir vor einer Situation, in der wir Sie zu einen Sonderlandtag zitieren mussten, auch wenn Sie offensichtlich davon kein Fan sind. Aber wir mussten Sie her zitieren, denn die Situation in unseren Kindergräten und -krippen, ist kein Spaß mehr. Vor

unseren Kindergärten mussten Träger Securities aufstellen, weil der Frust der Eltern so groß war. Pädagoginnen und Betreuerinnen vermissen nach wie vor jegliche Wertschätzung und Anerkennung und kündigen weiterhin und suchen das Weite vor diesem wunderbaren Beruf. Und das Schlimmste ist: Unsere Kinder verlieren ihr Recht auf Bildung, wenn Gruppen schließen oder Öffnungszeiten reduziert werden. Ja, man kann jetzt lange davon reden, dass man alles getan hat als Landesregierung, alles getan hat für die Bildung in unserem Land, aber das stimmt einfach nicht. Die Zahlen sagen doch etwas ganz Deutliches. Wir sind das Bildungsschlusslicht Österreichs. In keinem anderen Bundesland ist die Betreuungsquote der Null- bis Dreijährigen so gering wie in der Steiermark. In keinem anderen Bundesland ist die Betreuungsquote der Drei- bis Sechsjährigen so niedrig wie in der Steiermark. Und ja, die aktuelle Bildungs- und Betreuungskrise, in der wir uns befinden, dieser Personalnotstand, in dem wir uns befinden, der ist zu einem guten Teil auch hausgemacht. Denn viele Personen haben in den letzten Wochen und Monaten und eigentlich sogar seit zweieinhalb Jahren Alarm geschlagen. Es waren die Träger, die nicht nur einmal mit der Landesregierung das persönliche Gespräch gesucht haben und sie aufgefordert haben endlich Maßnahmen zu setzen. Ja, es war das Kindergarten- und -krippenpersonal, das sogar Demonstrationen abgehalten hat, auf die Straße ging, um ihren Unmut kundzutun. Ja, es waren auch die Eltern, die Massenmails geschrieben haben oder Massenbriefe an uns Abgeordnete und auch an die Landesregierung verfasst haben. Ja und nicht zuletzt war auch die Opposition hier im Haus, deren Argumente und Warnungen Sie jedes Mal vom Tisch gewischt haben. Wir werden heute hier die neunte Dringliche Anfrage in dieser Periode zu diesem Thema sehen. 115 Initiativen gab es vonseiten der Opposition, damit endlich Maßnahmen gesetzt werden in unseren Kindergärten und -krippen. 115 Stück, die Sie vom Tisch gewischt haben und sich heute hinstellen und sagen, dass Sie alles getan haben. Ja wie gibt es das dann, dass wir in dieser Situation sind? Wie gibt es das dann, dass in den letzten zweieinhalb Jahren, seitdem Sie hier im Haus den Dispens beschlossen haben, seitdem Sie uns versprochen haben: „Der wird nicht verlängert“, keine einzige Maßnahme gesetzt haben. Wie gibt es das? (*Beifall bei den NEOS und der FPÖ*) Das war 1.000 Tage Arbeitsverweigerung. Sie haben 1.000 Tage sehenden Auges zugesehen, wie wir in diese Krise schlittern und haben keine Maßnahme gesetzt. Ja, jetzt kann man natürlich sagen: „Mit dem neuen Landesrat, da ist eh auch endlich was beschlossen worden.“ Aber das sind alles Maßnahmen, die in diesem Kindergarten- und -krippenjahr noch gar nicht wirken. Bis heute ist noch gar nicht klar, ob diese Prämie überhaupt funktioniert. Gestern gab es wieder einen Zeitungsartikel, dass die Prämie

vielleicht doch auch andere Menschen bekommen sollen. Die Frage ist nach wie vor, ob diese Prämie auch versteuert wird. Erst gestern bekam ich wieder eine E-Mail von einem Träger, der sagt, sie wird gar nicht versteuert. Die 15.000 gehen netto an die Personen. Davor hieß es, es muss versteuert werden. Ja, das Schlimme ist, dass mit einem Teil, und auch, wenn durchaus positive Dinge dabei sind, ja, es ist längst Zeit, dass auch die Sozialstaffel in den Kinderkrippen eingeführt wird, auch, wenn uns internationale Experten sagen, dass Bildung eigentlich kostenlos sein sollte, vor allem im kleinsten Alter und ja, es ist auch positiv, dass die Überschreitungszeiten in der Mittagszeit kommen, aber ein Teil Ihres Maßnahmenbündels, hat mehr Schaden verursacht als er gebracht hat. Und da meine ich ganz konkret die 15.000-Euro-Prämie, da meine ich ganz konkret die fehlende Wertschätzung und die fehlende Anerkennung für alle Personen, die in den letzten Jahren in den Kindergärten und -krippen alles gegeben haben. Ich meine damit Pädagoginnen und die Betreuerinnen, die in der Corona-Krise da waren und die nichts von uns bekommen haben, nichts von der Politik bekommen haben, außer fiktives Händeklatschen. Das sind die Personen, die mittlerweile, ja auch teilweise frustriert sind, weil sie scheinbar die letzten zweieinhalb Jahre demonstriert haben, auf sich aufmerksam gemacht haben und ihnen die Politik, ihnen die Landesregierung nicht zugehört hat. Wir brauchen uns daher auch nicht wundern, wenn, ja, Trägerorganisationen in Interviews ganz klare Worte auch zu dieser Prämie finden, nämlich: „Ich krieg täglich Kündigungen rein.“ Etablierte Pädagoginnen würden sich durch die neue Prämie für Beginner gefrotzelt fühlen, liest man seitens eines Trägers in der Zeitung. Ja, und wenn Sie heute mit Pädagoginnen, aber auch Betreuerinnen sprechen, ja dann ist das das Hauptthema. Denn wer erhält unser System derzeit? Wer sind die Personen, die tagtäglich aufstehen und sich unseren Kindern annehmen? Ja, das sind die Pädagogen und Betreuer, die derzeit im Dienst sind und auf die haben Sie einfach vergessen. Mit allem vergessen. Aber ohne Maßnahmen auch für diese Personen, wird das System nur noch weiter zerbrechen. Und wir wissen ja ganz konkret, was die Anliegen dieser Gruppe sind. Wir sehen, dass die Löhne niedrige sind. Ja, wir haben im öffentlichen Bereich, bei den öffentlichen Trägern, die niedrigsten Löhne in ganz Österreich. Auch bei den privaten Trägern. Ja, da ist der Bund für das Gehalt zuständig, sieht es nicht viel prickelnder aus. Und nicht umsonst erhöhen nach und nach die Bundesländer massiv die Gehälter. Und ja, es gibt auch Bundesländer, die sich etwas überlegen, und an Lösungen arbeiten – ganz konkret auch Salzburg –, wie man durch Sonderzuschüsse auch die Gehälter in den privaten Trägern erhöhen kann. Weil auch ohne die Privaten wird das nicht funktionieren. Wir haben oder bei den öffentlichen Trägern bekommt

eine Pädagogin/ein Pädagoge um 740 brutto monatlich weniger als im Burgenland. 740 Euro brutto im Monat! Das ist krass, viel. Das kann man auch nicht einfach vom Tisch wischen, diesen Unterschied. Da braucht man sich auch nicht wundern, wenn dann die 15.000 Euro für all jene kommen, die noch nicht im Dienst waren, ja, dass das die Leute ziemlich „anzipft“ und dass die eigentlich nach all den Jahren der harten Arbeit, nach all der Jahre fehlender Anerkennung, irgendwann einmal auch die Lust an ihrem Job verlieren. Und ja, es liegt auch an den Rahmenbedingungen und ja, wir verkleinern die Gruppengrößen hoffentlich endlich, auch, wenn es dafür noch keinen Gesetzesentwurf, keinen Beschluss im Landtag gibt – das muss man auch einmal festhalten, dass das bis jetzt reine Ankündigung ist. Aber mein Sohn, aktuell zehn Monate alt, wird in keinen Kindergarten gehen, deren Gruppengröße 20 aufweist, weil dieses Ziel nicht ambitioniert ist, sondern, weil man hier mit Schneckentempo unterwegs ist. Weil man die Möglichkeit hat: Entweder verbessern wir die Rahmenbedingungen und ja, die Pädagogen und Betreuerin bleiben, oder wir wurschteln uns weiter durch wie bisher und dann brauchen wir uns nicht wundern, dass noch mehr Menschen diesen super Beruf verlassen. Ich muss gestehen, ich war bei Ihrer Anfragebeantwortung jetzt an die FPÖ auch ein bisschen enttäuscht und auch stark verwundert, weil irgendwie habe ich schon das Gefühl, dass Ihnen die Situation da draußen nicht wirklich bewusst ist – die Situation der Pädagogen, aber vor allem auch der Eltern. Und irgendwie habe ich auch das Gefühl, Sie haben gar keinen Überblick, was da draußen los ist. Denn Sie haben in Ihrer Anfrage, wie viele Gruppenschließungen es gibt, wie viele Öffnungszeiten verringert werden, ganz konkret geantwortet – ich habe es notiert, weil ich es nicht glauben konnte: „Zwei private Träger gibt es, die hier betroffen sind. Beide im Raum Graz“, und obendrauf noch glauben Sie, dass kein anderer Träger davon betroffen sei. Und das ist schlicht und einfach falsch. Falsch, die Zahlen sind falsch! Sie haben keinen Überblick über die Zahlen. Ich hatte letzten Donnerstag Elternabend. Und ja, auch bei uns im Kindergarten, in der Kinderkrippe – ein öffentlicher Träger, die Stadt Graz, die Sie nicht erwähnt haben – gibt es eine Kürzung bei den Öffnungszeiten. Da wird eine Gruppe, die letztes Jahr noch ganztags war, dieses Jahr nur noch Halbzeit geführt. Und da frage ich mich: Wie können Sie die Situation da draußen nicht kennen, wenn Sie sich sogar mit dem Bildungsstadtrat der ÖVP in Graz zusammensetzen? Und statt die Probleme dort scheinbar diskutieren und anstatt als Landesrat doch endlich aktiv zu werden, lieber – das habe ich mega gefunden – die Stadtregierung zu attackieren, anstatt Ihren eigenen Job zu machen. Wie kann das sein, dass Sie die Situation in Graz nicht kennen? Wie kann das sein, dass Sie noch immer keinen Überblick über die Zahlen haben? Wie kann

es sein, dass Familie und Beruf in der Steiermark nicht vereinbar sind, nur weil Sie die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ignorieren? Was müssen wir machen? Wir sehen, dass uns die Pädagoginnen und Pädagogen, die ja leider nach wie vor weglaufen, weil die Anerkennung und die Wertschätzung fehlen, d.h., ja, die Gehälter müssen steigen. Wir sehen aber auch, dass wir sehr viele motivierte Pädagoginnen und Betreuerinnen haben, die diesen Job mit Leidenschaft ausüben. Ja Gott sei Dank, denn es ist der wichtigste Beruf unserer Gesellschaft. Pädagoginnen und Betreuerinnen, das sind die Personen, die unsere Kinder am meisten prägen neben dem Elternhaus. Das sind die ersten Bezugspersonen unserer Kinder abseits des Elternhauses. Und ja, diese Personen verdienen sich mehr Anerkennung und mehr Wertschätzung. Und ja, das heißt, dass die Rahmenbedingungen besser werden müssen, das heißt aber auch, dass diese vielen Teilzeitstellen, die es derzeit gibt, endlich aufgewertet werden müssen. Stichwort, Vollzeitoffensive. Schauen Sie sich die ausgeschriebenen Stellen an, zwölf Stunden, 13 Stunden, 20 Stunden, 30 Stunden. Nur eine Minderzahl ist überhaupt Vollzeit ausgeschrieben und wenn wir mit den Pädagoginnen und Pädagogen sprechen, wenn wir auch mit dem Berufsverband der Pädagoginnen sprechen, dann hören wir eines sehr deutlich: Viele der Pädagoginnen und Betreuerinnen wünschen sich einen Vollzeitjob und würden gerne aufstocken, nur können nicht, weil der Job in der Form nicht angeboten wird. Und ja, deswegen sehen wir auch wenn wir hier wieder den Österreichvergleich machen, dass in der Steiermark nur 38 % aller Pädagoginnen überhaupt Vollzeit arbeiten. Und mehr als die Hälfte arbeitet 30 Stunden oder weniger. Ja, gerade in dieser Zeit der Teuerung wünschen sich ... (*Landesrat Amon, MBA: „Völlig falsche Zahlen!“*) das sind die Zahlen der Tagesheimstatistik aus dem letzten Jahr, Kindertagesheimstatistik, Statistik Austria, das sind aktuelle Zahlen, bitte schauen Sie einfach nach, brauchen wir eigentlich nicht darüber diskutieren. (*LTAbsg. Fartek: „Warum nicht?“*) Noch dazu wissen wir ja, dass viele von denen aufstocken wollen. Wir sehen, dass auch in anderen Bundesländern viel mehr Leute Teilzeit arbeiten. In Niederösterreich sind es 53 %, die Vollzeit arbeiten, in Wien sind es 66 %, die Vollzeit arbeiten. Das heißt, ja, es braucht eine Vollzeitoffensive. Und ja, gestern lese ich in der Zeitung, nach dem wir NEOS zwei Wochen lang durchgehend die Glocke bimmeln, dass es mehr Vollzeitstellen braucht, jetzt soll diese 15.000-Euro-Prämie vielleicht – man weiß es nicht, in Ihrer Anfragebeantwortung ist es nicht gefallen – auch für Personen gelten, die auf Vollzeit aufstocken. Und das ist grundsätzlich von der Grundidee etwas Positives, auch wenn man wieder all jene vergessen hat, die jetzt schon aktiv sind und die jetzt schon Vollzeit arbeiten und wieder diese Personen, die unser System aufrechterhalten, leer ausgehen. Aber,

was der wesentliche Unterschied ist von dem, was wir als Konzept auch präsentiert haben und dem was Sie mit den 15.000 Euro jetzt wieder machen wollen ist, dass da ein wenig auch das Konzept dahinter fehlt. Denn man braucht jetzt nicht per se alle Personen auf Vollzeit im Kindergarten, sondern wichtiger ist es, dass Personen, die auf Vollzeit aufstocken, auch flexibel wären, in einen anderen Kindergarten, einer anderen Kinderkrippe zu helfen. Das ist der wesentliche Unterschied. Das heißt, 15.000 Euro alleine ausbezahlen bringt nichts, man muss auch schauen, dass die Leute flexibel werden. Und daher wäre ein Konzept, wie wir es z. B. vorgeschlagen haben, mit dem man auch belohnt dafür wird, wenn man in einem anderen Kindergarten aushilft, in dem man belohnt dafür wird, wenn man aufstockt und sich überlegt: „Okay, ich mache 20 Stunden in dem Kindergarten, ich mache 20 Stunden im anderen Kindergarten“, dann von diesem System profitiert. Das wäre sinnvoll. Nur 15.000 Euro für Vollzeit aufzustocken, das ist halt leider wieder etwas kurzbedacht. Ich möchte noch einmal darauf auskommen, wir werden ähnliche Fragen stellen, wie auch die Kollegen der FPÖ, aber ich hoffe, dass im Hintergrund bei Ihnen schon irgendwer bei der Stadt Graz angerufen hat und sich dort aktuelle Zahlen geben lässt, denn es ist wirklich peinlich, wenn man am Vortag mit dem Bildungsstadtrat zusammensitzt und dann hier im Landtag mit falschen Zahlen ankommt. Denn alle Personen da draußen, egal ob es jetzt Eltern sind, Pädagoginnen, Betreuerinnen oder auch Kinder, haben sich Anerkennung, Wertschätzung und die beste Bildung verdient. Und was es genug hier in diesem Landtag gab, das waren leere Worte. Wir haben die letzten zweieinhalb Jahren in neun Dringlichen Anfragen, in 115 Initiativen, die hier im Haus auch diskutiert wurden, bereits genug leere Phrasen gehört. Wir haben oft genug Ausreden gehört oder gehört: „Ja, das kommt dann bald.“ Darf ich Sie daran erinnern, dass eine der wenigen Maßnahmen, die diese Landesregierung wirklich angekündigt hat in den letzten dreieinhalb Jahren das Ende der Überschreitungsansuchen war, die man dann Anfang dieses Sommers wieder zurückgenommen hat. Und das finde ich ist so ein typisches Glaubwürdigkeitsproblem, das diese Landesregierung hat. Man kann nicht sagen, man verringert die Gruppengrößen, aber schafft es nicht einmal, die Überschreitungsansuchen, dass statt 25, 26 oder 27 Kinder bei uns im Kindergarten, endlich zu beenden. (LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Du weißt aber schon, das war wegen der ukrainischen Kinder!“) Aus dem Gesetz können Sie es trotzdem streichen. (LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Dann kannst es nicht machen!“)

Dann möchte ich hier unsere Dringliche Anfrage einbringen an Sie, Herr Landesrat:

1. Wann wurden Sie erstmal davor gewarnt, dass im Herbst Kinderkrippen- und Kindergartengruppen schließen werden?
2. Welche konkreten Schritte wurden unternommen, um diese Schließungen abzuwenden?
3. Welche akuten Maßnahmen planen Sie, um weitere Schließungen zu verhindern?
4. Welche langfristigen Maßnahmen planen Sie, um weitere Schließungen zu verhindern?
5. Wie viele Gruppen in Kinderkrippen, Kindergärten oder heilpädagogischen Kindergärten sind zu Beginn des Kindergartenjahres 2022/2023 in der Steiermark aufgrund des Personalmangels geschlossen? Für wie viele Kinder ist die Kinderbetreuung und Bildung in Gefahr?
6. Bei wie vielen Gruppen in Kinderkrippen, Kindergärten und heilpädagogischen Kindergärten in der Steiermark müssen die Öffnungszeiten zu Beginn des Kindergartenjahres 2022/2023 gekürzt werden? Da ist übrigens auch die Stadt Graz dabei, die Sie vorhin vergessen haben als öffentlicher Träger.
7. Von wie vielen Gruppen in Kindergärten und Kinderkrippen wissen Sie, die geplant waren, aber aufgrund des Personalmangels nicht öffnen?
8. Wie viele Kinder finden in der Steiermark im Kindergartenjahr 2022/2023 keinen Platz in Kindergärten oder Kinderkrippen und wie viele Kinder befinden sich auf der Warteliste? Auch etwas, was komplett ignoriert wird. Absagen gab es schon, dass keine Krippen- und Kindergärtenplätze zur Verfügung stehen. Das sind Personen, die sich teilweise gar nicht mehr auf Wartelisten befinden und die Wartelisten in der Steiermark explodieren nach wie vor.
9. Ist Ihnen bekannt, wie viel volkswirtschaftlichen Schaden der aktuelle Ausfall von Kinderbetreuungsplätzen in der Steiermark mittelfristig verursacht?
10. Sehr oft werden im elementarpädagogischen Bereich keine Vollzeitstellen angeboten. Wird die angekündigte Landesprämie von 15.000 Euro auch aliquot ausbezahlt, wenn es zu keiner Vollzeitanzstellung der neuen Pädagog_innen kommt?
11. Wie ist diese Prämie zu versteuern?
12. Wieso findet sich zu dieser Prämie keinerlei Information auf den Websites der zuständigen Abteilung des Landes, der privaten Träger oder der BAfEPs?
13. Wieso wurde bei der Landesprämie von 15.000 Euro nicht auf die langjährig tätigen Pädagog_innen Rücksicht genommen und diesen eine monetäre Wertschätzung verwehrt?
14. Wieso wurden keine Maßnahmen getroffen, die für alle Pädagog_innen und Betreuer_innen eine unmittelbare Verbesserung ihrer Arbeitstätigkeit darstellen?

15. Die öffentlichen Träger in der Steiermark zahlen im Bundesländervergleich die niedrigsten Gehälter für Elementarpädagog_innen. Wie planen Sie, diesen Missstand zu beheben?
16. Ist Ihnen bekannt, ob die Landesregierung eine Novelle der entsprechenden Gesetze plant, um die Bezahlung in öffentlichen Trägern der Steiermark zu attraktivieren?
17. Wurden bereits Gespräche mit den steirischen Gemeinden und dem Gemeinde- und Städtebund geführt, um eine Anhebung des Gehalts sicherzustellen?
18. Wenn bereits Gespräche mit den steirischen Gemeinden und dem Gemeinde- und Städtebund geführt wurden, was waren die Ergebnisse?
19. Wenn keine Gespräche mit den steirischen Gemeinden und dem Gemeinde- und Städtebund geführt wurden, warum wurden diese nicht geführt?
20. Ist geplant, nächstes Jahr Förderungen an private Trägerorganisationen, zweckgebunden für höhere Gehälter, zur Verfügung zu stellen?
21. Die öffentlichen Träger in fünf Bundesländern zahlen Betreuer_innen höhere Gehälter als die Steiermark. Ist Ihnen bekannt, ob die Landesregierung eine bessere Bezahlung für Betreuer_innen plant?
22. Über 60% des Personals in steirischen Kindergärten arbeiten nicht Vollzeit. Welche Schritte plant die Landesregierung, um diese Quote zu erhöhen?
23. Betrachten Sie es als Scheitern der steirischen Bildungspolitik, dass der Dispens verlängert werden soll?
24. Was sind die Gründe für eine Verankerung des Dispens ohne Ablaufdatum? Geht die Landesregierung davon aus, dass sich die Situation in den Kindergärten auch durch Ihr Maßnahmenpaket nicht wesentlich verbessern wird?
25. Ist Ihnen bekannt, wie viele Absolvent_innen der BAfEPs und Kollegs in den letzten fünf Jahren außerhalb der Steiermark eine Anstellung als Elementarpädagog_in gefunden haben?
26. Mit wie vielen Absolvent_innen der BAfEPs, Kolleg etc. werden in diesem Kindergartenjahr gerechnet?
27. Reicht die Anzahl der erwarteten Absolvent_innen der BAfEPs und Kollegs, um den Personalmangel im Kindergartenjahr 2023/2024 zu beheben?
28. Wenn die Anzahl der erwarteten Absolvent_innen der BAfEPs und Kollegs nicht reicht, um den Personalmangel im Kindergartenjahr 2023/2024 zu beheben - wie wollen Sie die

Kinderbildung und -betreuung im Kindergartenjahr 2023/2024 in der Steiermark sicherstellen?

29. Wie weit ist der Umsetzungsstand der digitalen Verwaltungsvereinfachung für die Kindergärten und Kinderkrippen, die vor zwei Jahren angekündigt wurde?

Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS und der FPÖ – 14.04 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Ich erteile nun Herrn Landesrat Werner Amon das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Amon, MBA – ÖVP (14.04 Uhr): Danke vielmals, Frau Präsidentin, danke für die Worterteilung.

Herr Klubobmann Swatek, ich möchte vielleicht einleitend sagen, dass mir gerade bei dem Thema es mir um eine sachliche Debatte geht. Ich muss allerdings sagen, dass Aussagen von Ihnen wie: „Sie haben ja keine Ahnung was da draußen passiert und Sie legen dem Landtag falsche Zahlen vor“, dass ich solche Aussagen, Herr Klubobmann, schlicht und einfach zurückweise. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich möchte Ihnen nämlich Folgendes sagen: Ich nehme das Thema sehr, sehr ernst. Ich habe nach unserer Präsentation Mitte August etwa 150 E-Mails von Elementarpädagoginnen erhalten, die in – und ich möchte das ausdrücklich betonen – sehr differenzierter Art und Weise ihre Situation dargestellt haben. Die zum Teil die Maßnahmen sehr begrüßt haben, möchte ich ausdrücklich sagen, und zum Teil, ja die Prämie kritisch betrachtet haben. Ich möchte Ihnen aber auch erzählen wie ich darauf reagiert habe. Ich habe all diesen 150 Damen – es waren in erster Linie Damen – zurückgeschrieben, um ihre Telefonnummer ersucht und gesagt, ich möchte mit jeder einzelnen ein Gespräch führen. Mein Büro hat mich davor gewarnt, das kann ich Ihnen auch sagen, weil sie gesagt haben: „Was machst du, wenn sich da jetzt hundert melden, wie machst du das?“ Sagte ich: „Schauen wir einmal wie viele sich melden. Wenn sich 30 melden, dann nehme ich mir einen Tag Zeit und telefoniere mit jeder und wenn sich 100 melden, dann lade ich zu einer Konferenz ein.“ Und es haben 120 zurückgeschrieben und ich habe alle 120 zu einer Videokonferenz eingeladen, die Ende letzter Woche stattgefunden hat. Es haben 104 Elementarpädagoginnen und -pädagogen an dieser Unterhaltung über eineinhalb Stunden teilgenommen. Ich habe ihnen meine Beweggründe geschildert. Es ist jede und jeder, der wollte, zu Wort gekommen und ich kann Ihnen sagen, es war eine ausgesprochen wertvolle,

wertschätzende und für mich extrem motivierende Unterhaltung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und da lasse ich mir von Ihnen, Herr Klubobmann, nicht sagen, dass ich keine Ahnung habe, was da draußen los ist. Das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. Und noch etwas möchte ich Ihnen sagen: Wenn ich von der zuständigen Abteilung die Rückmeldung erhalte, welche Einrichtungen sich bei uns gemeldet haben, weil sie Schließungen oder einschränkendes Angebot vornehmen müssen, dann lege ich diese Zahlen so wie ich sie von der Abteilung bekomme, hier auf Basis der Anfrage der Dringlichen dem Landtag vor. Eine andere Zahl habe ich nicht und ich lasse mich von Ihnen hier nicht vorführen und ich lasse mir von Ihnen nicht sagen, ich würde den Landtag belügen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und auch zu den offenen Zahlen möchte ich Ihnen etwas sagen. Das sind nicht irgendwelche Zahlen, die ich mir ausdenke, wenn ich Ihnen heute sage wir 123 offene Plätze. Ich könnte Ihnen die einzelnen Träger, die mir via E-Mail mitgeteilt haben in allen Details, wie viele Plätze sie offen haben, wie viele Halbtagsplätze, Ganztagsplätze, das sind keine Luftzahlen. Das sind ganz konkrete Zahlen, die ich von den Trägern habe und ich bin froh, dass wir 123 offene Plätze haben, weil wir damit wahrscheinlich die Sorge der Eltern, die jetzt keinen Platz bekommen, diese Sorgen können wir den Eltern jetzt nehmen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber, Herr Klubobmann, wenn wir schon über Zahlen reden, dann würde ich ganz gerne auch einmal darüber sprechen, welche Zahlen Sie der staunenden Öffentlichkeit präsentiert haben, nämlich wie schlecht unsere Besoldung denn nicht wäre. Wissen Sie, eigentlich war ich von den NEOS immer gewohnt, dass sie zwar kritisch waren, aber dass sie seriös agieren. Einfach nur herzugehen und zu sagen: „Sie nehmen die Zahlen der Gemeindebediensteten Elementarpädagoginnen und -pädagogen und das aus allen Bundesländern“, und da gibt es im Übrigen, wenn Sie es sich genau anschauen, sehr unterschiedliche Einstiegsgehälter. Aber Sie haben es sich natürlich sehr genau ausgesucht, welche Sie nehmen, damit die Steiermark natürlich besonders schlecht aussieht. Das ist nicht seriös, Herr Klubobmann Swatek, das ist nicht seriös was Sie gemacht haben. So machen Sie Verunsicherung. Das ist eigentlich die negativste Form des Populismus, Herr Kollege Swatek. Sie machen eine schlechte Stimmung für den Beruf. Sie tragen dazu bei, dass Elementarpädagoginnen und -pädagogen sagen: „Nein der Beruf ist nichts für mich, weil die Zahlen eh am allerschlechtesten.“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich glaube, Sie hätten auch als Abgeordneter die Verpflichtung, konstruktiv zu sein und einen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten. Ich bin sofort bei Ihnen, dass wir sagen, wir zahlen Ihnen vielleicht zu wenig. Ja, ich bin der Meinung das gehört höher dotiert. Da haben Sie ein klares Bekenntnis von mir, ohne Frage, und ich setze mich auch

dafür ein, dass wir Gespräche führen mit den Gemeinden und mit den Trägern und wäre auch froh, wenn die Sozialpartner einen Druck aufbauen und sagen: „Machen wir einen Kollektivvertrag.“ Da haben Sie mich sofort an Ihrer Seite, aber ich habe ein Problem damit, wenn man sozusagen fast ein bisschen willkürlich aussucht, wie passt uns denn die Geschichte ins Konzept, wie stelle ich das denn zusammen. Und wenn dann noch auf Grund dieser Geschichte veröffentlichte Zahlen da im Internet von einigen Tageszeitungen kommen, die haben nicht einmal mehr Ihre Zahlen übernommen, sondern da überhaupt irgendwelche Zahlen, die teilweise überhaupt nicht mehr stimmen genommen, nur damit wir schlecht ausschauen, dann muss ich Ihnen sagen, dass das kein Beitrag zur Lösung ist, Herr Kollege Swatek. Da gehört mehr dazu, das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Und dann darf ich Ihre Fragen selbstverständlich beantworten:

Zur Frage 1:

Wann ich erstmal gewarnt wurde, dass es zu Schließungen kommt.

Ich kann Ihnen sagen, offiziell habe ich als Landesrat in meiner ersten Besprechung mit Trägern in meiner zweiten Amtswoche davon erfahren.

Zu den Fragen 2 bis 4 insgesamt:

Der steigende Bedarf an qualifiziertem Personal in elementaren Bildungseinrichtungen ist nicht nur in der Steiermark, sondern österreichweit ein aktuelles Thema und betrifft darüber hinaus, wie allgemein bekannt, nicht nur den Elementarbereich sondern, ganz im Gegenteil, alle Branchen. Eine der Ursachen ist zweifelsfrei auch in der Demografie geschuldet. Bereits seit einigen Jahren machen sich besonders geburtenschwache Jahrgänge am Arbeitsmarkt bemerkbar, die in den Jahren unmittelbar nach der Jahrtausendwende auch in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen spürbar waren. Damals waren viele Gruppen, besonders in ländlichen Regionen, auf Grund schwindender Kinderzahlen von der Schließung bedroht. Gleichzeitig gab es einen enormen Überschuss an Pädagogen. Da die Einrichtungen mittlerweile immer länger besucht werden, die Kinder also schon deutlich jünger in Betreuung kommen und gleichzeitig enorme Fortschritte beim Ausbau des Angebotes erzielt wurden, hat sich diese Situation ins Gegenteil verkehrt. Im Übrigen möchte ich noch sagen, dürfte Ihnen nicht entgangen sein, dass etwa der Präsident der Wirtschaftskammer vor einer Woche die Liste der Mangelberufe präsentiert hat und diese Zahl von unter 50 innerhalb nur sechs Monaten auf 155 Berufsgruppen, die als Mangelberufsgruppen geführt werden, hinaufgegangen ist. In der Steiermark ist der wachsende Personalbedarf also besonders auch

auf die zahlreichen realisierten Projekte zum Ausbau des Angebots im Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowie die laufenden Erweiterungen der Öffnungszeiten zurückzuführen, wodurch der Personalbedarf in relativ kurzer Zeit naturgemäß sehr stark gestiegen ist. Die Länder weisen den Bund seit einigen Jahren mit Nachdruck auf diese Problematik hin. Daher wurde das Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten und die Anzahl der Ausbildungsplätze sukzessive erweitert. Da die Professionalität des pädagogischen Personals in elementarpädagogischen Einrichtungen in etlichen Studien als eine der wirksamsten Einflussgrößen in Bezug auf die kindliche Entwicklung diskutiert wird, steht dabei nicht nur die Quantität der Ausbildungsplätze im Fokus, sondern selbstverständlich auch die Qualität der Ausbildung.

Neben der traditionellen fünfjährigen Ausbildung von Elementarpädagoginnen und -pädagogen an den Bundesbildungsanstalten für Elementarpädagogik (BAfEP) wird in der Steiermark verstärkt die Etablierung von alternativen Ausbildungsformaten auf tertiärer Ebene forciert. Dementsprechende Formate sprechen Quereinsteigerinnen und -einsteiger an, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt im Leben für dieses Berufsbild entscheiden. Ein weiteres Ausbildungsformat stellt das Kolleg für Elementarpädagogik dar, welches seit diesem Schuljahr an mittlerweile sechs Standorten in der Steiermark zu finden ist. So wird an fünf Standorten der BAfEP ein Kolleg für Elementarpädagogik und auch ein Kolleg für Elementarpädagogik am Augustinum Graz geführt. Mit dem Studienjahr 2021/22 hat in Graz an der Pädagogischen Hochschule Steiermark gemeinsam mit der Privaten Pädagogischen Hochschule Augustinum erstmals der Hochschullehrgang „Quereinstieg Elementarpädagogik“ gestartet. Dieses Quereinstiegsstudium wird auch vom Land Steiermark finanziell unterstützt und ermöglicht aufbauend auf einem facheinschlägigen Bachelorstudium eine professions- und praxisorientierte Qualifizierung zur Elementarpädagogin bzw. zum Elementarpädagogen. Zu betonen gilt es auch, dass aktuell von Seite des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung die Umsetzung einer Ausbildungsoffensive im elementarpädagogischen Bereich vorgesehen ist. Außerdem hat die Landesregierung vor wenigen Wochen ein Maßnahmenbündel zur Verbesserung der elementaren Bildung präsentiert, das unter anderem folgende kurzfristigen Maßnahmen beinhaltet, um weitere Schließungen zu verhindern:

Verlängerung Personaldispens nach § 4 StAEG, 15.000 Euro Landesprämie, um mehr ElementarpädagogInnen/Elementarpädagogen Vollzeit in den Beruf zu bringen. Und wir

schauen natürlich auch, dass wir im Bereich der Fortbildung und der vertiefenden Ausbildung hier für mehr Elementarpädagoginnen/Elementarpädagogen sorgen.

Zu den Fragen 5 bis 7:

Das Land Steiermark fungiert im Bereich der Kinderbildung und -betreuung als Behörde im Zusammenhang mit der Bewilligung von und Aufsicht über Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, mit der Fortbildung des Personals, der Organisation der frühen sprachlichen Förderung und insbesondere auch als Fördergeber. In der letztgenannten Funktion wird das System der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen mit jährlich insgesamt knapp 153 Millionen Euro unterstützt.

Darüber hinaus ergibt sich auch, dass das Land nicht als Betreiber von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen auftritt. Demgemäß liegen Entscheidungen über die Anzahl der jeweils geführten Gruppen oder auch deren Öffnungszeiten in der ausschließlichen Sphäre der Erhalter, also der Gemeinden, Pfarren und sonstiger privaten Träger, zumal, anders als im Schulrecht, welches eine Verpflichtung zur Errichtung von Schulen unter gewissen Voraussetzungen vorsieht, eine solche Pflicht im Elementarbereich nicht besteht. Daraus ergibt sich, dass naturgemäß auch keine Betriebspflicht vorgesehen ist. Die Stilllegung von Gruppen sowie Betriebsformänderungen finden auf Grund permanenter Veränderungen in der Nachfrage seit jeher statt und sind für sich gesehen kein neues Phänomen, sondern systemimmanent. Die Erhalter melden derartige Änderungen im Zusammenhang mit der Beantragung von Beiträgen des Landes zum Personalaufwand der Erhalter in Form einer elektronischen Antragstellung. Dieser Prozess ist aktuell im Gange und mit 30.9.2022 befristet. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist es daher nicht möglich, die Art und Zahl allfälliger Änderungen zu antizipieren. Darüber hinaus sagt die Änderungs- oder Stilllegungsmeldung naturgemäß nichts über die Ursache aus. Wie angeführt, handelt es sich bei den meisten Anpassungen um Veränderungen der Nachfrage. Konkret bekannt, und ich betone es noch einmal, sind der Abteilung 6 nur zwei Meldungen privater Träger, die Einschränkungen der Öffnungszeit oder Stilllegungen einzelner Gruppen im Umfang, den ich schon einmal beantwortet habe am heutigen Tag, bekannt.

Zur Frage 8:

Da das Land, wie oben ausgeführt, nicht als Betreiber von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen auftritt, sind uns diese Zahlen nicht bekannt. Allerdings kann ich berichten, dass wir in Zusammenarbeit mit der Stadt Graz nun noch 60 freie

Kinderbetreuungsplätze in Graz für berufstätige Eltern anbieten können und 53 Plätze in Graz-Umgebung.

Zur Frage 9:

Aktuell können wir noch nicht sagen, ob es tatsächlich zu einem Ausfall von Kinderbetreuungsplätzen kommen wird. Insofern kann auch der volkswirtschaftliche Schaden, der dadurch eventuell entstehen könnte, nicht abgeschätzt werden.

Zur Frage 10:

Die Bekämpfung eines Personalmangels bringt als Zielsetzung mit sich, möglichst viele Personen in möglichst hohem zeitlichen Ausmaß in Beschäftigung zu bringen. Teilzeit unterläuft diese Bestrebung und bringt schlussendlich auch schwierige Abgrenzungsprobleme hinsichtlich einer Untergrenze mit sich. Darüber hinaus entspricht die Vorgangsweise auch der Zielsetzung, Vollzeit zu ermöglichen. Schließlich besteht eine der möglichen Ursachen für den Personalmangel gerade auch darin, dass Teilzeitbeschäftigung oft keine hinreichende Einkommenssituation schafft, was auch zu Recht wiederholt argumentiert wurde. Die Prämie soll daher nur für eine Vollzeitanstellung gewährt werden oder für Teilzeitkräfte, die auf Vollzeit aufstocken.

Zur Frage 11:

Für die Versteuerung der Prämie hat die Förderwerberin/der Förderwerber selbst Sorge zu tragen.

Zur Frage 12:

Die Umsetzung der Maßnahme wurde heute beschlossen.

Zu den Fragen 13 und 14:

Wir haben versucht, mit unterschiedlichen Maßnahmen, den akuten Personalmangel in der Elementarpädagogik zu bekämpfen. Die Prämie ist eine davon. Zusätzlich sollen auch die bürokratischen Hürden abgebaut und die Rahmenbedingungen im elementaren Bereich verbessert werden, wovon alle Pädagoginnen und Pädagogen profitieren.

Zur den Fragen 15 bis 19:

Ich bin im laufenden Austausch mit dem Gemeinde- und Städtebund. Über etwaige Gehaltsverhandlungen. Da sollen Gespräche mit den Sozialpartnern ebenso stattfinden. All das wurde für den Herbst vorgesehen.

Zur Frage 20:

Das ist aus heutiger Sicht nicht geplant.

Zur Frage 21:

Für Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen und Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer, die in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen von Gemeinden beschäftigt sind, gilt das Gesetz über das Dienst- und Besoldungsrecht der von den Gemeinden anzustellenden Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher an Horten und Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer, LGBl. Nr. 77/1985, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 90/2020. Dieses Gesetz, das sowohl die Gehaltsansätze und alle dienstrechtlichen Belange für Bedienstete in einem öffentlich-rechtlichen als auch für jene in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zu Gemeinden regelt, fällt nicht in die Zuständigkeit des Bildungsressorts.

Zur Frage 22:

Laut den Daten der A6 haben 53 % des Personals eine Vollbeschäftigung, weil sie zwischen 38 und 40 Stunden, je nach Vertrag, beschäftigt sind.

Zur Frage 23:

Die Maßnahme ist zur Verhinderung von weiteren Gruppenschließungen akut notwendig. Darüber hinaus ist hier auch auf die Ausführungen zu Fragen 2 bis 4 zu verweisen

Zur Frage 24:

Zu bedenken ist, dass Gesetzesänderungen immer eine relativ lange Vorlaufzeit haben und die derzeitige zweijährige Befristung der Möglichkeit der Erteilung von Personaldispensen und das Auslaufen der Regelung im Oktober 2022 zu großer Verunsicherung der Träger und damit auch der Eltern geführt hat. Dies gilt es künftig jedenfalls zu vermeiden. Die nun vorgesehene Regelung im Steiermärkischen Anstellungserfordernisgesetz soll zwar unbefristet gelten, die jeweiligen Ausnahmegenehmigungen können aber im Regelfall befristet längstens zwölf Monate innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten erteilt werden. Eine Verlängerung um längstens zwölf weitere Monate ist möglich, wenn nachweislich weiterhin nicht ausreichend ausgebildete Elementarpädagogen zur Verfügung steht. Damit soll die Verlängerung des Einsatzes von Personen, die sich bewährt haben und an die sich die Kinder gewöhnt haben, ermöglicht werden, um einen allzu häufigen Wechsel der Betreuungspersonen im Interesse der Kinder zu vermeiden.

Diese Fragen können seitens der Abteilung 6 mangels Zuständigkeit nicht beantwortet werden. Soweit bekannt handelt es sich bei Frage 26 jedoch um ca. 350 Personen

Zur Frage 28:

Ich gehe davon aus, dass das Maßnahmenbündel mittelfristig Wirkung zeigt.

Zur Frage 29:

Da ich erst seit neun Wochen im Amt bin, ist mir von einer Ankündigung nichts bekannt. Ich habe bereits die Überarbeitung des KIN-WEB in Auftrag gegeben.

Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.23 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Landesrat.

Dringliche Anfrage 5:

Heute wurde von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2502/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend **„Nach Jahren der Ankündigung: Warum wird die Sozialstaffel nicht umgehend umgesetzt?“** eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (14.23 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätin, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Man kann darüber uneinig sein, ob es notwendig ist, eine Sondersitzung einzuberufen fünf Tage vor einer regulären Sitzung. Da werden die einen diese Meinung haben, die anderen diese. Warum wir jetzt auch noch eine Dringliche Anfrage eingebracht haben, ist nicht deshalb – das möchte ich noch kurz erklären –, weil wir auch so gerne eine Dringliche Anfrage hätten, sondern unser Antrag, der eigentlich als Entschließungsantrag hätte kommen sollen, wurde in diesem Fall nicht zugelassen, deshalb eine Dringliche Anfrage. Ich bin aber schon der Meinung, man kann nicht oft genug über das Thema „Elementare Bildung“ sprechen.

Wir werden heute noch Gelegenheit haben all das, was jetzt vorher schon in manchen Reden angesprochen wurde – ob es jetzt das Maßnahmenpaket ist, das die Landesregierung gemacht hat, ob es der Personaldispens ist, der heute auf unbestimmte Zeit verlängert werden soll, ob es die Rahmenbedingungen generell in den Kindergärten und Kinderkrippen sind –, über die anderen Entschließungsanträge werden wir noch genug Zeit haben darüber zu debattieren.

Bevor ich jetzt zu unserer Begründung zum Thema Sozialstaffel für alle auch für Kinderkrippen komme, möchte ich vier Punkte feststellen. Das Erste ist, es hat sich etwas

getan in den letzten Monaten und Jahren. Das Thema „Elementare Bildung“ ist eines, das hier jetzt auf der Landtagebene durchaus Eingang gefunden hat und ich freue mich sehr, weil es wirklich von unserer Seite auch ein Herzensthema ist und wir das über Jahre, Jahre, Jahre getrommelt haben. Ich freue mich auch, ich glaube, ich habe es in dem Zusammenhang schon erwähnt, dass die FPÖ beim Thema Kinderbildung in diese institutionelle Kinderbildung durchaus einen Schwenk gemacht und mittlerweile auch auf der Ebene ist, dass sie sagt: „Es ist genauso wichtig wie die Kinderbildung und -betreuung zu Hause!“ Es hat sich auch auf Landesregierungsebene etwas getan. Es gab einen Wechsel in den Zuständigkeiten und ich möchte meine Freude gar nicht verbergen, dass dieses Thema jetzt bei dir, Herr Landesrat, gelandet ist, weil ich sehr wohl wahrnehme, dass hier von Anfang an eine Ernsthaftigkeit stattgefunden hat, ein Aufgreifen des Themas, Gespräche stattgefunden haben und zwar mit allen Playern und nicht nur mit den Trägern oder mit denjenigen, mit denen man sich über die Erhaltungsebene austauschen muss, wenn man in dieser Funktion ist, sondern auch mit jenen aus der Praxis. Gleichzeitig macht es mich ein wenig traurig, dass ich mich darüber freuen muss, dass ein Landesrat seine Arbeit tut. Denn ich glaube, genauso muss man es machen: Man muss mit allen sprechen. Das ist leider bis jetzt nicht wirklich passiert. Dafür von meiner Seite ein wirklich großes Dankeschön. Viertens, ich möchte auch noch einmal danken – den Pädagoginnen und Pädagogen sowieso, das haben auch meine Vorredner und Vorrednerinnen schon gemacht –, ebenso den Betreuern und Betreuerinnen und allen, die in diesem Bereich beschäftigt sind. Aber dass wir dieses Thema jetzt hier auch wirklich immer wieder diskutieren, hat auch damit zu tun, dass es Initiativen gibt, dass es einen Berufsverband gibt, dass es „Kinder brauchen Profis“ gibt und dass es die IfEB gibt und auch denen soll an dieser Stelle wirklich von Herzen gedankt sein. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen)*

Jetzt zu unserer Begründung unserer Dringlichen Anfrage zum Thema Sozialstaffel, die möchte ich gerne mit einer Frage beginnen. Was darf denn eine Kinderkrippe oder ein Kindergarten kosten? Ich glaube, die Antworten werden unterschiedlich ausfallen, nämlich je nachdem wie man eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten betrachtet. Wenn es eine Einrichtung ist, wo man sagt, da gibt man sein Kind ab, während man in die Arbeit geht, dann wird der eine oder andere wahrscheinlich sagen: „Naja, da muss ich was zahlen dafür. Immerhin passt ja dort jemand auf mein Kind auf.“ Wenn ich eine Kinderkrippe oder einen Kindergarten allerdings als Bildungseinrichtung sehe, dann müsste ich eigentlich sehr schnell zu dem Schluss kommen: Das darf nichts kosten! Denn es ist eine Bildungseinrichtung und ich muss auch für die Pflichtschule nichts bezahlen. Davon sind wir leider sehr weit entfernt

und dennoch möchte ich festhalten, dass ich es als eine der größten Errungenschaften vor allem der Sozialdemokratie betrachte und dafür dankbar bin, dass Bildung allen zugänglich gemacht wurde mit dem, dass man eben für die Schulen nicht wirklich zahlen muss, indem man z.B. Schulmaterial zahlen muss. Wir kennen alle die Schulbuchaktion aus den 70er Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe. Bildung darf nicht wirklich etwas kosten, wenn ich es allen zugänglich machen will. Das Thema „Betreuung bezahlen“ und „Bildung bekommen“ haben wir ja auch schon sehr oft diskutiert. Jetzt gibt es natürlich Gemeinden und Städte, die schon vor längerer Zeit gesagt haben: „Wir wollen eigentlich, dass der Besuch einer Kinderkrippe und der Besuch eines Kindergartens für die Eltern zumindest leistbar ist.“ Die meisten von euch kennen wahrscheinlich das Tarifsysteem der Stadt Graz, wo es schon sehr, sehr lange Zeit so ist, dass man versucht je nach Einkommen die Kinderkrippe, den Kindergarten leistbar zu gestalten. Viele von euch oder alle mittlerweile wissen wahrscheinlich: Ich habe selbst sehr lange in einer Kinderkrippe und in Kindergärten gearbeitet und ich kann nur immer wieder betonen, dass gerade diese soziale Staffel, die die Kinderkrippen/Kindergärten getroffen hat – ich durfte auch in einer Einrichtung oder mehreren Einrichtungen sein, wo dieses Tarifsysteem gegolten hat, den Eltern sehr viel gebracht hat. Warum wir es heute speziell thematisieren, ist, es gab vor einiger Zeit eine – es gibt sie immer noch – Agenda Weiß/Grün, wo u.a. als eines der Ziele für diese Legislaturperiode beschlossen wurde: Wir müssen die Sozialstaffel auch in den Kinderkrippen steiermarkweit einführen. Ein tolles Ziel, ein tolles Vorhaben – nachdem länger nichts in diese Richtung passiert ist, haben wir auch einmal einen Antrag eingebracht. Es ist schon eine Zeit her. Damals hat es geheißen: „Ja, steht zwar in der Agenda, im Moment können wir uns das aber nicht leisten.“ Jetzt wurde das Thema im Rahmen eines Maßnahmenpaketes wieder aufgegriffen und ich freue mich sehr darüber. Ich glaube nur oder ich bin überzeugt davon: Wenn man schnell den Eltern hier unter die Arme greifen will, dann sollte man hier schnell agieren und das jetzt nicht zeitlich verzögern. Denn es gibt zwei ganz, ganz große Gründe, warum wir es sofort und unmittelbar machen sollten. Ich brauche niemandem hier im Raum erzählen, dass wir eine Teuerung erleben, wie wir sie wahrscheinlich noch nie erlebt haben – alle, die wir hier miteinander sitzen. Wir wissen, dass die Menschen unter den höheren Mietpreisen, Gaspreisen, Strompreisen, Lebensmittelkosten, Benzinpreisen, Dieselpreisen wirklich leiden. Es gibt immer mehr Menschen, die sich das tagtägliche Leben inzwischen vom Mund absparen müssen. Ich möchte nicht, dass z.B. Eltern, die vorhaben ihr Kind in eine Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung zu geben,

das aus finanziellen Gründen nicht tun können. Ich glaube, wir brauchen diese soziale Staffelung so schnell wie möglich in allen Kinderkrippen steiermarkweit. Davon bin ich überzeugt und deshalb bringen wir auch heute diese Dringliche Anfrage ein. Gleichzeitig glaube ich, nachdem viele Eltern sehr verunsichert wurden, und darauf möchte ich später noch eingehen, wäre das auch ein Zeichen ihnen zu sagen: „Hallo, wir nehmen euch ernst. Wir sehen, wo eure Probleme liegen. Nämlich einerseits darin, dass ihr einen Platz braucht für eure Kinder und andererseits auch darin, dass ihr euch den leisten könnt.“ Weil, wenn wir jetzt Plätze schaffen oder wenn wir schauen, dass der Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen forciert wird, wofür ich auch sehr bin, dann müssen wir aber auch schauen, dass die Eltern – und jetzt sage ich einmal noch das Wort „Alleinerziehende“, das muss man nämlich eigentlich auch immer wieder dazusagen, denn wir wissen, es gibt sehr viele Alleinerziehende, die es dann finanziell immer noch einen kleinen Tick schwerer haben als eben, wenn es ein Haushalt ist, wo zwei Elternteile verdienen. Für die müssen wir das auch leistbar machen.

Landesrat Amon hat ein paar Dinge gesagt, bevor ich jetzt die Dringliche Anfrage einbringe, wo ich auch ein paar Rückfragen habe. Du hast geschildert, es ist in den letzten Jahren nichts passiert, da gehe ich d'accord. Ich habe jetzt wirklich auch in deiner Einleitung diese vier Punkte mitgeschrieben, die du genannt hast als Dinge, die passiert sind. Es gibt ein Drittel mehr Gruppen in der Steiermark, es gibt ein Drittel mehr Kinder in Betreuung, das Budget wurde in den letzten Jahren – jetzt weiß ich keine genaue Zahl – um hundert Millionen Euro erhöht und das Personal hat sich verdoppelt. Das ist alles gut, richtig und schön und wird von mir mit hundert Prozent unterstrichen. Es fehlt aber bei diesen Punkten, dass die Rahmenbedingungen verbessert wurden. Es ist keine einzige Stunde mehr Vorbereitungs- oder Nachbereitungszeit dabei. Es ist keine ... (KO LTAbg. Riener: „Die Leiterposten haben ...“) ja, ich komme gleich zur Leiter_innenfreistellung, ich rede jetzt von den Pädagog_innen, von denen, die in der Gruppe stehen, von den Betreuer_innen. Es ist auch an der Gruppengröße nichts geändert worden. Wir wissen alle, die Forderung, 20 Kinder pro Gruppe, ist dreißig Jahre alt. Jetzt komme ich zur Leiter_innenfreistellung, etwas, wofür wir uns auch sehr eingesetzt haben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, keine Frage. Wir wissen aber auch, und da würde ich alle jene, die sich immer herstellen und sagen: „Ja, das haben wir geschaffen“, auch einmal bitten: Schaut es euch einmal konkret an, wie viele Gruppen es letztendlich in der Steiermark trifft. Es ist das eingetreten, was wir befürchtet haben, dass eben, wenn es keine volle Freistellung gibt für die Administration und nicht erst

ab einer gewissen Gruppenanzahl in der Einrichtung, bleiben viele, viele administrative Dinge trotzdem hängen und da sind wir wieder dort, bei diesen Evaluierungsgeschichten, es muss da ganz, ganz viel getan werden. Es wurde auch erwähnt, dass man den Trägern jetzt Zeit geben muss, um die Gruppengrößen zu verkleinern. Eh, aber wie gesagt, vor 30 Jahren hat man das erste Mal pädagogisch diese Forderung aufgestellt und gesagt: „Es ist nicht mehr zeitgemäß 25 Kinder pro Kindergartengruppe zu haben!“ Eines möchte ich in diesem Zusammenhang auch sagen; Ich glaube, es hat ganz viel damit zu tun, die Probleme, die wir jetzt hier haben, dass Gemeinden irgendwann begonnen haben zu sagen: „Das ist nicht mehr in unserer ureigensten Verantwortung. Gliedern wir das doch aus. Gliedern wir die Kinderbildung und -betreuung doch aus an große Einrichtungen.“ Ich möchte jetzt wirklich dezidiert zwischen privaten Einrichtungen und öffentlichen Einrichtungen unterscheiden. Denn es gibt viele kleine private Einrichtungen, die sich gegründet haben, weil sie irgendeinen speziellen pädagogischen Schwerpunkt haben oder aus einer Elterninitiative heraus, die kämpfen ohnehin jeden Tag ums Überleben. Aber durch diese Ausgliederung der öffentlichen Hand: „Wir geben die Kinderbetreuung und -bildung weg“, haben sich große Unternehmen – Konzerne sage ich jetzt nicht – gegründet, die natürlich andere Interessen haben. Ich unterstelle niemandem, dass in den öffentlichen Einrichtungen der großen Träger nicht eine gescheite, ordentliche Kinderbildung und -betreuung passiert. Aber interessanterweise habe ich jetzt auch wieder gehört, bei den Gemeinden mussten keine Gruppen geschlossen werden, hast du gesagt. Bei großen Trägern kommt es vor. Diese ganze Personaldispensgeschichte, warum haben wir die denn überhaupt seit zwei Jahren? Weil große Träger, die natürlich auch gewinnorientiert arbeiten, zur damaligen Frau Landesrätin gegangen sind und gesagt haben: „Hilfe, wir müssen womöglich zusperren!“ Jetzt höre ich aber heute auch wieder, so viele müssen gar nicht zusperren. Ja, ist es dann überhaupt legitim – und das frage ich jetzt Sie alle, liebe Abgeordnete: Ist es legitim diese Anstellungserfordernisgesetzesnovelle weiter zu verlängern, noch dazu auf unbestimmte Zeit, wo wir eigentlich nicht wirklich einen meiner Meinung nach sehr, sehr massiven Grund dafür haben? Warum wollt ihr denn das? Ich werde dem sicher nicht zustimmen. Meine Fraktion wird einer Verschlechterung in der Qualität sicher niemals zustimmen. Das bringe ich gar nicht über das Herz und schon gar nicht, wenn mir dafür keine wirklich aufregenden Gründe gezeigt werden. Ich unterstütze mit meiner Stimme sicher nicht die Versäumnisse von zwei Jahren Bildungspolitik im Landtag Steiermark. Denn vor zwei Jahren – ich erinnere euch alle, ihr seid herausgegangen und habt uns allen Stein und Bein geschworen, nur zwei Jahre „Ganz, ganz wichtig, wir brauchen eine

Notlösung.“ Schon damals war dann, glaube ich, eine Gruppe zugesperrt. „Wir müssen das jetzt machen, wir können nicht mehr anders. Aber macht euch keine Sorgen, in diesen zwei Jahren werden wir alles tun, was in unserer Macht steht, um das nicht mehr verlängern zu müssen.“ Jetzt sind nicht ganz zwei Jahre vergangen und ÖVP und SPÖ gehen her und sagen: „No, müssen wir noch einmal verlängern. Jetzt tun wir es im Rahmen eines Maßnahmenpaketes.“ Okay, ich glaube nicht, dass wir es verlängern müssen und ich werde auch ganz sicher nicht zustimmen.

Schauen wir uns kurz das Maßnahmenpaket an. Das Wichtigste oder eines der aussagekräftigsten Dinge – diese Prämie –, ist schon mehrmals hier besprochen und kritisiert worden. Ich sehe es auch sehr kritisch und zwar deswegen, weil ich mir denke: „Oha, jetzt können wir auf einmal zacki-zacki 15.000 Euro pro Person herausnehmen.“ Über Jahre hindurch hat man uns erklärt: „Es ist kein Geld da“, wenn es darum gegangen ist Gruppen zu verkleinern, Rahmenbedingungen zu verbessern. Ja, aber wenn man jetzt diesen Anreiz plötzlich und schnell aus dem Hut zaubern kann, warum hat man nicht schon viel früher damit begonnen, Geld in dieses wichtige Thema zu investieren. Ich habe unzählige Anrufe und E-Mails von Pädagog_innen bekommen, die mir schon gesagt haben – auch wenn es nicht so gemeint und gedacht ist, das will ich auch niemandem unterstellen –, die mir schon gesagt haben: „Weißt du was? Ich stehe da jetzt seit 25 Jahren in der Gruppe. Ich habe nicht aufgehört und das Handtuch geworfen, obwohl es mir manchmal ‘da‘ gestanden ist. Ich habe, weil der Job wichtig ist, und weil ich es unglaublich gerne mache und weil ich mich verantwortlich fühle meinem Träger gegenüber, aber auch dem Land gegenüber und den Eltern gegenüber sowieso und natürlich den Kindern gegenüber, weitergearbeitet. Und jetzt erklären mir die: ‚Wir zahlen jetzt allen, die frisch von der Schule kommen oder wie auch immer, die bekommen jetzt bar auf die Hand 15.000 Euro‘, und die Rahmenbedingungen für mich bleiben die gleichen?“ Bleiben jetzt die gleichen! Und eines muss ich auch sagen, ich glaube schon, dass die Träger schreien: „Juhu, wir sind gerettet!“ Das glaube ich sofort. Und es werden auch mehr Pädagog_innen kommen, das glaube ich auch. Natürlich wird es jetzt welche geben, die sagen: „Na, 15.000 Euro, bist g’scheit! Natürlich nehme ich das.“ Aber was ist denn, wenn sie dann arbeiten? Die gehen in eine Einrichtung, wo sie ja auch die nächsten fünf Jahre, bis das stufenmäßig so geändert ist, die gleichen Rahmenbedingungen vorfinden wie die jetzigen. Ich glaube nicht, dass alle diese fünf Jahre bleiben werden. Das glaube ich nicht. Ich halte es für gut, dass diese Sozialstaffel angepasst ist, die ist kürzer. Ich halte es auch für gut, dass man sich diese Überschneidungen überlegt hat, finde ich auch super. Ich

glaube auch, dass man sich diese administrativen Tätigkeiten anschaut. Ich will hier nicht die Bemühungen schlechtreden und ich finde, dass in diesem Paket Dinge enthalten sind, die man durchaus mittragen soll und muss, wenn man sich da auskennt. Aber ich wünsche mir zutiefst, dass wir einerseits diese Sozialstaffeln schneller machen und dass wir über diese Prämie noch einmal nachdenken im Sinne von „Was bekommen die, die seit Jahrzehnten das System aufrechterhalten – und zwar gleich?“ Ich glaube auch, dass wir darüber nachdenken müssen, ob wir diese Gruppensenkung nicht schneller hinbekommen. Weil, noch einmal: Dreißig Jahre warten sie schon – dreißig Jahre. Ich habe immer wieder den Eindruck, wenn es irgendwie um andere Bereiche geht, dann sind wir so schnell – wenn es eine große Lobby gibt, die da dahintersteht – etwas zu verbessern. Versuchen wir doch endlich alle gemeinsam eine große Lobby für die Elementarpädagoginnen und -pädagogen zu sein. Das würde ich mir auch wünschen.

Ich stelle jetzt meine Dringliche Anfrage zur Sozialstaffel und darf um Beantwortung folgender Fragen bitten.

1. Seit wann wird die Sozialstaffel auch für Kinderkrippen und Tageseltern in den Regierungsprogrammen der (vergangenen) Landesregierungen angekündigt?
2. Warum wird die Sozialstaffel nicht im Kinderkrippen-Jahr 2022/23, allenfalls auch rückwirkend, umgesetzt?
3. Welche legistische Schwierigkeiten verhindern die umgehende Umsetzung dieser wichtigen sozialpolitischen Maßnahme?

Ich bitte um Beantwortung. Vielen Dank. *(Beifall bei der KPÖ – 14.43 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau.

Ich erteile nun Herrn Landesrat Werner Amon das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Amon, MBA – ÖVP (14.44 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Die drei Fragen sollte man jetzt doch in 30 Minuten beantworten können. Das war ja bei den vorangegangenen Dringlichen nicht ganz so einfach, es ist sich trotzdem ausgegangen.

Ich möchte der Frau Klubobfrau sehr herzlich für diesen sehr differenzierten Debattenbeitrag danken. Im Übrigen weiß ich ja, dass die Frau Klubobfrau wirklich weiß, wovon sie spricht.

Ich glaube, das Schlüsselwort bei den Plätzen ist letztlich Transparenz, weil zu Recht kritisiert wurde hier ein gewisses Unverhältnis zwischen Gemeinden, die als Anbieter auftreten und privaten Trägern. Wobei ich hier auch ausdrücklich differenzieren möchte, ich glaube, man sollte da nicht alle in einen Topf werfen, gerade im Lichte dessen, was jetzt an Rückmeldungen auch gekommen ist. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Aber die Gemeinden leisten da schon Unglaubliches, sind gut vorbereitet und ich möchte da wirklich den Gemeinden ein ehrliches Wort des Dankes sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber das Schlüsselwort ist Transparenz. Ich glaube, wir werden wohl irgendeine Plattform schaffen müssen, es gibt so Ansätze, ich habe mir das angeschaut, aber die Ansätze sind erweiterbar, dass alle Träger sozusagen einmelden könnten, damit auch sichtbar wird, wo Plätze tatsächlich frei sind und wo nicht. Das würde den Eltern auch mehr Möglichkeiten eröffnen und ich glaube, dann würde man mit dem Window-Dressing – wie das schön heißt – aufhören, weil dann würde eine gewisse Konkurrenz auch was die Plätze anlangt, glaube ich, entstehen und vielleicht würde dann der eine oder andere Träger sich überlegen, ob er Gruppen schließt. Weil manchmal gewinnt man ja fast den Eindruck, dass dies ein bisschen als Druckmittel vis-à-vis der öffentlichen Hand verwendet wird, um hier zusätzliche Förderungen zu generieren. Wir werden da sehr genau hinschauen, das möchte ich schon sagen, weil mir die Qualität in der elementaren Bildung ein ganz besonderes Anliegen ist. Ich möchte in einem Punkt schon widersprechen und da bitte ich einfach um Verständnis. Natürlich war es ein unglaubliches Wachstum, das sich in den letzten eineinhalb, zwei Jahrzehnten ergeben hat aus der Notwendigkeit, mehr an Betreuung anzubieten, mehr Personal zu haben. Und ich gestehe schon zu, natürlich hätte man mit der Gruppengröße früher was tun können. Trotz allem glaube ich, die Gemeinden tun da, was sie können. Auf die Gemeinden sind ja auch unglaubliche Belastungen in den letzten Jahren hinzugekommen und wir müssen jetzt so vorgehen, dass die Gemeinden mit der Verkleinerung der Gruppen – dass die Träger mit der Verkleinerung der Gruppen – Schritt halten können. Wir werden das entsprechend unterstützen. Wir haben ja auch mit dem Bund eine 15a-Vereinbarung geschlossen, die im Übrigen die Vorgänger_innen verhandelt haben. Also ich möchte da ausdrücklich noch einmal betonen, dass es schon so ist, dass die Welt nicht erst vor neun Wochen erfunden worden ist. Das stimmt einfach nicht. Es ist in dem Bereich ausgesprochen viel in den letzten Jahren geschehen.

Zur Frage 1:

Ich möchte sie gerne so beantworten, ich bin in diese Landesregierung am 04. Juli 2022 eingetreten und in diesem Regierungsprogramm befindet sich das Bekenntnis zur Sozialstaffelung bei den Kinderkrippen. Wir befinden uns jetzt in der Mitte der Legislaturperiode und wir werden mit Herbst des nächsten Jahres diese Maßnahme, die soziale Staffelung bei den Kinderkrippen, umsetzen. Ich glaube, das ist ein großer, sozialpolitischer Meilenstein, dass wir das tun. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zu den Fragen 2 und 3:

Also da muss ich Folgendes sagen und das wissen alle hier: Ich war selbst 25 Jahre lang Parlamentarier. Wenn ich ganz ehrlich bin, ich habe so oft erlebt, dass Husch-Pfusch-Gesetze gemacht worden sind. In Windeseile, weil etwas unbedingt und dringend und sofort und überhaupt notwendig war. Hintennach hat man x Reparaturen vornehmen müssen und hat man hat wahnsinnige Verwerfungen gehabt, weil Fehler passiert sind. Ich habe mir eigentlich vorgenommen, sollte ich jemals in eine Regierungsfunktion kommen, würde ich keine gesetzgebende Körperschaft dazu zwingen, dass sie in Windeseile und blitzschnell Gesetze beschließen muss. Das alte Zitat von Adenauer ist ohnehin bekannt: „Es gibt zwei Dinge auf der Welt, von denen es besser ist, wenn man nicht weiß, wie sie gemacht werden. Das eine sind Würste, das andere Gesetze.“ Dieses Zitat von Konrad Adenauer, habe ich mir eigentlich vorgenommen, sollte Warnung sein gerade für jedes Regierungsmitglied und selbstverständlich auch für jede gesetzgebende Körperschaft. Wenn mir meine Experten in der Abteilung sagen: „Die Sozialstaffelung einzuführen ist eine ausgesprochen komplexe, legistische Maßnahme, wir brauchen dafür eine gewisse Zeit“, dann nehme ich das ernst. Daher ist mein Vorschlag gewesen, dass wir jetzt natürlich sofort damit beginnen die legistischen Vorbereitungen zu treffen, dass wir wiederum mit allen betroffenen Gruppen hier intensive Gespräche führen, dass wir dann im Übrigen zu allen Rechtsmaterien, die im Paket kommen werden, eine ordentliche Begutachtung machen – den längst möglichen Zeitraum, damit auch alle Betroffenen ausreichend Zeit haben, sich auf die Maßnahmen vorzubereiten. Wenn es so einfach wäre, Frau Klubobfrau, dann würde ich schon darauf hinweisen wollen, wenn Sie gestatten, im Sinne der Gewaltentrennung, dass Sie ja Gesetzgeber sind. Sie hätten natürlich auch die Möglichkeit, wenn es so einfach wäre, einfach einen Initiativantrag vorzulegen, der diese Maßnahmen umfasst. Ich lade sie herzlich dazu ein. Vielleicht können wir ja dann sozusagen diesen Initiativantrag hernehmen. Dazu lade ich Sie gerne ein. Aber, wie gesagt, wenn mir meine juristischen Experten in der Abteilung sagen: „Das ist eine komplexe Geschichte, machen wir es lieber ordentlich“, dann folge ich diesem Vorschlag.

Deshalb wird es nicht jetzt beschlossen, sondern erst im nächsten Herbst. Danke. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.51 Uhr*)

Zweite Präsidentin Kolar: Danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Ich komme nun zur Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfragen und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete eine Redezeit von zehn Minuten haben.

Zu Wort gemeldet hat sich als erstes Frau Abgeordnete Lara Köck. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Köck – Grüne (14.51 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Was wir jetzt schon herausgehört haben, es ist ein differenzierter Blick sehr wichtig. Was ich sehr begrüße und sehr gut finde für den ganzen Stil in diesem Haus. Denn es ist halt nicht immer alles schwarz und weiß. Es gibt Nuancen und wir müssen ganz genau hinschauen und alles mit den unterschiedlichen Blickwinkeln, die wir nun einmal alle hier einbringen, diskutieren. Das Maßnahmenpaket, daran ist nicht alles schlecht. Es ist halt nicht deswegen auch alles gut. Es ist gut, dass die Gruppengröße angegangen wird, dass dafür ein Plan vorgesehen ist, bis wann die Reduktion auf welche Schlusszahl quasi reduziert werden soll. Es ist auch gut, dass der administrative Aufwand genauer angeschaut wird: Was macht wirklich Sinn? Wo kann man unnötige Buchführungen oder Bürokratien irgendwie oder Mehraufwände vermeiden und reduzieren? Und auch bei der Prämie, wie Sie sie vorher dargelegt haben, macht das natürlich Sinn, als kurzfristiger Lösungsversuch, eben Anreize, Motivationen zu steigern, neue Menschen in diesen Beruf zu bekommen. Das finde ich sehr nachvollziehbar. Jede Maßnahme – natürlich diskutieren wir diese Maßnahmen hier im Haus auf und ab, dafür sind wir da – bringt natürlich auch Konsequenzen mit sich. Es ist nachvollziehbar, das haben auch Sie bei den vielen Rückmeldungen mitbekommen, dass das natürlich vom bestehenden Personal kritisch gesehen wird. Es ist ganz klar, dass eine Konsequenz jene ist, dass die Belegschaft deshalb irgendwie gespalten wird – in eben alte Bestehende, gegen neue, gegen die Prämienprofiteure quasi. Ich denke schon, dass das ein wesentlicher Aspekt ist, den wir nicht übersehen dürfen. Denn wir müssen uns die Frage

stellen, wie wir diese Ungleichheit, die jetzt durch die Prämie entsteht – auch wenn es ein nachvollziehbares Motiv dafür gibt – auszugleichen versuchen. Ich hoffe, da stimmen wir schon überein, dass da etwas getan werden muss. Wir haben auch dazu einen Vorschlag gemacht, nämlich wäre unser Vorschlag analog wie im Pflegebereich – schlichtweg ein 15. Monatsgehalt zusätzlich, eben für das bestehende Personal. Weil bis die Reduktion der Gruppengröße greift, bis sie tatsächlich von dem Maßnahmenpaket bemerken, dauert es halt noch. Es ist jetzt nur ein schwacher Trost, es ist nachvollziehbar, dass sich das Personal ein „bissel g'frotzelt“ fühlt. Ich bringe deswegen den Entschließungsantrag ein.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert die Finanzierung eines 15. Monatsgehalts für alle im elementarpädagogischen Bereich beschäftigten Personen in der Steiermark sicherzustellen und zu diesem Zwecke insbesondere mit dem Gemeinde- und Städtebund Gespräche zu führen.

Was aber auch zu dem differenzierten Blick gehört, dass eben nicht alles schwarz und weiß ist, so, wie Sie es vorhin auch erwähnt haben in Ihrer Anfragebeantwortung. Es wurde alles getan im Bereich der Elementarpädagogik und es ist sehr viel geschehen. Meine Kollegin Claudia hat vorhin schon die Zahlen nochmals erwähnt, was alles ausgebaut wurde, wie viel mehr Budget, wie viel mehr Gruppen, wie viel mehr Kinder in Betreuung sind. Die Quantität wurde gesteigert, aber es wurde verabsäumt, das können wir nicht leugnen, deswegen stehen wir jetzt da, wo wir stehen, dass auf die Qualität nicht ausreichend geachtet wurde. Die Quantität hat Beachtung gefunden, aber eigentlich müsste sie Hand in Hand mit den qualitativen Verbesserungen der Rahmenbedingungen gehen. Da haben wir noch viel zu tun. Ich hoffe, dass wir gemeinsam dafür Lösungen und Wege finden. Ein Lösungsvorschlag unsererseits wäre in unserem Entschließungsantrag enthalten. Da müssen wir ganz genau hinsehen, damit wir das bestehende Personal nicht auch noch auf diesem Weg verlieren. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 14.56 Uhr)*

Zweite Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. **Klimt-Weithaler** – **KPÖ** (14.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich begrüße alle noch einmal ganz herzlich und möchte auch zwei Entschließungsanträge einbringen. Der eine ist jetzt direkt zur Dringlichen Anfrage ein Antrag zu einer Sozialstaffel und ich darf den Text vorlesen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Sozialstaffel für Elternbeiträge in Kinderkrippen umgehend einzuführen.

Jetzt bedanke ich mich einmal für die Beantwortung, möchte aber auch dazu sagen, ich verstehe es schon, dass manches legislativ schwer ist und jetzt könnte man auch ein abgewandeltes Zitat bringen und sagen: „Zwei Juristinnen haben meistens drei Meinungen.“ Aber was mir nicht ganz klar ist, ist: Wir haben die Situation in der Steiermark bereits für die Kindergärten und ehrlich gesagt, glaube ich ja nicht, dass es hier einen großen Unterschied mache, wenn man jetzt zu diesem „das gilt für die Kindergärten“ einfach auch dazusagt und „für Kinderkrippen“. Also man möge mir erklären, warum man für die Sozialstaffelung der Kinderkrippen ein eigenes, neues Gesetz formulieren muss oder eigene, neue Richtlinie formulieren muss? Warum man das nicht gleich mit der Kindergartensozialstaffelung in Einklang bringen kann? Das ist mir nicht klar. Darum glaube ich auch – oder davon sind wir auch ausgegangen –, dass man das auch schneller machen kann, ohne jetzt irgendwie den Juristinnen und Juristen im Land irgendetwas absprechen zu wollen.

Der zweite Entschließungsantrag lautet wie folgt.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den von elementarpädagogischem Personal und Eltern geforderten und längst überfälligen Kinderbildungsgipfel unter Einbeziehung sämtlicher in der Begründung genannter Stakeholder umgehend einzuberufen, im Rahmen dessen Lösungen erarbeitet werden, um eine qualitätsvolle Elementarpädagogik und attraktive Arbeitsbedingungen an den steirischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zu ermöglichen. Ich bitte um Annahme.

Zur Erklärung noch, warum wir jetzt wieder mit diesem Kinderbildungsgipfelantrag kommen. Das war, nachdem es in der Steiermark eine große Initiative gegeben hat, es wurde auch vorhin schon angesprochen, die über 10.000 Unterschriften steiermarkweit gesammelt hat – das waren hauptsächlich Pädagoginnen und Pädagogen, Betreuerinnen und Betreuer, das waren aber auch Eltern und das waren durchaus einige Bürgermeister, es waren Leute, die sich eben für die elementare Bildung interessiert haben, gesagt haben: „Da muss etwas

passieren.“ Also das war wirklich eine sehr bunt gemischte Gruppe und ich denke, alle, die sich auskennen, die schon oft Unterschriften gesammelt haben, die das schon oft gemacht haben – und glauben Sie mir, ich gehöre dazu, ich habe schon viele Unterschriften gesammelt –, die wissen: 10.000 Unterschriften, das ist eine Hürde. Und 10.000 Unterschriften steiermarkweit zu sammeln ist dieser Initiative gelungen. Was haben sie gefordert? Sie haben genau diesen Kinderbildungsgipfel gefordert, weil sie gesagt haben: „Es gehören einmal alle an einen Tisch, damit man schauen kann, wer welches Interesse hat.“ Denn wir wissen, die Interessen sind ein wenig unterschiedlich gelagert und das ist durchaus legitim. Aber wie können wir gemeinsam im Sinne der Kinder, der Eltern und der Beschäftigten eine qualitätsvolle Entwicklung in der elementaren Bildung weiterbringen? Diese Forderung möchte ich jetzt noch einmal erneuern, weil ich glaube, dass es durchaus jetzt auf dieser Ebene möglich wäre zu sagen, diese Gespräche, die ohnehin geführt werden müssen: Warum holen wir die nicht alle zusammen und geben ihnen damit auch diese Wertigkeit und diese Wertschätzung, die sie sich mit diesen über 10.000 Unterschriften damals auch gewünscht haben, damit sie eben auch vor Ort sagen können, was ist gut, was ist weniger gut, wo können wir mit, wo können wir nicht mit? Denn wir haben es jetzt aus den unterschiedlichen Fraktionen gehört – und da soll noch einmal einer sagen, die Opposition hier in diesem Hause wäre nicht konstruktiv. Es gibt Vorschläge, wo wir glauben, dass die gut sind oder wo wir das Empfinden haben: Das unterstreichen wir auch, das unterstützen wir. Es gibt Vorschläge, wo wir nicht mitkönnen – unterschiedlich, auch je nach Fraktion. Aber versuchen wir doch wirklich gemeinsam eine Lösung zu finden. Deshalb auch dieser Antrag und ich würde mir auch wünschen, vielleicht gelingt uns das ja auch, dass wir in diesem Hause irgendwann wieder einmal zu dem Punkt kommen, dass wir Anträge nach Inhalten abstimmen und nicht ablehnen, weil sie von gewissen Fraktionen kommen.

Zu einem Entschließungsantrag, ich weiß jetzt nicht mehr zu welchem, muss eine punktuelle Abstimmung beantragen. Es ist der Entschließungsantrag mit der Einl.Zahl – ich könnte inzwischen auch noch ein Gedicht vortragen – (*LTabg. Dr. Murgg: „2481/2.“*) – 2481/2, da bitten wir um eine punktuelle Abstimmung. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ – 15.02 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Frau Klubobfrau.

Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Michaela Grubesa.

LTabg. Grubesa – SPÖ (15.02 Uhr): Vielen Dank für das Wort, geschätzter Herr Präsident! Werte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Landesrat, Hohes Haus, liebe Steirerinnen und Steirer!

Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle nicht nur beim elementarpädagogischen Personal da draußen bedanken, wo wahrscheinlich viele hinter den Bildschirmen sitzen und wieder einmal eine Sondersitzung verfolgen, die auch gerne in der Zeitung lesen, dass wir Verbesserungsmöglichkeiten in der Steiermark geschaffen haben, sondern vor allem auch bei unserem frisch- oder nicht mehr ganz frischgebackenen Bildungslandesrat, bei unserem zuständigen Landesrat Werner Amon, und auch beim heute leider aus Krankheitsgründen nicht anwesenden Finanzlandesrat Toni Lang. Ich glaube, es ist auch politisch keine Selbstverständlichkeit, dass man in wenigen Wochen über die Sommermonate ein erstes, aber ich finde fundiertes, sehr gutes Paket für Verbesserungsmaßnahmen im gesamten elementarpädagogischen Bereich verhandelt, vereinbart und zum Schluss auch dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegt. Ich glaube, das ist ein Fleiß, der belohnt gehört, und wo sich auch die beiden Regierungsmitglieder und alle, die im Hintergrund so fleißig daran gearbeitet haben in den Sommermonaten, in den letzten Wochen, einen riesengroßen Applaus verdient haben. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich bedanke mich wie immer auch für die Möglichkeit das Thema wiederum in diesem Haus diskutieren zu dürfen, auch wenn das Zustandekommen des heutigen Sonderlandtages doch bemerkenswert ist, wofür man sich nicht alles politisch hergibt, liebe Kollegen von den NEOS. Trotzdem schön, dass wir mannigfaltig die gesamte Breite des Maßnahmenpaketes auch der Öffentlichkeit wiederum präsentieren dürfen als Regierung, dass wir uns auch Kritik anhören dürfen. Nicht nur in diesem Haus, sondern auch von Elementarpädagog_innen, Betreuer_innen, die uns ganz oft geschrieben haben – mir persönlich vielleicht nicht insgesamt 150 Mal, aber doch sehr oft. Wir sind immer noch in regem Austausch. Aber ich glaube, wir sind heute wieder da um Inhalte zu diskutieren und Entschließungsanträge, die Dringlichen Anfragen heute hier zu debattieren.

Ich möchte vielleicht bei den Freiheitlichen beginnen. Ich bin sehr erstaunt über den Entschließer namens „Elementarpädagogik in der Krise usw.“, Herr Kollege Hermann. Ich habe diesen selbstverständlich genau studiert und ich glaube, dass er nicht textlich, jedoch

inhaltlich und vom Aufbau her schon ein bisschen seinesgleichen sucht. Mit Verlaub, der Entschließer an sich wirkt ein bisschen so, als hätten sich da vier, fünf Abgeordnete oder Referenten und Abgeordnete zusammengesetzt, jeder einen Absatz geschrieben, aber nicht gelesen, was der davor geschrieben hat. Das wurde dann zusammengewürfelt und am Ende des Textes weiß man eigentlich gar nicht, was die Freiheitlichen fordern. Auf der einen Seite schmeißen Sie sich, wie immer, öffentlich auf die Seite des Personals, auf der anderen Seite werden die Eltern wiederum verteidigt und ganz zum Schluss sagt man dann: „Bei mir daheim in der Gemeinde, da zahlen wir den Eltern, die zuhause bleiben, hundert Euro dafür“, die sogenannte Herd-Prämie, die du ja schon erwähnt hast, Herr Kollege Hermann, die wir nicht unterstützen. Wir finden sowohl institutionelle Betreuung gut als auch familieninterne Betreuung. Das müssen Sie mir übrigens noch erklären, was Sie mit „familieninterner Betreuung“ meinen. Weil ich für mich als steirische Frau und zweifache Mutter, die ihre Kinder in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen hatte oder hat, etwas gefrotzelt. Weil, ist es keine familieninterne Betreuung, wenn mein Kind in eine Krippe oder einen Kindergarten geht, wenn ich als Mutter dann zuhause dem Kind die Jause mache, wenn ich es wasche, wenn ich es tröste, wenn ich es pflege, wenn es die Großeltern vielleicht in seiner Entwicklung unterstützen? Ich glaube, es ist nicht in Ordnung, wie Sie das formulieren. Ich bitte, das noch einmal zu überdenken und möchte im Übrigen an dieser Stelle auch noch einmal festhalten, dass wir schon als gesetzgebende Körperschaft einen Fokus daraufsetzen müssen, dass wir Plätze in den institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen schaffen. Weil, die elegantere Antwort hat, glaube ich, Herr Landesrat gegeben und er hat sich dadurch sehr viele Nerven gespart. Es ist eine familien- und gesellschaftspolitische Frage, ob man unterstützt, dass vormerklich Frauen zuhause bleiben oder ob wir schauen als politische Vertreterinnen und Vertreter, dass die Kinder adäquate Kinder- und Betreuungsplätze bekommen. Denn es ist nett, Herr Kollege, dass sie den Familien und den Eltern, die dann zuhause bleiben, im Monat einen Hunderter zustecken, damit sie finanziell besser über die Runden kommen. Wissen Sie, den Frauen bringt das auf dem Pensionskonto überhaupt nichts. Da wehre ich mich als Politikerin der Sozialdemokratie, als Frau in der Steiermark entschieden dagegen. Wenn ich zweieinhalb Jahre zuhause sitzen und die darauffolgenden Jahre, bis das Kind endlich einmal ins verpflichtende Kindergartenjahr einsteigen darf und dafür zusätzlich hundert Euro kassiere, dann ist das eine nette Geste der Gemeinde als Wertschätzung, aber sicher nicht das, was ich politisch in diesem Land

gesellschaftspolitisch möchte, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Weil Sie mir auch vorgeworfen haben, es kommt in meiner Welt wahrscheinlich nicht vor, dass ich Eltern kenne oder mich mit Eltern unterhalte, die vielleicht zuhause betreuen möchten. Ja selbstverständlich kommt das vor. Nur, wissen Sie, mit welchen Menschen ich mich unterhalte? Mit Eltern, die sich das nicht leisten können, sehr verehrter Herr Kollege. Natürlich würden Mütter und Väter in diesem Land gerne viel mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen – nicht nur mit den jüngeren, auch mit den älteren – und anderen Familienmitgliedern. Aber dann gibt es solche Modelle, wie beispielsweise die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, wo ihr dann alle sagt: „Oh mein Gott, da wird die ganze Wirtschaft zusammenbrechen“, die das vielleicht unterstützen würden. Aber das, was Sie hier vorbringen, ist ganz bestimmt nicht der Weg und ganz bestimmt nicht das, was ich unterstütze, sehr geehrter Herr Kollege.

Dann haben Sie gesagt – Sie haben mich ja zitiert, falsch zitiert, ich habe natürlich vor einiger Zeit gesagt und Sie wissen genau, das war eine völlig andere Debatte: „Dieses Anstellungserfordernisgesetz weigere ich mich zu verlängern!“ Und wenn Sie es genau studiert haben, dann haben Sie wahrscheinlich auch bemerkt, dass wir dieses Anstellungserfordernisgesetz auch nicht verlängern. Wir haben wesentlich strengere Maßnahmen beschlossen, wir haben darum ein Paket geschnürt, das hat der Landesrat betont, das Herr Vizelandeshauptmann auch betont, das natürlich nicht für immer gelten soll. Aber eines, das wir brauchen.

Weil auch Kollegin Klimt-Weithaler etwas dazu gesagt hat, du wirst dem im nächsten Landtag nicht zustimmen. Dann wünsche ich mir, dass vielleicht die Kommunistische Partei so mutig ist, stellt einen Antrag zusammen, beschließen wir das im nächsten Landtag, wir wollen den Dispens abschaffen. Dann wäre ich aber gespannt, wie viele Leute in diesem Haus aufzeigen würden, weil ich habe heute von sämtlichen politischen Couleurs schon gehört: „Wir müssen das leider fortführen.“ Verstehe mich nicht falsch *(KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Ich tue nicht mit. Das habe ich vor zwei Jahren auch schon gesagt.“)*, ich bin auch nicht dafür, dass wir Personal einsetzen müssen, das nicht adäquat pädagogisch ausgebildet ist. Wir sind auch nicht dafür, dass Kinder nicht adäquat betreut werden. Aber wenn wir etwas beschließen müssen, um das zu verhindern, was gerade in Graz passiert und wenn wir auch die Eltern – und ich finde, das geht in der Debatte immer unter, das habe ich einige Male schon gesagt – unterstützen müssen, dann müssen wir auch Möglichkeiten finden, wie wir als

Koalition, als Regierung ein Gesetz vorlegen können, das allen dienlich ist und das hoffentlich auch irgendwann auslaufen wird, sehr verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zum Swatek, er hat sich auch zum Dispens geäußert, möchte ich gerne sagen: Ich habe heute irgendwo in der Zeitung gelesen oder war es gestern, dass Sie die politische Themenführerschaft hier übernommen haben. Das möchte ich, ehrlich gesagt, nicht hoffen. Denn dort, wo Sie die politische Themenführerschaft als NEOS haben, nämlich in den Bundesländern Wien und Salzburg – in den Bildungsressorts, ja, dreimal dürfen Sie raten: Da gibt es den Dispens, das Anstellungserfordernisgesetz – es heißt nicht überall gleich, aber ist eigentlich dasselbe in Gelb, in exakt der gleichen Form, nur unbefristet, Herr Kollege Swatek. Wieso sind Sie da in der Steiermark plötzlich anderer Meinung? Damit Sie einen Sonderlandtag einberufen können, herzliche Gratulation. Ich möchte Herrn Landesrat noch einmal beipflichten und ihn in seiner Aussage unterstützen, dass Sie hier nicht das tun, was Sie glauben, nämlich gegen die Regierung, gegen die beiden etablierten politischen Parteien in der Steiermark zu arbeiten. Sie, Herr Kollege Swatek, arbeiten gegen die Steiermark, arbeiten gegen die ganzen Frauen und Männer in Ausbildung, die sich im elementarpädagogischen Bereich engagieren wollen. Sie arbeiten gegen bestehendes Personal. Weil, wenn ich beispielsweise als junge Hartbergerin kurz vor Abschluss jeden zweiten Tag in der Zeitung lesen muss: „Im Burgenland ist alles besser, da werde ich besser bezahlt, die Arbeitsbedingungen sind in jedem anderen Bundesland besser“ – was im Übrigen nicht stimmt –, als in der Steiermark, dann denke ich mir auch: „Hopp, auf nach Oberpullendorf oder sonst irgendwohin!“ Sie sind in diesem Land, Herr Kollege, überhaupt keine Unterstützung. Sie haben schlecht recherchiert, Sie haben Ihre Anträge schlecht formuliert und vor allem argumentieren Sie politisch verwerflich. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

In den wenigen Sekunden, die mir noch bleiben – Claudia ist jetzt leider rausgegangen –, möchte ich mich dafür bedanken, dass sie der Sozialdemokratie ein Lob ausgesprochen hat. Bruno Kreisky war ein toller Mann, wir wissen auch, wo sozialdemokratisch regiert wird, passieren sehr, sehr gute Sachen. Aber ich habe den Eindruck, wenn man eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn noch irgendeinen Dringlichen Antrag an den Landesrat formuliert, dann ist einem eigentlich zu unserem Maßnahmenpaket nicht sehr viel eingefallen. Diesen Eindruck hatte ich auch in der Debatte. Und wenn man dann sagt, es muss nachträglich noch etwas finanziert werden, dann finde ich das auch recht inhaltlos und freue mich, ehrlich

gesagt, darüber, dass die KPÖ hier auch die Arbeit der Regierung wertschätzt. Glück auf.
(*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.12 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist Herr Klubobmann Nikolaus Swatek.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (15.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Steirerinnen und Steirer, werte Abgeordnete, werter Herr Bildungslandesrat!

Da habe ich, glaube ich, gerade den besten Zeitpunkt bekommen, um hier ans Wort gehen zu dürfen, denn vier Dinge, die die Abgeordnete vor mir, Michaela Grubesa von der SPÖ, hier allen Parteien an den Kopf geworfen hat, sind doch etwas verwundernswert. Ich möchte mit einem Punkt betonen hat und das ist die Tatsache, wann man denn in der Landesregierung mit dem Arbeiten beginnt, weil ich glaube persönlich nicht die Argumente, die Sie jetzt sagen, das kann ich mir gar nicht vorstellen. Denn wir haben hier im Landtag vor 758 Tagen – ich habe es gerade nachgesehen – den Dispens beschlossen. Seitdem gab es, ich glaube sechs Dringliche Anfragen, in welchen immer wieder thematisiert wurde: Was machen wir, um die Arbeitssituation vor Ort zu verbessern? Wie geben wir den Pädagog_innen und Betreuer_innen mehr Wertschätzung, damit der Dispens nicht verlängert werden muss? Dann hören wir heute hier von Ihnen, Herr Landesrat – und mir ist es verständlich, Sie sind erst seit wenigen Wochen da –, aber auch von der Bildungssprecherin der SPÖ, dass man erst diesen Sommer damit begonnen hat ein Maßnahmenbündel zu schnüren. Das ist für mich doch ein großes Rätsel, wie das sein kann. Da frage ich mich: Was hat man denn die letzten zwei Jahre, was hat man die letzten eineinhalb Jahre vor diesem Sommer gemacht? Warum hat man die Probleme nicht ernst genommen? Warum hat man weggesehen? Warum gab es scheinbar auch keinen Auftrag an die Abteilungen Dinge in den letzten zwei Jahren vorzubereiten? Weil, ich glaube Ihnen schon, dass Sie hier kein Husch-Pfusch-Gesetz durchjagen wollen, Herr Landesrat. Aber was hat Ihre Vorgängerin gemacht? In Ihrer Regierungsvereinbarung, der Agenda-Weiß-Grün, da steht ganz klar drinnen, dass die Sozialstaffel auch für die Kinderkrippen eingeführt werden soll. (*KO LTAbg. Schwarz: „Was tun wir gerade?“*) Wenn das da drinnen steht, dann hätte man in den letzten zweieinhalb Jahren dafür den Arbeitsauftrag geben können. Jetzt erzählen Sie uns, dass Sie erst den Arbeitsauftrag gegeben haben. Das heißt also, die letzten zweieinhalb Jahre davor gab es diesen Auftrag scheinbar nicht, sonst müssten wir nicht bei null anfangen.

Thema Dispens – Salzburg, Wien: Ja, stolz darauf, in Wien den Bildungslandesrat stellen zu können – das erste Mal haben wir dort über eine Milliarde Euro investiert. Sie wissen, auch die Assistenzkräfte vor Ort sind erst kürzlich erhöht worden. Sie wissen auch, dass die Vollzeitstellen dort bei 66 % sind und Sie wissen auch, dass es dort keine „Schnellsiederkurse“ gibt.

Ein Thema noch, das ich sehr interessant finde, ist, dass wir hier sehr stark über den Raum Graz sprechen. Ja, das ist verständlich. Denn, wenn man sich die Situation anschaut – ich selbst habe eine Freundin, die mir erklärt hat, dass sie selber verzweifelt versucht, im Raum Graz einen Kinderbildungs- und -betreuungsplatz zu bekommen, weil in ihrer Gemeinde einfach kein Platz mehr frei war. Sie pendelt jeden Tag nach Graz und damit kann sie auch hier um einen Bildungs- und Betreuungsplatz ansuchen und daher verstärkt sich die Situation im Raum Graz noch stärker, wenn im ländlichen Raum auch der Ausbau in dieser Form noch nicht dort ist, wo er sein sollte. Da muss man in Zukunft einfach auch noch mehr investieren. Und ja, der Personalmangel betrifft jetzt nicht nur den Raum Graz. Wenn wir uns z.B. einen Zeitungsartikel in der Kleinen Zeitung von vorgestern anschauen – Kapfenberg: Kapfenberg stellt neben Pädagog_innen und Betreuer_innen auch Reinigungskräfte in den Betreuungseinrichtungen zur Hilfe an. Das kann nicht unser Ziel sein, dass Reinigungskräfte, egal, welche Aufgaben sie dort tätigen, in den Betreuungseinrichtungen bei der Bildung und Betreuung dabei sind, wenn es qualifiziertes Personal gibt oder geben sollte. Da muss man einfach schauen, dass wir an der Front stärker werden. Der Schlüssel dazu ist Anerkennung, ist Wertschätzung – das haben wir schon oft gehört. Wir haben auch schon gehört: „Ja, es sind auch gute Dinge im Paket dabei“, das sagen wir auch ganz klipp und klar. Aber, ja, wir müssen auch schauen, dass wir bei vielen Dingen besser werden und das ist die Bezahlung. Man kann jetzt natürlich sagen: „Ah, die Bezahlung, das sind nur öffentlichen Träger“, was ich erwähnt habe. Aber die öffentlichen Träger stellen 68 % der Träger in der Steiermark dar – auch Kindertagesheimstatistik 2021/22, 68 Prozent. Das sind keine fiktiven Zahlen, dass wir hier in den öffentlichen Trägern die niedrigsten Gehälter österreichweit zahlen, sondern schauen Sie sich die Ausschreibungen an, die derzeit online sind. Schauen Sie sich die an. Ich habe nur „Gemeinde, Elementarpädagogin, Job“ eingegeben und die ersten sechs Treffer waren – was haben wir da? Bruck/Mur: 2.096,30 Euro und sie suchen eine 16 Stunden-Kraft. Dann haben wir hier Gratkorn, die suchen eine Vollzeit- oder Teilzeitkraft, 2.096,30 Euro, genau die Zahl, die wir gesagt haben. Dann haben wir hier noch Lieboch, suchen gerade eine 20-Stundenkraft für 2.096,30. Das sind die Zahlen, über die auch die Medien berichten.

2.096 Euro und 30 Cent bei den öffentlichen Trägern und die Zahl ist insofern relevant für uns hier, weil wir hier auch eine direkte Kompetenz hätten. Es ist am Schluss ein Landesgesetz, worin das steht. Ja, darüber hinaus beim öffentlichen Träger sind es, glaube ich, 2.470 und die Stadt Graz zahlt 2.340, wenn ich es gerade recht im Kopf habe, dann sehen wir, dass andere Bundesländer schon Pläne schmieden, wie man auch die Gehälter abseits des Bundes in den privaten Trägern erhöhen kann. Es wird nicht gehen ohne höhere Gehälter, ohne mehr Anerkennung und Wertschätzung und besseren Rahmenbedingungen – und das Thema mit kleineren Gruppengrößen, das haben wir ja schon ewig und lange.

Ja, Bürokratie ist ein großes Thema. Ich bin froh, dass Sie als Landesrat das Thema auch erkannt und zugehört haben, und dass Sie auch was machen wollen. Da sage ich, ich erwarte mir, hoffentlich – wie viele Pädagoginnen und Betreuerinnen – große Schritte. Denn Digitalisierung und Kindergarten ist noch weiter Weg. Sehr viel wird auf Zettel mitgeschrieben, selbst dort, wo man digitale Dinge macht, werden sie am Schluss trotzdem wieder auf Zettel niedergeschrieben, Kühlschrank messen dreimal Tag, wie Sie gesagt haben. Mir ist lieber, dass sich Personen, die im Kindergarten arbeiten, den Kindern annehmen können, die Talente der Kinder entfalten können. Denn es ist einer der wichtigsten Berufe, wenn nicht sogar der wichtigste Beruf unserer Gesellschaft und deswegen sollten diese Menschen auch die Zeit haben sich wirklich voll und ganz unserer Kinder annehmen zu können.

Ein wichtiges Thema habe ich noch, das ist die Transparenz der Wartelisten und der Absagen. Da bin ich auch sehr froh, dass Sie das Thema jetzt von sich aus schon angesprochen haben. Wie viele Leute sind in der Steiermark derzeit auf einer Warteliste? Wie viele haben vielleicht schon eine Absage erhalten? Denn, wenn man Ihnen genau zuhört, dann versprechen Sie all jenen Eltern, die derzeit Vollzeit arbeiten, dass Sie sich darum kümmern werden, einen Platz in den Krippen und Kindergärten zu bekommen. Aber bei den Personen, die derzeit in Teilzeit tätig sind, da wird es schwer mit dem aktuellen Punktesystem und das sind noch viele, die auch bereits Absagen bekommen haben. Daher braucht es steiermarkweit eine Transparenz der Warteliste und der Absagen – egal, ob öffentlicher Träger, ob privater Träger. Denn nur, wenn wir wissen, wie viele Familien keinen Platz finden, wissen wir auch, wie stark wir beim Ausbau investieren müssen. Sonst würde man blind ausbauen. Aber wichtig ist zu wissen: Wo gibt es die Plätze nicht? Vielleicht ist es irgendwo in Graz-Umgebung, deswegen strömen mehr Personen nach Graz, wie bei einer Freundin von mir. Denn nur dann weiß ich auch, dass ich vor Ort richtig ausbaue und das Geld auch gut investiert. Ja, Sie haben es schon

angesprochen, 115 Initiativen mit Vorschlägen wurden hier vor dieser Sitzung in den Landtag eingebracht. Da war viel dabei und die sind bis jetzt alle abgelehnt worden. Trotzdem ist die Opposition heute so motiviert und stellt wieder neue Anträge – wir werden auch drei neue Anträge einbringen. Ich kann Ihnen auch schon eines ankündigen: Wir werden bei der kommenden Sitzung am Dienstag, wenn der Dispens hier ohne zeitliche Einschränkung beschlossen werden soll, einen Abänderungsantrag einbringen, dass es hier auch eine zeitliche Befristung gibt. Denn das war ein ursprüngliches Versprechen dieser Landesregierung, dass er nicht verlängert wird. Jetzt wird er verlängert. Ja, dann, bitte keine KO-Erklärung der Landesregierung, dass auf unendlich verlängert wird, sondern da muss es eine Sunset-Clause drinnen geben.

Ich möchte zu meinen drei Anträgen kommen – Personalnotstand in elementarer Bildung durch bessere Bezahlung beheben. Ich beginne mit dem Antrag 2482/3.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenfinanzierungspaket vorzulegen, welches eine bessere Entlohnung innerhalb der elementaren Bildungseinrichtungen sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Trägern garantiert.

Dann möchte ich noch die 2482/4 einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den Gemeinden und privaten Trägern eine steiermarkweite Übersicht über die Wartelisten, Plätze und Absagen in den Kinderkrippen und Kindergärten zu schaffen und dies auf einer Homepage zu veröffentlichen.

Dann 2482/2:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend der Antragseinbringung ein Sofortmaßnahmenpaket zur Sicherung der Elementarpädagogik in der Steiermark vorzulegen.

Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 15.23 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Mag. Stefan Hermann.

LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (15.23 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Ja, eine schon sehr lange Debatte. Vieles ist gesagt, viele Aspekte wurden beleuchtet. Ich glaube, es ist gut und wichtig, dass wir diesem Thema diesen Raum auch einräumen und diese Debatte auch führen. Es wurde vorher von der Abgeordneten Grubesa ins Treffen geführt, es ist spannend, wofür sich die NEOS hergeben und für welches politische Spiel sich die NEOS hergeben und diese Sondersitzung ermöglichen. Ich glaube, beide Debatten haben gezeigt, dass es sehr wohl notwendig war diese Sondersitzung abzuhalten. Wenn sich bei der Asyldebatte die Sozialdemokratie etwas mehr eingebracht hätte, hättet ihr vielleicht auch etwas davon gehabt. Einer hat es getan, nämlich Abgeordneter Hofer, der ein hervorragendes Statement abgegeben hat und sich für die Bevölkerung in seiner Region stark gemacht hat. So viel dazu, wofür sich die SPÖ hergibt. *(KO LTabg. Schwarz: „Was willst du jetzt mehr?“)* Aber was heute noch nicht angesprochen wurde, das möchte ich auch in einem Halbsatz erwähnen: Es ist auch die Rolle der Träger – es ist die Rolle von WIKI, die Rolle von GIB, die natürlich auch in dem ganzen „Werk“ eine Verantwortung haben. Was man jetzt erlebt, wenn man mit Pädagoginnen und Pädagogen redet, wenn man sich Stellenbeschreibungen anschaut, dann passiert da ein munteres Abwerben, wo Betreuer der Stadt Graz von WIKI z.B. angerufen werden, wo gesagt wird: „Kommst zu uns, bei uns bekommst einen Hunderter mehr“ oder so, was ja ein guter Wettbewerb ist. Es zeigt aber auf – da komme ich zu den Anträgen, die ich noch einbringen werde –, dass ein einheitliches Gehaltsschema mehr als notwendig ist. Bei der Beantwortung der Fragen ist mir auch aufgefallen, dass vieles nicht beantwortet wurde, weil die Zahlen- und Datenerhebung im Verantwortungsbereich der Träger liegt. Ich glaube bei einem so wichtigen Themenkomplex, der hochkomplex ist mit diesen Verstrickungen, ist es notwendig, dass die Entscheidungsträger – und das sind nun einmal wir – auch eine vernünftige Datenlage haben. Eine Datenbank, wo alles zusammengeführt wird, ich glaube, das wäre ein wichtiger Schritt.

Frau Kollegin Klimt-Weithaler hat davon gesprochen, der Idealfall wäre diese ganztägige Kinderkrippe mit Pädagogen. Meiner Meinung nach ist es ein gemischter Weg, der da der richtige ist, der leistbar und finanzierbar ist, nämlich am Vormittag Pädagogen und am Nachmittag eine Betreuung sicherzustellen – wie es übrigens auch in der Schule ist. Wenn mein Kind am Vormittag in der Volksschule ist und am Nachmittag im Hort, hat es am Vormittag die Pädagogen als Lehrer und am Nachmittag die Betreuung, was, abgesehen vom Finanziellen her, meiner Meinung nach ein familien- und gesellschaftspolitisches Signal ist, das nicht zu verachten ist.

Das Beste kommt zum Schluss, das ist Kollegin Grubesa. Da sind mir ein paar Sachen aufgefallen, die ich so eigentlich nicht stehen lassen kann und die ich schon noch einmal zum Nachdenken wiederholen möchte. Du hast gesagt, wenn ich in Feldkirchen hundert Euro dafür bekomme, dass ich zuhause sitze – also, das ist ein starkes Stück. Jeder, der Kinder hat und selbst Mutter oder Vater ist und zuhause ist, also viel zuhause sitzen, wird eine Mutter, die sich dazu entscheidet, die familieninterne Kinderbetreuung, das will ich auch aufklären. Wenn ich mein Kind am Vormittag, meinen zweijährigen Sohnemann, zuhause betreue und erziehe, dann ist es familienintern. Wenn ich ihn in eine Krippe gebe, ist es familienextern. Wenn ich ihm das Butterbrot vorher schmiere, ist das eine Tätigkeit, die familienintern passiert. Wenn meine Oma am Abend auf den Buben schaut oder einen Tag in der Woche, dann ist das auch familienintern. Ich glaube, so kompliziert ist es nicht, wenn man sich damit beschäftigt und auch ernsthaft versucht die Dinge zu verstehen. Du hast auch unseren Antrag – ein Maßnahmenpaket, wo vier, fünf Punkte enthalten sind, einer findet sich übrigens auch in eurem Visionspapier „Elementare Bildung“, was das Gehalt angeht. Das ist nicht irgendwas Zusammenkopiertes, das sind durchaus Forderungen, die ergänzend zum Maßnahmenpaket vielleicht anzudenken sind. Aber was das Visionspapier angeht und die Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie in dieser Frage, da würde ich schon vorsichtig sein, Frau Abgeordnete Grubesa. Ich habe auch dein Zitat noch einmal herausgesucht, wo du eben in der 23. Sitzung des Landtages am 19. Oktober gesagt hast: „So lange ich Bildungssprecherin der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Haus sein darf, wird es eine Verlängerung dieses Gesetzes nicht geben.“ So, dieses Gesetz, jetzt ist es ein anderes Gesetz, aber es steht das Gleiche drinnen, also ja, man kann sich alles so drehen, wie man will. Es hat auch einen Zeitungsartikel von dir in der Kleinen Zeitung gegeben, darauf will ich gar nicht hinaus. Es gibt ein Visionspapier „Elementare Bildung“, das ihr präsentiert habt, auch die Kleine Zeitung medienwirksam darüber berichtet hat. Dann haben wir – ich glaube, KPÖ und wir gemeinsam oder alle Oppositionsparteien, Frau Abgeordnete Köck war auch dabei – das dann beantragt und es wurde abgelehnt. Mir ist da so ein Wort im Ohr geblieben, ich habe leider das wortwörtliche Zitat nicht gefunden, aber ein Altlandeshauptmann, nämlich Franz Voves, hat einmal uns Freiheitlichen ausgerichtet: „In Finanzfragen soll die Freiheitliche Partei am besten hundert Jahre lang“ – Herr Präsident, ich weiß nicht, darf man Gosch‘n sagen, wenn es ein Zitat ist? – „die Gosch‘n halten“, ja. So etwas Ähnliches würde ich auch, was die elementare Bildung angeht, in Richtung Sozialdemokratie ausrichten. Die Sozialstaffel finde ich grundsätzlich gut, im Sinne der Wahlfreiheit sehr zu begrüßen. Wenn das dann dort

vorliegt, werden wir uns inhaltlich entsprechend damit auseinandersetzen zur Familienförderung in Feldkirchen. Vielleicht redest einmal mit der Sozialdemokratie vor Ort, die das mitgetragen hat. Es ist kein Geldgeschenk (*LTabg.Grubesa*: „*Das hast du schon zehn Mal erzählt.*“) – ja, aber du behauptest zehnmal es ist eine Herd-Prämie. Offensichtlich verstehst du es nicht oder willst es nicht verstehen. Aber es gibt sicher auch interessierte Zuhörer, die das aufgeklärt wissen wollen. Wie gesagt, 71 Familien nehmen das in Anspruch. Das sind solche, die zuhause sitzen und dann dafür ein Geldgeschenk bekommen in deiner Welt. Ich weiß, dass es anders ist und bin stolz darauf, dass das umgesetzt wurde und auch auf anderen Ebenen (*Beifall bei der FPÖ*).

Abgeordnete Köck hat in ihrer Wortmeldung zu Recht angesprochen, dass diese 15.000 Euro Prämie, wie wir es schon mehrfach heute diskutiert haben, ein bisschen zu einer Spaltung in der Belegschaft führen, was die Pädagoginnen/Pädagogen die Betreuerinnen/Betreuer angeht. Wir als Freiheitliche sind der Meinung, dass ein 15. Gehalt pauschal auszuzahlen, der falsche Wege ist, weil ich glaube, dass es nicht erstens einmal schwer administrierbar und nicht möglich ist und man auch Tür und Tor öffnen würde für andere Berufsgruppen, die es auch verdient hätten. Aber wir sind dafür, dass man diesen Menschen und Personen, die dieses System in der letzten Zeit am Leben gehalten haben, auch eine entsprechende Wertschätzung in Form eines Bonus zur Auszahlung bringt.

Ich darf daher folgenden Antrag einbringen unter dem Titel „Bonifikation für bestehendes elementarpädagogisches Personal“.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, neben der präsentierten Prämie für Berufseinsteiger bzw. Wiedereinsteiger auch eine finanzielle Vergütung für bereits länger im Dienst stehende Pädagogen und Assistenzkräfte auf den Weg zu bringen, um mit diesem Bonus auch dem bestehenden elementarpädagogischen Personal entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen.

Ich darf dann noch einen weiteren Antrag mit dem Titel „Elementarpädagogik in der Krise. Es braucht rasch wirksame Maßnahmen, um die Kinderbetreuungsplätze zu sichern“ einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, aufgrund des akuten Mangels an elementarpädagogischem Personal

1. in Ganztageseinrichtungen den Einsatz von Pädagogen ausschließlich vormittags und von Betreuern insbesondere nachmittags als zumindest befristeten Lösungsansatz zu prüfen,

2. das Modell der familieninternen Kinderbetreuung als Unterstützung für Eltern einerseits und als Entlastung der bestehenden Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen andererseits zu forcieren und entsprechenden Förderungsmodellen, angelehnt an das Feldkirchner Modell, zu etablieren
3. künftig auch alternative Betreuungsformen wie etwa das Modell der Tageseltern durch attraktive Rahmenbedingungen voranzutreiben
4. erforderliche Schritte zu unternehmen, um eine finanzielle Attraktivierung und Angleichung der unterschiedlichen Gehaltsschemen des elementarpädagogischen Personals zu erreichen sowie
5. mehr finanzielle Mittel für die Erhalter bzw. Gemeinden für den Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowie für den Personalaufwand zur Verfügung zu stellen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 15.31 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter.

Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Detlef Eisel-Eiselsberg. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (15.32 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Swatek hat heute bei seiner ersten Wortmeldung gesagt – ich hoffe, ich habe das jetzt richtig im Ohr –, dass wir schon neun Dringliche und 115 Initiativen zum Thema „Elementare Bildung“ hier im Haus diskutiert haben. Heute kommen drei weitere dazu, drei Dringliche, die wir behandeln und wenn ich richtig gezählt habe, neun Entschließungsanträge. Und wenn ich so die Zeit repliziere, seit wir uns mit diesem wichtigen Thema hier in diesem Hause intensiv auseinandersetzen – heute auch bereits schon über dreieinhalb Stunden, dann hat sich für mich persönlich relativ bald herauskristallisiert, dass wir überwiegend vergleichbare Ziele verfolgen, viele, viele Punkte entdeckt haben, wo wir einer Meinung sind. Nicht bei allen Forderungen sind wir einer Meinung, das ist natürlich richtig, aber bei sehr, sehr vielen. Wie wir das letzte Mal oder vorletztes Mal hier im Haus dieses Thema wieder diskutiert haben, glaube ich, habe ich immer wieder gesagt, was die damals zuständige Frau Landesrätin Bogner-Strauß vorhatte, dass im zweiten Halbjahr dieses Jahres ein

Maßnahmenbündel vorgelegt wird, das man dann Schritt für Schritt umsetzen möchte, wenn man es zuvor in diesem Haus oder gegebenenfalls im Unterausschuss diskutiert hat. Jetzt liegt dieses Maßnahmenbündel vor. Kollegin Grubesa hat es aus meiner Sicht richtigerweise als ein sehr, sehr gutes Maßnahmenbündel bezeichnet. Es sind tatsächlich Maßnahmen enthalten, die hoffen lassen, dass sich die angespannte Situation im Bereich der elementaren Bildung verbessert. Und ich wiederhole ganz kurz: Die Prämie für Einsteiger, Wiedereinsteiger um 15.000 Euro wird diametral diskutiert und nicht von allen begrüßt. Aber ich habe die Aussage vom Landesrat in seiner Beantwortung im Ohr, ein Anruf eines Trägers: „Mit dieser Prämie haben Sie uns gerettet!“ Dann kann es nicht so falsch sein.

Die Höherqualifizierung von Betreuerinnen und Betreuern zur Elementarpädagogin oder zum -pädagogen, das ist doch eine tolle Sache. Die Einführung der sozialen Staffel für Kinderkrippen, tolle Sache, auch unwidersprochen. Ich denke die Argumente des Herrn Landesrates, warum das erst in einem Jahr in etwa – also mit dem nächsten Betreuungsjahr – in Kraft treten kann, ist nachvollziehbar und auch richtig.

Die Verringerung der Kinderzahlen, Reduktion der Kinder in den Gruppen, die Frage von Kollege Hermann. Naja, da muss man auch die Gemeinden unterstützen, weil man braucht ja zusätzliche Infrastruktur, keine Frage. Da wird es auch seitens des Landes natürlich Unterstützung geben. Wie sollte es sonst gehen? Es muss uns aber auch klar sein, dass wir mit neuen Gruppen und einer Reduzierung der Kinderhöchstzahl auch wiederum neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen werden. Die personelle Überschneidung zur Mittagszeit – großartig, dass das funktioniert und funktionieren wird. Das entlastet natürlich die Pädagog_innen und hat einen pädagogischen Mehrwert insbesondere fürs Kind. Die von Herrn Landesrat angesprochene Evaluierung von administrativen Vorgaben und der Fachaufsichtsbesuche – ja, ein fast amüsanter Beispiel hat er genannt. Ich denke, da schlummern ganz, ganz viele Maßnahmen, die das Leben aller Beteiligten hier leichter machen können und ich bin sicher, dass unser Herr Landesrat diese Maßnahmen identifizieren wird können und Verbesserungen einleiten wird können. Jetzt haben wir so ein Maßnahmenbündel wie angekündigt. „Wenig überraschend“, sagen die einen, „Viel zu wenig“, die anderen, „Ja, vielleicht nicht zu wenig, aber viel zu spät“, und Dritte sagen dann: „Ja, ist ja auch nichts Neues“. Also, dass man ganz was Neues erfindet, ist, glaube ich, nach so vielen Diskussionen, wo wir einen Konsens der Maßnahmen haben, nicht notwendig. Aber ich denke doch, dass die eine oder andere Maßnahme, die heute hier diskutiert wird,

tatsächlich etwas Neues ist und tatsächlich Maßnahmen sind, die sehr erfolgversprechend sind.

Herr Landesrat hat auch ausgeführt, was alles passiert ist. Ich muss es einfach noch einmal sagen, weil da und dort blitzt bei den Wortmeldungen schon durch, es sei nichts passiert in den letzten Jahren und in den letzten 20 Jahren. Wenn man 637 mehr Kinderbildungs- und -betreuungsgruppen geschaffen hat, wenn fast 10.000 Kinder mehr in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sind, wenn man das Budget fast verdreifacht hat, von 49 auf 152 Millionen, und fast eine Verdoppelung beim Personal zusammengebracht hat – fast –, dann kann man nicht sagen: „Da ist nichts passiert!“ Das kann nicht einmal eine Opposition reinen Gewissens sagen. Unter all diesen Diskussionen, wo wir oft einmal über Details ringen, ist mir heute wieder eines besonders aufgefallen und ich finde das fast so etwas wie Unanständigkeit in der Politik.

Herr Landesrat hat es vor der Beantwortung einer der Dringlichen Anfragen auch angesprochen. Kollege Swatek arbeitet mit Zahlen, die keiner Überprüfung standhalten. Da werden Angaben gemacht, wie viele Kollegen/Kolleginnen in Vollzeit und in Teilzeit sind. Diese Zahlen, die er nennt, stimmen schlichtweg nicht. Er gibt Aussagen über Betreuungsquoten im Kinderkrippenbereich oder im Alter der Kinder von null bis drei Jahren, von drei bis sechs Jahren – diese Betreuungsquoten stimmen nicht. Er sagt sie hier aber trotzdem. Für mich schon fast absurd und abstrus. Er behauptet, dass die Gehälter in der Steiermark die niedrigsten sind. Mir liegt ein Papier aus seinem NEOS-Umfeld vor, wenn ich so sagen darf, das hat das Büro des Herrn Landesrat von dort bekommen, wenn ich da reinschaue, liegen wir genau in der Mitte. Wir liegen in der Entlohnung nicht an der Spitze, aber auch nicht am Schluss. Ein Papier, das ihr selbst habt und nicht das wiedergibt, was du sagst. Du behauptest auch, wegen dieser Prämie – hast du gehört – haben Leute gekündigt. *(KO LTAvg. Swatek, BSc: „Der GIP-Vorstandsvorsitzende hat das erzählt.“)* Das sind aber schon wieder solche Behauptungen, die du einfach so in den Raum stellst und die sind aus meiner Sicht nicht in Ordnung, weil sie ein Bild vermitteln, das nicht der Realität entspricht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* In Zeiten des Streamens gibt es tatsächlich Menschen, die uns hier zuschauen und die mir dann aufs Handy schreiben: „Herr Swatek versucht hier die Wahrheit zu verdrehen. Stellt das richtig!“ Ich möchte es hier an dieser Stelle machen: Es hat in Graz rund um diese Personalnot keine einzige Regelgruppe von Ganztage auf Halbtage umstellen müssen. Das hat einen anderen Grund, der von Jahresbeginn zu Jahresbeginn bereits erfolgt ist und einen völlig anderen sachlichen Hintergrund hat. Könnte ich dir gerne

dann im Nachhang erläutern. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein herzeigbares, gutes Maßnahmenbündel ist auf dem Weg. Ein guter Teil befindet sich in Umsetzung, der weitere Teil wird vorbereitet und in Folge umgesetzt. Ich denke, in diesem Sinne lässt es sich auch für die elementare Bildung hier im Haus gut weiterarbeiten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass unser Landesrat Werner Amon diesen Elan und das Engagement für diesen wichtigen Bereich beibehalten wird und wir hier gemeinsam noch viele wichtige Beschlüsse fassen werden. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.41 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Am Wort ist Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger.

LTAbg. Dirnberger – ÖVP (15.41 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren Zuhörer und Zuseher!

Anscheinend bin ich der Letzte aus der Abgeordnetenriege und ich darf im Namen – wenn sich nicht noch wer meldet – einer Institution, der Gemeinde, ein paar Worte an uns richten, die bei der Umsetzung, glaube ich, mit hauptverantwortlich ist. Da ist einer, der immer bemüht ist, möglichst alle Wünsche zu erfüllen. Wie es so schön geheißen hat: Das Land will niemanden zurücklassen. Das ist auch oberste Prämisse in unseren Kommunen, dass wir niemanden zurücklassen. Grundsätzlich aus meiner praktischen Erfahrung – und jetzt bin ich doch schon Bürgermeister seit 32 ½ Jahren – haben wir Einschreibungen meistens im März gehabt, jetzt haben wir es auf Jänner vorverlegt, damit wir dann endlich im April wissen: Wie schaut die Situation im Herbst aus? Jetzt war ich verwundert, wie das dann so richtig im August aufgepoppt ist, warum die Träger nicht schon vorher massiver aufgetreten sind. Aber das ist natürlich, das gebe ich auch zu, in Graz sicher eine etwas herausfordernde Situation. Ich bin zutiefst überzeugt, dass der Stufenplan des Landesrates sehr positiv ist, in die richtige Richtung geht, ich glaube, auch schon von der Vorgängerin teilweise vorbereitet wurde, von Frau Juliane Bogner-Strauß, und ist auch gar nicht anders handelbar. Wenn wir ad hoc die Gruppengrößen von 25 auf 20 Kinder verringern, ja, wo nehmen wir die Räumlichkeiten her? Der Platzbedarf, ich brauche zusätzliche Räumlichkeiten. In manchen Gemeinden muss man neue Standorte suchen – unabhängig vom Personal. Das einfache Credo von Kollege Swatek ist, die Teilzeit auf Vollzeit, quasi dann ist die Welt gerettet. Das ist teilbedingt richtig, manchmal wird es was bringen, in vielen Bereichen nicht. Weil das Switchen halbtags dort

und halbtags da, das ist in der Theorie sehr einfach, aber in der Praxis nicht. Ich habe eher die Wünsche der Kindergartenpädagogen/Betreuern, die Teilzeit arbeiten können, weil sie vielfach auch selbst Kinder haben und bei diesen dann auch zuhause sein wollen. Eines haben wir überhaupt nicht angesprochen: Wir müssen den Eltern erklären, dass sie beweglicher werden. Ich habe seit der Fusion zwei Standorte – einen in der Altgemeinde Söding, einen zweiten in der Altgemeinde St. Johann/Köppling. Es ist immens schwer zu überzeugen, wenn ein Platz in St. Johann/Köppling – ehemals – frei ist, dass die Södinger dort hinfahren. Da kannst sogar Kindergartenbusse anbieten u.dgl., es ist Überzeugungsarbeit notwendig. Das sind aber nur dreieinhalb Kilometer. Also eine weitere Entfernung ist schon sehr, sehr schwer, die Eltern zu überzeugen, dass sie das mittragen. Wenn es in die richtige Richtung geht, in Richtung Arbeitsplatz, ist es noch leichter – in die entgegengesetzte Richtung ist es verdammt schwer. Wenn wir die Kosten ansprechen, dann weiß ich aus Erfahrung, dass in etwa 20 % der Gesamtkosten die Eltern berappen. 30 % kommen von Land oder Bundesmittel und runde 50 plus/minus kommen von den Gemeinden. Wir sind ein ganz ein wesentlicher Träger. Ich habe mir das angeschaut: Die letzten zehn Jahre sind die Ausgaben für die Kinderbildung im Elementarbereich, weil Kinderkrippen stärker dazugekommen sind usw., um hundert Prozent gestiegen. Ich erinnere daran, letzte oder vorletzte Sitzung haben wir die Sozialhilfeverbände diskutiert. Der Rechnungshof hat im Murtal festgestellt, die Steigerung im Sozialbereich in fünf Jahren war 43 %. In diesem Zeitraum sind die Ertragsanteile, Steuereinnahmen um 18 % gestiegen. Das heißt, die Schere geht gewaltig auseinander. Wenn wir in den Kommunen das weiter erfüllen sollen, auch das Land, müssen wir zusätzlich Mittel vom Bund bekommen. Jetzt kommt Covid – Covid hat natürlich einen gewissen Stillstand verursacht, weil da immer gesagt wird, Jahre lang sei nichts passiert. Covid hat mindestens ein Jahr oder mehr Stillstand verursacht. Da haben wir gar nicht gewusst: Wie gehen wir mit der Situation um? Wie geht es weiter? Ich kann mich erinnern mit unseren Sitzungen u.dgl. – also das muss man, glaube ich, hier schon ganz besonders betonen. Wenn die Entlohnung angesprochen wird, ja, da befinden wir uns bei den Pädagog_innen im letzten Drittel – korrekt. Bei den Betreuer_innen ist es wieder nicht so. Aber nicht außer Acht lassen dürfen wir schon, dass wir bei der Vorbereitungszeit österreichweit vorbildlich sind, da sind wir die Nummer eins, und bei der Leiterfreistellung auch sehr gut unterwegs sind. Die Trägerorganisationen zahlen mehr als wir, das ist unbestritten. Da muss man, glaube ich, auch festhalten, dass die Träger selbst eigentlich nur die Arbeit im Auftrag der Kommunen erledigen. Weil im Regelfall wird der Verlust der Träger von der Kommune abgedeckt. Selbst die Diözese, die Pfarrkindergärten

hat, die tritt an die Gemeinde heran und sagt: „Liebe Gemeinde, den Verlust musst du mir aber abdecken.“ Also die Gemeinde ist da, glaube ich, ein ganz wichtiger Player. Wenn angesprochen worden ist, ob wir in Verbindung sind – ja, Herr Landesrat hat uns kontaktiert, unabhängig bin ich in Verbindung mit Willi Kolar von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, wo wir dieses Thema bereits behandelt haben. Wohl wissend, dass das Mehrkosten bedeutet. Ein ganz zentraler Faktor der jetzigen Ist-Situation ist, dass der Arbeitsmarkt leergefegt ist. Er ist leer. Wir haben zu wenige im Bildungsbereich – jüngst die Schlagzeilen, in Oberösterreich: Zu wenige Pädagoginnen und Pädagogen im Schulbereich, in der Pflege, in der Gesundheit, bei den Dienstleistern, die Gastronomie, die Gewerbliche Wirtschaft, die Industrie. Alle jammern über zu wenig Personal. Das heißt, wir saugen, wenn wir in die Richtung mehr Initiative setzen, vom anderen Bereich ab. Fact ist, die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Pension, weniger kommen nach und die Bereitschaft genau das, was heute da gefordert wird, mehr auf Vollzeit zu arbeiten, lässt bei gewissen Jugendlichen nach. Die wollen keine 40 Stunden mehr oder 38 Stunden, sondern 30 Stunden, also das darf man hier wohl nicht verschweigen.

Ich habe ganz was Interessantes gehört, glaube ich, das war Klubobmannstellvertreter Hermann, der das angesprochen hat, man sollte auch kurzfristig prüfen, ob am Nachmittag auch Pädagog_innen notwendig sind. Ja, das habe ich schon mehrmals bei den Vorgänger_innen deponiert. Beiden Vorgängern von Herrn Landesrat Amon, wo ich gemeint habe, Niederösterreich hat sehr lange oder fährt jetzt noch mit dem Modell „Vormittag Bildung – Nachmittag Betreuung“, d.h. am Nachmittag gibt es keine Pädagog_in. Wenn wir das umsetzen würden, haben wir schlagartig bei den Pädagog_innen, glaube ich, kein Problem. Wir würden mehr Betreuer_innen brauchen. Das wird – ich will der Diskussion nicht vorgreifen – sicher nicht die Zustimmung der Mehrheit des Hauses finden.

Ich darf noch einmal darauf zurückkommen, wo wir in den Kommunen die Probleme haben, weil wir ja keine großen Einheiten haben, dass es toll wäre, wenn das Land es quasi zustande bringen würde und hier einen Personalpool einrichten würde, damit wir für Krankenstandsvertretungen auf diesen zugreifen könnten. Grundsätzlich betone ich nochmals diesen Stufenplan, wobei ich feststellen muss, dass dieser Plan des Landesrates bei mir bereits ein Problem ausgelöst hat. In der GTS habe ich einen Sozialpädagogen engagiert gehabt, der ist jetzt zu einem Träger gewechselt und lässt sich jetzt zum Kindergartenpädagogen ausbilden – sehr positiv, aber was ist die Herausforderung? Uns fehlt eine Person in der GTS in einer Volksschule. Also wie gesagt, absaugen von einer Institution zur anderen.

Ich bin auch für eine sehr sachliche, praxisgerechte Diskussion. Wenn heute gefordert wird ad hoc – und das ist heute ja gar nicht gefallen, ich habe es aus den Medien vernommen –, dass die NEOS die Gruppengröße mit 15 Kinder fordern, dann muss ich sagen, das ist wirklich eine vollkommene Illusion und sicher nicht machbar – personaltechnisch, raumtechnisch, aber auch kostentechnisch nicht. Also das muss ich ganz entschieden zurückweisen.

Eines werden wir auch verstärkt (*Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Bitte zum Schluss zu kommen!“*) beachten müssen, wenn wir zur Kinderkrippe nachgehen, dass eher die einen Platz bekommen oder sicher einen Platz bekommen, die auch berufstätig sind. Bezüglich einfacher Verwaltung und mehr Flexibilität, dafür bin ich sehr zu haben, aber dann bitte auch die Haftungsfragen zu berücksichtigen. Es kommen immer mehr Herausforderungen auf die Kommunen und die handelnden Personen zu, weil wir eine Gesellschaft werden, wo rechtlich immer mehr eingefordert wird, wenn irgendeine Situation eintritt, wo ein Schaden eintritt u.dgl. In diesem Sinne Kompliment Herr Landesrat und danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.51 Uhr*)

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächster am Wort ist noch einmal der Herr Klubobmann Swatek.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (15.52 Uhr): Ja, ich wollte mich nur noch schnell zu Wort melden, um dieses – ich nenne es einmal Zahlengewirr das da herumgeht, ein wenig aus der Welt zu bringen. Ich habe es gerade mit dem Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg nebenbei diskutiert. Da gab es wohl einen Kommunikations- und Kopierfehler. Natürlich stimmen die Zahlen, was die Gehälter betrifft, 2096,30 Euro, ich habe vorhin ja auch die Stellenausschreibungen vorgelesen, die gerade aktuell auch online sind, und es ist ja laut § 4 Abs. 5 Steiermärkische Gemeinde- und Betreuungspersonalverordnung, da steht das ja so drinnen. Über die Vollzeitstellen, das ist ein Thema, glaube ich, wo man lange diskutieren kann. Fakt ist auf jeden Fall, dass ja nicht jeder Vollzeit arbeiten will und das werden wir ja auch niemals schaffen, aber wir sehen doch, dass verglichen mit anderen Bundesländern noch einiges an Luft nach oben wäre, was Vollzeitstellen betrifft. Deswegen gab es offensichtlich auch die Ankündigung, dass diese Prämie jetzt auch fürs Aufstocken auf Vollzeit ausbezahlt werden soll, wenn es nicht der Fall wäre, könnte man es sich ja sparen. Übrigens, wie viele Personen wirklich in Vollzeit im letzten Semester/Schuljahr/Kindergartenjahr gearbeitet haben, hat ja auch das Land Steiermark an die Kindertagesheimstatistik, die Statistik Austria

gemeldet, Tabelle 23, Seite 108, und da kommen wir ja auf diese über 60 %, die nicht Vollzeit arbeiten, bzw. 52 %, die unter 30 Stunden arbeiten, wenn ich die Zahlen gerade richtig im Kopf habe. Ein Thema noch, weil es auch kritisiert worden ist mit Gruppengrößen 15. Das ist nichts, was sofort passieren soll, das ist hier falsch wiedergegeben worden, sondern das ist eine Zukunftsperspektive, wo wir hinarbeiten sollen. Und woher kommt diese Zahl 15? Die kommt nicht von irgendwo her, das ist eine Zahl, die ein wenig unter dem europäischen Durchschnitt ist, aber genau dort ist, wo die OECD – Bildungsexperten der OECD, internationale Bildungsexperten – es für das richtige Verhältnis an Gruppengröße zu Betreuer_innen findet. An der Stelle sei auch angemerkt: Schweden z.B., die haben Gruppengrößen zwischen 15 und 17, aber wesentlicher Unterschied zu Österreich, mit drei Pädagog_innen – drei Pädagog_innen! Und das schwedische System, und im Norden finde ich es sehr interessant, weil da gehört der Beruf der Pädagog_in, ganz egal, ob es jetzt in der Schule, oder im Kindergarten der Fall ist, zum wichtigsten der Gesellschaft. Da streiten sich die Leute darüber, ob sie einen Studienplatz in der Medizin bekommen, oder für die Pädagogik. Und das finde ich, ist doch ein wesentlicher Unterschied zu dem, was wir hier haben, wo die Anerkennung und Wertschätzung für den Beruf der Elementarpädagog_innen, sage ich einmal, noch nicht so ausgeprägt ist, um es noch harmlos zu formulieren, und einem Land im Norden, das bereits erkannt hat wie wichtig der Beruf ist. Weil es ist einer der wichtigsten Berufe unserer Gesellschaft. Das sind die Personen, die unsere Kinder am meisten prägen, und daher glaube ich, ist es hier auch wichtig, denen die besten Rahmenbedingungen und die größtmögliche Anerkennung und Wertschätzung zu geben, und daher ja, ist es unser Ziel, wenn man irgendwann auf 20 herunter ist, kein Schluss mit den Rahmenbedingungen-Verbesserungen zu machen, sondern wirklich zu denken: „Wie kann ich die Gruppengrößen noch weiter senken? Wie komme ich auf den OECD-Schnitt? Wie komme ich auch auf den EU-Schnitt? Und wie komme ich auch dahin, Gruppengrößen von 15 zu ermöglichen?“ Denn ich bin schon der Meinung, dass wir auch eine Zukunftsperspektive im Bildungssektor brauchen, denn Bildung ist der Schlüssel zur persönlichen Entfaltung. Und ja, wir werden Bildung auch im Wettbewerb international wirtschaftlich brauchen, denn wir sind kein Billiglohnsektor, und wir werden massive Probleme bekommen, wenn nicht in Zukunft auch Innovation, Wirtschaft und Wissenschaft hier bei uns den Schwerpunkt hat. Und für innovative Ideen, da braucht es kluge Leute, und da braucht es den Kindergarten als zentrale Stelle, als erste Bildungseinrichtung. Denn auch eine interessante Zahl: Über 20 % der Kinder und Jugendlichen – erst vor Kurzem wieder im ORF gestanden – können mit 14 nicht

sinnerfassend lesen. Und viele von diesen Kindern, die haben das in der Schule nicht gelernt, aber die hatten schon beim Schuleintritt Defizite. Und der Kindergarten als Bildungseinrichtung, der ist ja dazu da, diese Defizite auch zu erkennen, und dort, wo sie auch vorherrschen, schon unterstützend tätig zu sein und sie auch auszubügeln, vor allem auf sprachlicher Ebene. Und daher ist eigentlich diese Bildungseinrichtung so zentral, und daher finde ich die Debatte auch etwas falsch geleitet, dass wir aktuell auch stark von den Personen reden, wo beide Eltern Vollzeit arbeiten. Weil da, wo beide Eltern Vollzeit arbeiten, da braucht es die Plätze aus Betreuungssicht, aber dort, wo beide Eltern nicht Vollzeit arbeiten, wo oft auch migrantische Familien sind, wo es Sprachbarrieren gibt, aber wo vor allem auch oft ja strukturschwächere Familien leider der Fall sind, bräuchte es eigentlich dieses Bildungsangebot viel, viel stärker noch. Und von der Debatte, da reden wir teilweise noch gar nicht, weil aktuell haben wir das Ziel, dass jeder, der Vollzeit arbeitet, einen Platz bekommt und jeder, der Vollzeit arbeitet, der hat seinen Platz. Aber gerade die Kinder, die die Bildung am meisten bräuchten, als Bildungsunterstützung, die kommen in unserer Debatte hier heute, in diesem Hohen Haus, gar nicht vor. Und ich glaube, auf diese Kinder dürfen wir wirklich nicht vergessen, denn wir werden jeden klugen Kopf in Österreich, und vor allem auch in Steiermark in Zukunft brauchen, und wir können glücklich darüber sein, über jeden klugen Kopf, und wir werden glücklich darüber sein, um jede motivierte Pädagog_in, um jede motivierte Betreuer_in, die wir auch in Zukunft haben. Aber dafür darf es keine Denkverbote geben und dafür müssen wir auch in die Zukunft denken. *(Beifall bei den NEOS – 15.57 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Es liegt mir nun keine Wortmeldung mehr vor.

Ich komme nun zur Abstimmung der Entschließungsanträge zur Dringlichen Anfrage D2:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2481/2, betreffend Elementarpädagogik in der Krise – es braucht rasch wirksame Maßnahmen, um Kinderbetreuungsplätze zu sichern! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Bei diesem Antrag wurde eine punktuelle Abstimmung beantragt.

Ich komme zum Punkt 1.

Punkt 1 hat mit den Stimmen von FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 2: Mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 3: Mit den Stimmen von FPÖ, den Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 4: Mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt 5: Mit den Stimmen von den Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2481/3, betreffend Bonifikation für bestehendes elementarpädagogisches Personal ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von den Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 2481/4, betreffend Endlich Kinderbildungsgipfel für bessere Bedingungen in der Elementarpädagogik einberufen! ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zur Abstimmung der Entschließungsanträge zur Dringlichen Anfrage D3:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 2482/2, betreffend fünf Punkte Plan zur Rettung der Kindergärten und Kinderkrippen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 2482/3, betreffend Personalnotstand in der elementaren Bildung durch bessere Bezahlungen beheben ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 2482/4, betreffend Transparenz bei der Warteliste für Kinderkrippen- und Kindergartenplätze ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 2482/5, betreffend Ein zusätzliches Monatsgehalt in der Elementarpädagogik ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zur Abstimmung des Entschließungsantrages zur Dringlichen Anfrage D5:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 502/2, betreffend Bildung darf keine Frage des Geldes sein – Sozialstaffel umgehend einführen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Dringliche Anfrage 4:

Am Montag, dem 12. September 2022 wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2489/1, an Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß betreffend „**Jetzt handeln: Steirische Gesundheitsversorgung endlich sicherstellen!**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Georg Schwarzl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten besteht.

LTAbg. Schwarzl – Grüne (16.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Steirerinnen und Steirer!

Wenn wir einen nüchternen Blick auf die Entwicklung der Gesundheitsversorgung, einen nüchternen Blick auf den einfachen Zugang zu dieser Gesundheitsversorgung werfen, dann stehen wir vor einem Problem. Wenn wir Jahr für Jahr beobachten können, dass

Hausärztinnen und Hausärzte in Pension gehen, und wir es nur sehr teilweise schaffen, diese Stellen nachzubesetzen und damit die Versorgung in den ländlichen Regionen immer schmaler wird, dann stehen wir vor einem Problem. Wenn wir Jahr für Jahr beobachten können und immer wieder auch hören, dass Menschen in der Steiermark immer schwerer die notwendige Pflege und die notwendigen Pflegeangebote für ihre Angehörigen brauchen, dann stehen wir vor einem massiven Problem. Niemand, der sich ernsthaft mit diesem riesigen Themenkomplex auseinandersetzt, würde behaupten, dass es für dieses ganze Thema die eine, einfache Lösung gibt. Was aber wichtig ist, dass Sie, Frau Landesrätin, eine politische Verantwortung haben. Es ist nicht nur Ihre Aufgabe, es ist Ihre Pflicht, diesen Sorgen und Probleme der Steirerinnen und Steirer ernst zu nehmen und vor allem auch, Ihnen entgegen zu treten. *(Beifall bei den Grünen)* Probleme, die natürlich, und vor allem in erster Linie auch diejenigen betreffen, die in diesen Bereichen seit Jahren und Jahrzehnten teilweise wichtige Arbeit leisten, dem pflegerischen und ärztlichen Personal in den Krankenhäusern. Das Thema an sich gibt es natürlich schon lange, allein in dieser Landtagsperiode haben wir das Thema der Gesundheitsversorgung mit all seinen Facetten hier schon sehr oft auf der Tagesordnung gehabt, immer wieder in Dringlichen Anfragen, das letzte Mal erst kurz vor der Sommerpause. Und das Auffälligste ist – und das ist aber auch gleichzeitig ein schon sehr großes Problem –, dass es auffällig ist, dass wir zwar von Personalthöchstständen hören, oder von anderen Sachen, die so toll laufen würden, ankommen tun diese angeblichen Aktionen oder Initiativen bei der Bevölkerung und bei den Leuten, die in diesem Bereich arbeiten, aber nicht, und es ist erschreckend zu sehen, dass wir bei diesem Thema einfach nicht in Fahrt kommen. *(Beifall bei den Grünen)* Wir haben eigentlich ja eine recht ähnliche Situation, eine ähnliche Thematik rund um die Elementarpädagogik gehabt, wo es jahrelang geheißen hat, ja, es ist eine schwierige Situation, können wir nicht viel machen, und kaum ändert sich etwas in der Landesregierung, geht doch etwas. Und da frage ich mich schon: Ist das auch das gleiche Problem, sagen wir einmal so, in der Gesundheitsversorgung? Würde da etwas gehen? Würde da nicht mehr gehen? Und ich bin mir sicher, da geht mehr. Wir haben auch schon sehr viele Anträge eingebracht, wir haben sehr viele Initiativen und Vorschläge eingebracht, die auf alle Fälle gehen würden. Und es stellt sich aber die Frage, warum da einfach nichts passiert. Und das Tragische an der Situation ist, dass immer mehr Steirerinnen und Steirer das Gefühl haben, dass das Schiff der Gesundheitsversorgung doch recht führungslos auf offenem Meer herumschwimmt, während immer mehr Gewitter passieren, sozusagen, immer mehr Probleme auftauchen, und man schon fast das Gefühl hat, dass Sie sich unter Deck verstecken. *(Beifall*

bei den Grünen) Was ist die konkrete Situation? Wir haben jetzt erst vor Kurzem wieder in der Zeitung gelesen mit den aktuellen Zahlen mit Stand Anfang September, dass 95 Betten aufgrund von Ärztinnen- und Ärztemangel geschlossen sind, dass 369 Betten in der Steiermark aufgrund von Pflegepersonal-mangel geschlossen sind. Wir haben das schon vor dem Sommer in der Landtagssitzung gehabt, hunderte Betten sind gesperrt, Notfälle werden mittlerweile nach Kärnten ausgeflogen, Operationen werden verschoben, wie schon vorher erwähnt, wir schaffen es nur sehr spärlich, hausärztliche Versorgung sicherzustellen, indem dass, wenn Pensionierungen anstehen, dass diese auch nachbesetzt werden können, und es kann nicht sein. Wir müssen da genauer hinschauen, wir müssen schauen, was es für Möglichkeiten gibt, um diese Versorgung in den Regionen auch sicherzustellen. Weil, was heißt denn das, wenn ein Hausarzt oder eine Hausärztin in Pension geht? Wir haben das jetzt gerade im Frühjahr, und auch jetzt nach dem Sommer immer wieder in Gesprächen mit Ärztinnen und Ärzten aus den Regionen und auch anderen Menschen, die in diesem Gesundheitsbereich arbeiten, gehört: Praxen machen zu, weil sie finden keine Nachfolge, auch wenn sie an sich oft Studierende bei sich haben, die sagen: „Mah, ist das super, das taugt mir, aber unter diesen Rahmenbedingungen tue ich mir das nicht an!“ Aber was heißt das? Die eine Seite ist die vom Gesundheitspersonal, die andere Seite ist aber die von den Steirerinnen und Steirern. Da geht es nicht immer um riesige Notfälle oder sonstiges, aber da geht es um ganz viele kleine, wichtige Interventionen von gesundheitspolitischer Seite, von medizinischer Versorgung, das kann die Versorgung von chronisch kranken Menschen sein, von Diabetikern, Einstellung von Blutdruckmedikamenten, ganz viele Sachen, die am Ende des Tages genau dazu führen, dass viele Menschen in der Steiermark immer weniger gesunde Lebensjahre haben, weil sie die regelmäßige Versorgung, die wichtig ist, damit man möglichst lange gesund in den eigenen vier Wänden, oder so gesund wie möglich in den eigenen vier Wänden verbringen kann. Und da passiert nicht genug. Da passiert definitiv nicht genug. Und das ist jetzt nichts, was wir uns aus den Fingern zaubern, aber wir hören das immer öfter in Berichten aus den Krankenhäusern, von betroffenen Ärztinnen und Ärzten, vom Pflegepersonal, von betroffenen Menschen. Und ich stelle mir schon die Frage: Wie lange wird es noch dauern, bis auch eure eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister euch die Tür einrennen werden, weil sie sagen, dass ich das nicht mehr ausgeht mit der Versorgung im ländlichen Bereich? *(Beifall bei den Grünen)* Und dann wird Anfang des Jahres, im Februar, quasi ein Strohalm präsentiert, gesagt: „So, das ist jetzt die große Lösung, wir schaffen es, dass wir endlich etwas machen, wir machen 60 Stipendienplätze an einer

Privatuni in Wien, 20 pro Jahr, für drei Jahre, und haben am Ende dieses Prozesses, also in sechs bis acht oder neun Jahren haben wir dann 60 Ärztinnen und Ärzte, die sich verpflichten, in der Steiermark zu bleiben.“ Und Anfang dieser Woche – wir haben auch schon damals, am Anfang des Jahres, mehrere Fragen gestellt, mehrere kritische Fragen gehabt –, und jetzt Anfang der Woche der Knalleffekt, das könnte sich nicht ausgehen, weil wir nicht wissen, ob die SFU, also die Sigmund-Freud-Universität, die Wiener Privat-Uni, überhaupt noch weiter einen Master für Humanmedizin anbieten darf. Und gerade vor dem Hintergrund stellt sich schon auch noch einmal die Frage – die Frage, die wir auch schon vor ein paar Monaten gestellt haben: Wie ist es zu dieser Entscheidung gekommen, bei neun Millionen Euro, neun Millionen Euro, die ja doch für Initiativen auch in der Steiermark mit der Med-Uni Graz, oder anderen Möglichkeiten, die Rahmendbedingungen zu verbessern, benutzt werden hätten können, ohne Ausschreibung, an genau diese eine Privatuniversität vergeben werden? Ich kann mich noch gut erinnern, Sie haben uns in einer Anfragebeantwortung auch noch sehr klar gemacht, was Sie davon halten, dass wir uns überhaupt trauen, zu hinterfragen, warum jetzt genau diese eine Privat-Uni. Es gäbe ja auch noch andere Privat-Unis, d.h., selbst wenn man jetzt sagt: „Okay, Privat-Unis haben die Kapazitäten“, hätten wir vergleichen können, wobei wir nach wie vor der Meinung sind, dass man mit der bestehenden und wichtigen Institution der Med-Uni Graz auch hätte zusammenarbeiten können und das auch nach wie vor soll, aber genau vor diesem Hintergrund stellt sich, wie gesagt, schon auch die Frage, warum es diese Uni geworden ist, weil, wie wir jetzt sehen, bestehen da massivste Mängel in der Qualität, und die Zeit haben sie noch, diese womöglich auszuräumen, wobei es zu hinterfragen gilt, ob sich das ausgehen wird, und auch da wird jetzt natürlich schon gesagt, weil es ist ja noch einmal die prekäre Situation, dass jetzt schon 20, erstes Jahr, 20 Studierende die Möglichkeit haben, dort Medizin zu studieren, zu studieren beginnen, und wie gesagt, die können sicher fertigmachen. Was man bei der Diskussion aber nicht vergessen darf: Das System vom Bachelor/Master in der Medizin ist nicht der Standard bei den öffentlichen Unis. Wir haben einen Diplomstudienlehrgang, d.h., wenn jetzt, auch wenn jetzt vielleicht der Bachelor bestehen bleibt an der Privatuni, heißt das noch lange nicht, dass es die Möglichkeit gibt, dass diese Studierenden, sobald sie den Bachelor fertig haben, quasi gleichwertig woanders einsteigen können. Das heißt, es stellt sich die Frage: Was passiert jetzt? Was passiert einerseits mit dem Geld? Ist das bereits an die Uni geflossen? Ist es an die Stipendiant_innen geflossen? Und wenn ja, ist ja natürlich auch die Frage, in welcher blöden Situation die sich jetzt befinden, wenn die das Geld dafür bekommen haben, sich darum

gekümmert haben, dass sie wahrscheinlich in Wien irgendwo unterkommen, eine Wohnung nehmen, und vielleicht ändert sich für die jetzt die gesamte Situation. Das heißt, da muss man schon auch kritisch hinterfragen, (*Landesrätin Dr. Bogner-Strauß: „Ängste schüren!“*) Nein, Frau Landesrätin, da geht es überhaupt nicht um Ängste schüren, sondern da geht es darum, dass Menschen geglaubt haben, sie können jetzt in Wien studieren anfangen, und jetzt steht die Entscheidung an, ob diese Uni diesen Humanmedizinlehrgang fertig machen kann, oder nicht. (*Beifall bei den Grünen – KO LTabg. Riener: „Das ist gewährleistet!“*) Da werden wir jetzt sicher auch die Ausführungen haben können, was das für eine Gewährleistung da genau ist. Wie gesagt, es ist ein anderes Studiensystem, von dem her ist die Frage, wie sich das ausgeben wird. Und dann trotzdem auch die Frage, wir haben es immer wieder auch eingebracht, dass natürlich die Möglichkeit bestehen würde, einerseits offiziell mit dem System, was ja auch im Universitätsgesetz verändert worden ist, das wird ja hoffentlich auch bald gemacht. Aber wir sind der Meinung, dass es da auch definitiv jetzt eben für den Fall, dass es sich nicht ausgeht, Alternativen geben muss, um diese Studierenden dann auch hoffentlich direkt in Graz übernehmen zu können. Und ja, Gesundheitsversorgung, was gibt es für Möglichkeiten, und wo geht es hin? Wir brauchen definitiv, weil eines ist auch klar, wenn man die Personalsituation anschaut, wir haben es auch schon in vorigen Diskussionen gehört: Das wird nicht von heute auf morgen besser. Es gehen viele Leute in Pension, es kommen wenige nach, es gibt andere Arbeitszeitmodelle, d.h., wir werden versuchen müssen, auch die Nachfrage zu senken. Wir bringen das immer wieder ein, es braucht Initiativen in der Prävention, es braucht ganz klar, von ganz, ganz früh weg, die Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen Ernährung näher zu bringen, eine gesunde, ausgewogene Ernährung, jetzt auch in Ihrem Themenfeld Sport, d.h., auch gerade das Thema Sport und Bewegung wird natürlich wichtig werden. Und so wichtig all diese präventiven Maßnahmen sind, sie sind trotzdem langfristige Maßnahmen, die man, umso früher man sie beginnt, natürlich umso früher auch wirken können, aber wir werden eben kurz- und mittelfristige Lösungen brauchen. Wir werden auch später noch Anträge einbringen, wo es eben darum geht, ganz konkrete Stipendienmodelle, wie sie jetzt auch in Niederösterreich und anderen Bundesländern diskutiert und beschlossen worden sind, direkt mit der Med-Uni Graz zu suchen, auch mit Menschen, mit Studierenden zu suchen, die schon in Graz studieren, damit das eben auch schneller wirkt, damit sie sich dafür bekennen, dann auch in der Steiermark zu bleiben. Aber wir müssen eben dann auch genau diese Rahmenbedingungen und die Arbeitsplatzbedingungen möglichst ausbauen. Es gibt da jetzt wieder auch einen offenen

Brief von der Österreichischen Hochschüler_inneschaft der Med-Uni Graz, wo auch Forderungen, die wir ja auch schon einmal von der ÖH aufgegriffen haben, ganz konkret darlegen, was es braucht, damit auch Studierende ... und das Wichtigste ist, die Erfahrungen, die man im Studium macht, die man in Formulaturen macht, die man in Praktika macht, legen die Entscheidung, wo man später arbeitet. Und umso besser diese Erfahrungen sind, und wenn wir es schaffen können, und da braucht es die politische Unterstützung, umso besser diese Erfahrungen sind, umso größer ist die Chance, dass die Menschen auch in der Steiermark bleiben. Was es auch braucht, ist eine Unterstützung oder eine politische Stoßrichtung in Richtung einem funktionierenden, oder noch besser funktionierendem Entlassungsmanagement. Da geht es ganz stark darum: Wird den Menschen die Möglichkeit gegeben, die bestmögliche Versorgung so schnell wie möglich auch zu kriegen? Wir haben ganz oft die Situation aufgrund von den verschiedenen Personalmängeln in verschiedenen Bereichen, dass Menschen sehr lange oft im Spital bleiben müssen, weil die Komponente der Unterstützung teilweise sehr stark in die Richtung soziale Arbeit fehlt, wo dann eine Pflegeeinrichtung ist, bzw. wo es dann die Möglichkeit gibt, mobile Unterstützungsangebote zu haben. Aber natürlich, und das haben wir auch in der letzten Diskussion schon gehabt, wenn es um Richtung Gate-Keeping geht, wobei man da wirklich auch von Modellen reden muss, die eben wie z.B. in Holland so funktionieren, dass es eben stark über den hausärztlichen Bereich geht, und dann können wir das aber auch nur machen, wenn das System dementsprechend aufgebaut ist. Und deswegen ist es auch so wichtig und deswegen bringen wir das auch immer wieder ein. Wir brauchen ein funktionierendes und für alle zugängliches hausärztliches System in der Steiermark, damit dann diese wichtigen Lenkungsmechanismen, wie ein Gate-Keeping, auch überhaupt funktionieren können. (*Beifall bei den Grünen - KO LTabg. Riener: „Da kann schon der Gesundheitsminister mitwirken!“*) Es werden auch auf Bundesebene sehr viele Maßnahmen, wie Sie ja sicher wissen, Frau Klubobfrau, in diese Richtung passieren. Es gibt auch jetzt wieder, nach wie vor, für die nächsten Jahre, wie wir wissen, vom Aufbau für die 100 Millionen für die Primärversorgung, aber auch da ein wichtiger Punkt, wir stehen jetzt bei elf bis zwölf, wir wollen 30 haben bis 2025 und auch da werden wir, wie wir es auch schon im Ausschuss diskutiert haben, Möglichkeiten finden müssen, junge Medizinerinnen und Mediziner bestmöglich dabei zu unterstützen, diesen großen Schritt zu machen, weil in die Selbständigkeit zu gehen als Mediziner, Medizinerin, wo man dieses ganze Studium nicht gelernt hat, ist eine große Herausforderung, ist etwas, wo man als Politik auch die Unterstützungsleistungen breitflächig

machen muss, damit die Auswahl von Immobilien von der Einrichtung, von rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen dabei unterstützt wird. Wie Sie sehen, es gibt einige Fragen, es gibt auch von uns einige Vorschläge, und komme jetzt auch zu unseren Dringlichen Fragen und bitte um Beantwortung:

1. Werden Sie ohne weitere Verzögerung gemeinsam mit der Medizinischen Universität Graz die Ausarbeitung eines Stipendienmodells beginnen?
 - a) Wenn ja: Bis wann kann so ein Modell vorgelegt werden?
 - b) Wenn nein: Warum nicht?
 2. Welche weiteren Maßnahmen werden Sie treffen, um die akute medizinische Unterversorgung in bestimmten Regionen der Steiermark rasch zu bekämpfen?
 3. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Initiativen werden Sie setzen, um dem Personalmangel entgegenzutreten?
 4. Wie werden Sie den Auf- und Ausbau von Primärversorgungseinheiten vorantreiben, um die angekündigten Ziele tatsächlich zu erreichen?
 5. Werden Sie noch im heurigen Jahr einen Entwurf für das angekündigte Pflege- und Betreuungsgesetz vorlegen?
 6. Welche konkreten Akutmaßnahmen werden Sie treffen, um den eklatanten Pflegekräftemangel in steirischen Spitälern und Einrichtungen rasch abzumildern?
 7. In welcher Höhe wurden bisher Mittel aus der Pflegereform des Bundes abgeholt?
 8. Wie verteilen sich diese Mittel?
 9. Ist – analog zur Elementarpädagogik – ein konkretes Pflegepaket für die Steiermark geplant?
 - a. Wenn ja: Bis wann wird es vorliegen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
 10. Waren Ihnen Zweifel an der Qualität des Ausbildungsangebots der SFU bekannt?
Wenn ja, seit wann?
 11. Wann haben Sie davon erfahren, dass die SFU die Zulassung für den Masterstudiengang Humanmedizin verlieren könnte?
 12. Welche Folgen hat eine Aberkennung für den Vertrag mit dem Land Steiermark?
 13. Welche finanziellen Mittel wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt an die SFU geleistet?
 14. Welche Konsequenzen würde eine Aberkennung der Zulassung für die betroffenen Stipendiat_innen des diesjährigen Studiengangs haben?
-

Mit der Bitte um Beantwortung, und ich glaube, das haben wir auch gerade nach der Antwort bei der letzten Landtagssitzung gehabt, es geht da um sehr, sehr viele Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, es ist nicht nur unsere Meinung, sondern es ist allumgänglich bekannt, dass es in dem Bereich sehr viel Aufholbedarf gibt, und ich glaube, dass das wichtig ist, genau diese Menschen und auch die Betroffenen ernst zu nehmen und bitte um Beantwortung. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen – 16.18 Uhr)*

Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:

Ich erteile Frau Landesrätin Dr. Juliane Bogner-Strauß das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Landesrätin Dr. Bogner-Strauß – ÖVP (16.18 Uhr): Danke, Herr Präsident, liebe Kollegin, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Kollege Schwarzl!

Gestatten Sie mir einleitend, die mir bekannten Fakten in dieser Angelegenheit darzulegen. Durch diverse Medienberichte und Statements politischer Verantwortungsträger, vor allem von Seiten der Grünen Fraktion, wurde leider der plakative Eindruck vermittelt, die SFU, also Sigmund Freud Privatuniversität Wien, stünde kurz vor dem Aus. Ich bin der Meinung, das ist bestenfalls politisch motivierte Prosa, die Ängste schürt, die viele, viele junge Menschen verunsichert. 200 fangen heuer an, in Summe sind 1.200 im Humanmedizinstudium, und ich möchte jetzt nicht in deren ängstlicher Haut stecken. Und diese Menschen haben eines: Einen großen Traum, sie wollen Ärztinnen und Ärzte werden, die überall, überall, und auch in der Steiermark dringend gebraucht werden.

Jetzt komme ich zu den Fakten: Die SFU verfügt über eine aufrechte Akkreditierung der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (das ist die verantwortliche Behörde des Bundes) und diese aufrechte Akkreditierung gilt für das Studium der Humanmedizin. Die SFU befindet sich derzeit, Sie haben es erwähnt, in einem Reakkreditierungsverfahren und damit in einem laufenden Behördenverfahren dessen Abschluss zum Jahresende erwartet wird. Dementsprechend ist die SFU natürlich berechtigt, Studierende im Fach Humanmedizin auszubilden. Und ich halte es, obwohl es nicht in meiner Ressortverantwortung liegt, für mehr als unverantwortlich, eben vor allem all diesen jungen Menschen gegenüber, dass in einem laufenden Behördenverfahren offenbar Unterlagen geleakt worden sind, noch bevor ein Endergebnis vorliegt, und bereits alarmiert wird, und wie

gesagt, Studierende unnötig, total unnötig, verunsichert werden. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Das widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit, sondern vor allem einem Grundsatz, nämlich dem Grundsatz, man höre auch die andere Seite, der ist ein leitender Verfahrensgrundsatz in derartigen Verfahren obligat Berücksichtigung zu finden hat. Aber die Grünen agieren hier leider frei nach dem Motto: Zuerst verurteilen und dann vielleicht, oder besser gesagt hoffentlich auch noch den Vorverurteilten befragen. Und das gilt nämlich vor allem deshalb, weil die SFU meines Wissens nach noch nicht einmal die Gelegenheit – noch nicht einmal die Gelegenheit – hatte, eine Gegenäußerung überhaupt darzustellen, weil das eben noch ein laufendes Verfahren ist. Und das ist der Stand des Re-Akkreditierungsverfahrens, der mir bislang bekannt ist. Zur Kooperation zwischen der KAGes und der SFU: Der Kooperationsvertrag zwischen der SFU und der KAGes ist unentgeltlich, d.h., es ist kein Geld von der KAGes an die SFU geflossen, und außerdem beinhaltet dieser Vertrag, nämlich für den Fall, dass die SFU ihre Akkreditierung tatsächlich verlieren sollte, eine Ausstiegsklausel. Die SFU geht jedenfalls davon aus, dass sie das Re-Akkreditierungsverfahren natürlich positiv abschließen wird. Und – und ich glaube, auch das ist Ihnen, Kollege Schwarzl sehr wohl bekannt, weil Sie das nämlich jetzt auch in Ihrem Eingangsstatement wieder erwähnt haben – dass dem nicht so sein könnte, sowohl die SFU, als auch die AQ Austria, als auch ein namhafter Rechtsexperte haben versichert, dass selbst im Worst Case sämtliche Studierende ihr Studium ordnungsgemäß abschließen können, auch jene, die jetzt im Herbst das Studium beginnen. Und ich sehe das gerade aus menschlicher Sicht als verantwortungslos, dann so zu tun, als wäre das nicht rechtlich abgesichert.

Ein paar weitere Anmerkungen gestatten Sie mir noch, bevor ich Ihre Fragen beantworte. Seit Jahren haben wir den öffentlichen Diskurs, dass wir einen Ärztinnen- und Ärztemangel haben. Alle Statistiken, Sie haben es selbst vorhin gesagt, sprechen auch dafür. Gerade im niedergelassenen Bereich wissen wir, dass viele Kassenstellen für die Allgemeinmedizin nicht besetzt sind, aber auch in den Krankenhäusern haben wir immer wieder Schwierigkeiten, ärztliche Dienstposten zu besetzen. Und es liegt nicht daran, dass die Arbeitsbedingungen so schlecht sind, sondern das liegt daran, dass eine künstliche Verknappung von Ärztinnen und Ärzten herbeigeführt wurde, indem die Studienplätze reduziert wurden. (*LTAbg. Schönleitner: „Wer ist Bildungsminister?“*) Das ist, glaube ich, schon länger her. Die Landesgesundheitsreferent_innen haben deshalb auch schon vorher und zu meiner Zeit zur Sicherstellung, die Diskussion machen wir dann hinterher, glaube ich. Wir als Landesgesundheitsreferenten haben, seitdem ich dabei bin, aber das ist auch vorher schon

geschehen, daher einen Antrag gestellt, einen Beschluss gestellt an den Gesundheitsminister und auch den Bildungsminister, dass man die Studienplätze an den Medizinischen Universitäten, an den öffentlichen Medizinischen Universitäten stark erhöhen sollte. Und mein Vorgänger hat das gefordert, ich spreche davon seit Jahren und ich wundere mich auch jetzt in diesem Zusammenhang mit der SUF, dass gerade jene Herrschaften, die sich als jetzt große externe Experten und Wortführer in der SFU-Debatte zu Wort melden, gerade jene waren, die sich eigentlich gegen eine Erhöhung der Studienplätze ausgesprochen und das als völlig falsche Strategie abgetan haben. Nichtsdestotrotz, ich bleibe bei dieser Forderung, ich möchte sogar fordern, dass die Studienplätze verdoppelt werden. Ich denke, das wäre wichtig, damit könnten wir viele Versorgungsengpässe lösen und es geht ja auch darum, viele bleiben nicht in der Medizin, viele arbeiten nicht als Ärztinnen und Ärzte. Viele wollen in die Forschung, viele wollen in die Pharmaindustrie, und das soll ja auch jenen möglich sein, die das Medizinstudium machen. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass genug die Ausbildung machen und gerade in diesem Ausbildungsbereich haben wir einen Riesenvorteil, hier bewerben sich noch genug für dieses Studium. Wir wissen, wir haben in anderen Bereichen wirklich einen Mangel, obwohl es genug Ausbildungsplätze gibt.

Aber jetzt möchte ich zur Beantwortung der Fragen kommen

Fragen 1, 1a und 1b:

Meine Kooperationsbereitschaft war immer gegeben und besteht auch weiterhin. Es ist aber völlig klar, dass dies nur mit einer deutlichen Aufstockung der Studienplätze an den öffentlichen Universitäten geht. Warum sage ich das? Ich habe es schon erwähnt, wir sprechen in der Steiermark von einem Engpass bei den Ärztinnen und Ärzten, wir tun es in allen Bundesländern Österreichs, wir tun es über die Grenzen Österreichs hinaus. In ganz Europa werden Ärztinnen und Ärzte gesucht, und damit ist es klar, dass viele, die bei uns ausgebildet werden, natürlich auch ins Ausland abwandern

Aber wir müssen ja gar nicht bis ins Ausland schauen: Selbst, wenn ich sage in der Steiermark, ich mache ein Stipendium bei gleichbleibender Anzahl von Studienplätzen, was bringt uns das? Weil auch die anderen Bundesländer haben diese ausgezeichnete Idee. Das heißt, alle Bundesländer machen Stipendien, und was machen wir? Wir graben uns gegenseitig das Wasser ab, weil der Teich bleibt gleich groß und die Fische werden nicht mehr, solange die Studienplätze nicht erhöht werden, und das möchte ich an dieser Stelle sagen. Das heißt, es gibt nur eine Lösung: Studienplätze erhöhen. Wir arbeiten an Stipendienmodellen, an weiteren Stipendienmodellen, wir haben ja schon einige in der

Steiermark, sowohl mit der Medizinischen Universität Graz, aber auch mit anderen medizinischen Universitäten, der Vorstandsvorsitzende der KAGes ist mit Rektor der Medizinischen Universität Graz im Austausch, und sobald ich die konkreten Vorschläge habe, werde ich diese prüfen und wir stehen natürlich auch im Austausch mit dem Bildungsministerium.

Fragen 2 und 3:

Diese Fragen sind großartig, und ich freue mich über diese Frage, muss ich ehrlich sagen, weil diese Frage bestätigt sozusagen idealtypisch die Richtigkeit des Steirischen Gesundheitsplans 2035 und die Versorgungsstrategie, die darin abgebildet ist, und es gibt extrem viele Maßnahmen, die gesetzt wurden, in den letzten Jahren:

- Neues Gehaltsmodell SI (+ 33 Millionen/Jahr)
- 170 zusätzliche Dienstposten für Ärztinnen und Ärzte, seit 2015 an der KAGes
- Karrieremodell Ärzt_innen (GOA, FOA, AOA);
- Ausbildungszuschuss 1.000 Euro/Jahr für Ärzt_innen in der Facharztausbildung
- Förderprogramme für zukünftige Führungskräfte
- Es gibt ein breites Einführungsseminar und Onboarding für Turnusärzt_innen, es gibt Kommunikationsseminar bei der Bestellung von Fachärzt_innen zu Oberärzten und zu Oberärztinnen
- Es gibt sehr breite Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Es gibt die Berufsmesse „AUSTRODOC“
- Es gibt eine Ärzteservicestelle in der KAGes
- Es gibt bezahlte Praktika

Und so könnte ich noch ganz, ganz, ganz viele Beispiele nennen, die Sie als Incentives vielleicht bezeichnen können, aber die gerade dazu da sind, dass wir, gerade auch als KAGes sozusagen, ein attraktiver Arbeitgeber, eine attraktive Arbeitgeberin sind. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Frage 4:

Wir befinden uns in der Steiermark mit dem Ausbau der Primärversorgungseinheiten österreichweit, und Sie wissen es, im Spitzenfeld. Wir haben derzeit elf Primärversorgungseinheiten, die bereits laufen, wir haben vier, die bereits genehmigt sind, und umgesetzt werden, dennoch – dennoch, und das sage ich hier ganz offen – braucht es, um weitere Primärversorgungseinheiten in die Umsetzung zu bringen, die Novelle zum PVE-Gesetz, und der Entwurf, und Herr Schwarzl, Sie wissen es, liegt schon länger in einer

Schublade im Gesundheitsministerium, darf dort reifen, und hat aber noch immer nicht das Licht der Welt erblickt. Sie waren bei Anschöber und Mückstein, soweit ich weiß, im Kabinett tätig. Ich kann mich jetzt nicht an Initiativen in dieser Zeit erinnern, dass diese Novelle in die Umsetzung gebracht worden wäre, aber ich freue mich, wenn Sie das weiterhin unterstützen und sich auch weiterhin so kompromisslos dafür einsetzen.

Wir planen für 2023, 2024 und 2025 je fünf weitere Standorte. Wir haben uns auf 30 Standorte verständigt bis 2025, nur das kann ich nicht alleine machen. Dafür brauche ich die Ärztekammer, dafür brauche ich die Sozialversicherung. Und ich darf Ihnen versichern, ich bin mit beiden in sehr gutem Austausch, wir überlegen immer wieder, wie wir neue Gesundheitszentren in die Gründung bringen können. Sie wissen, dafür braucht es Allgemeinmediziner- und –medizinnerinnenstellen. Wir wünschen uns auch Vorzugsstellen, aber das kann nur über gute Gespräche laufen und ein Gesamtvertrag wäre natürlich auch hilfreich in diese Richtung.

Frage 5:

Da habe ich die zuständige Abteilung beauftragt, einen entsprechenden Entwurf zu erarbeiten. Es gibt bereits ein Grobkonzept, aber das wird noch in erweiterten Arbeitsgruppen abgestimmt. Hierzu kommt jetzt natürlich die Reform der Sozialhilfeverbände und die damit zusammenhängende Finanzierung. Ich bin mitten im Pflegedialog, Sie wissen es, das mache ich nicht aus Jux und Tollerei, sondern, damit hier gute Gespräche stattfinden, damit hier wirklich von allen Stakeholdern gute Ideen eingebracht werden, die dann auch in das Pflege- und Betreuungsgesetz einfließen können. Und es wird natürlich weitere Personengruppen für individuelle Gespräche geben, ich sage da nur „Bündnis gute Pflege“, mit denen ich immer in gutem Austausch bin, und auch hier werden wir sehen, was noch in das Gesetz eingeflochten wird.

Frage 6:

Im Rahmen des Pflegedialogs werden viele verschiedene Möglichkeiten besprochen und diese werden seitens der zuständigen Abteilung auf Umsetzbarkeit geprüft. Ich möchte aber festhalten, dass davon abgesehen sehr viele Maßnahmen in der Steiermark bereits in die Umsetzung gegangen sind. Ein paar möchte ich hier in Erinnerung rufen. Wir haben das Taschengeld zum Beispiel auf € 400,- erhöht, bevor, bevor die Pflegereform des Bundes angekündigt wurde. Wir haben eine große Pflegekampagne gemacht, wir haben die Ausbildungsplätze erhöht, wir haben beschlossen, eine Beratungsstelle einzuführen, wo sich jungen Menschen, die sich für Pflegeberufe interessieren, anrufen können, nachfragen: „Was

für eine Ausbildung habe ich, welche Kompetenzen habe ich, was kann ich tun, wenn ich die Pflegeassistentenausbildung gehe, oder in die Pflegefachassistentenz?“ Sie wissen, wie wichtig mir das ist, dass wir eine vertikale Durchlässigkeit haben. Wir haben die Implementierung der Schüler_innenberatung in den steirischen Schulen gemacht, und da könnte ich noch ganz viele Dinge auflisten, aber ich denke, Sie wissen es. Und ich habe es gesagt, und ich habe es umgesetzt, und zwar immer sehr zeitnah.

Auch der Bedarfs- und Entwicklungsplan 2030 ist in Arbeit, früher, als ursprünglich geplant. Und das wird auch ein Richtungsweiser für die Zukunft sein.

Fragen 7 und 8

Es steht mir nicht zu, zu sagen, dass mir diese Frage dann doch ein Schmunzeln ins Gesicht gelockt hat, verwundert war ich doch einigermaßen. Ich gehe nämlich davon aus, Herr Schwarzl, dass Sie eigentlich die Gesetzestexte lesen und da steht folgendermaßen Folgendes drinnen: „Die Gehälter für die Gehaltserhöhung aus dem Entgelterhöhungszweckzuschussgesetz, ein nahezu unaussprechliches Gesetz, wird erst im Mai 2023 vom Bund ausbezahlt. Ebenfalls hat die Auszahlung der Ausbildungszweckzuschüsse (kurz Taschengeld) durch den Bund an die Länder bis längstens 30.11.2022 zu erfolgen, bis jetzt ist nichts in der Steiermark angekommen. Jetzt muss ich mich wirklich fragen, oder besser Sie fragen: Welche Mittel soll ich denn bis jetzt abgeholt haben? Welche?

Fragen 9, 9a und 9b:

Das habe ich bereits mit der Frage 6 beantwortet.

Fragen 10 und 11:

Am Montag in der Früh, das war der 12.09.2022, habe ich um 08.00 Uhr mit dem Vorstandsvorsitzenden der KAGes telefoniert, also noch, bevor die SFU-Geschichte in den Medien veröffentlicht wurde, und wurde vom Vorstandsvorsitzenden darüber informiert, dass er wiederum davor vom Rektor der Medizinischen Universität Graz, dem das medial kolportierte Gutachten zugesandt worden sei, über dessen Inhalte in Kenntnis gesetzt wurde.

Frage 12:

Das Land Steiermark steht in keinem Vertragsverhältnis mit der SFU. Das habe ich bereits eingangs erwähnt.

Frage 13:

Der zwischen der SFU und der KAGes abgeschlossene Kooperationsvertrag ist unentgeltlich. Also es fließen keine finanziellen Mittel an die SFU.

Frage 14:

Laut Auskunft der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria, der SFU und einem namhaften Rechtsexperten können selbst für den Fall der Aberkennung sämtliche Studierende und somit auch jene, die das steirische Stipendium erhalten, ihr Studium abschließen. Und ich habe es schon eingangs erwähnt, das ist mir extrem wichtig, weil diese Verunsicherung, die da jetzt stattgefunden hat für alle, die auf der SFU das Humanmedizinstudium machen, die jetzt mitten drin sind bzw. es geschafft haben, aufgenommen zu werden, egal, ob mit oder ohne Stipendium für diesen Herbst, können das Studium dort abschließen. Und das ist überhaupt die wichtigste Aussage, weil wir haben junge Menschen, die sich einen Traum erfüllen wollen, die Ärztinnen und Ärzte werden wollen, die wir händeringend brauchen, und die haben Sie jetzt verunsichert. Und das ist einfach schade. Und was mich auch verwundert, Herr Schwarzl, haben Sie eine Glaskugel? Universitäten werden immer akkreditiert oder in bestimmten Zeitabschnitten akkreditiert, weil Sie auch die Frage eingangs erwähnt haben, ob ich das schon vorher gewusst hätte. Nein, ich habe keine Glaskugel. Und ich hätte auch mit anderen Privatuniversitäten in Verhandlungen gehen können für diese Stipendien. Aber es war die SFU, mit der wir verhandelt haben, aber das Wichtigste ist, die Studierenden, die jetzt anfangen, die jetzt im Studium sind, können abschließen. Es ist ein laufendes Behördenverfahren, und erst, wenn dieses beendet ist, dann sollten wir darüber wieder sprechen und auch dann sollten wir Studierende nicht verunsichern. Danke schön *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.39 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Georg Schwarzl, bitte schön.

LTAbg. Schwarzl – Grüne (16.39 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Steirerinnen und Steirer!

Gleich vorweg, ich nehme es fast schon als Kompliment, dass Sie mir, oder uns unterstellen, dass wir die Berichterstattung vom Profil, vom Standard, von Ö1, von Krone, Kleine Zeitung, so sehr beeinflussen, dass wir deren Berichte diktieren. *(Beifall bei den Grünen)* Aber ich nehme es einmal so hin, und möchte aber auch gleich darauf kommen, dass es uns – und das ist uns von Anfang an so gegangen, und das kann man auch in den Anfragen nachlesen, für

uns ist es von Anfang an darum gegangen – um Ihre politische Verantwortung und Ihr politisches Handeln geht. Warum Sie, und auch diesmal, sowie beim letzten Mal, haben Sie nicht Gründe nennen können oder wollen, warum es jetzt gerade diese eine Uni ist, warum es kein Ausschreibungsverfahren gegeben hat, was es gebraucht hätte, und auch in vielen anderen Bereichen, wo es auch schon sehr lange dringende politische Fragen gibt. Und trotzdem, wir reden da jetzt dauernd von Moral, und was man tut, und was man nicht tut. Es ist schon spannend, wenn Sachen so verdreht werden, dass wir jetzt daran schuld sind, dass die Qualität von gewissen Lehrgängen hinterfragt wird, in Akkreditierungsverfahren, die übrigens ja nur die FH's und nicht die öffentlichen Unis betreffen, aber andere Privat-Unis und FH's, aber nicht die normalen Universitäten, da ist in Österreich ja eine andere Gesetzgebung. Trotzdem muss man festhalten, dass es schon auch immer das Gleiche ist, wenn es um die Ausführungen bei solchen Fragen oder Anträgen geht. Die anderen sind schuld, die anderen tun zu wenig, wir reden eh, aber es geht nichts weiter. Das Gesundheitspersonal, glaube ich, erwartet sich an der Stelle aber konkrete Aussagen und konkrete Initiativen. Und das ist auch wieder ein Punkt, wenn wir schon von Gesprächen reden, wie gesagt, wir haben diese Gespräche geführt, ich bin mir nicht sicher, wann das letzte Mal wirklich Gespräche mit den Leuten, die diesen Job tagtäglich machen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, im ländlichen Bereich, im städtischen Bereich, im Krankenhaushaus, oder auch außerhalb, weil die zeichnen ein ganz anderes Bild. Die spüren, die tolle Liste, die Sie aufgezählt haben, nicht. Und da ist dann schon die Frage: Welche Aufgabe hat die Gesundheitslandesrätin, oder hat generell ein Landesrat für Gesundheit? Weil ich glaube schon, dass es da in ein politisches Wirken gehen muss und dass das die Aufgabe ist, die wir hoffen würden, das erfüllt wird, und wir aber – und so sehen das auch sehr viele Steirerinnen und Steirer – nicht passiert. *(Beifall bei den Grünen)* Ich darf daher aber auch gleich unsere zwei Entschließungsanträge einbringen. Einen davon nach Ihren Ausführungen, würde ich davon ausgehen, dass wir zumindest die Zustimmung der Regierung haben, vielleicht schaffen wir in dem Punkt ja auch einen einstimmigen Beschluss, ist der Antrag des gemeinsamen Bekenntnisses des Landtages Steiermark zur Erhöhung der Studienplätze an der Medizinischen Universität Graz, wo ich den Antrag stelle:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit der Forderung an die Bundesregierung heranzutreten, die notwendigen Ressourcen für eine deutliche Aufstockung der Studienplätze an der Medizinischen Universität Graz zur Verfügung zu stellen.

Und unseren zweiten Antrag, den dritten rund zum Thema Pflege wird die Klubobfrau Sandra Krautwaschl noch besprechen.

Der zweite Antrag, Jungmediziner_innen an die Steiermark binden und den Gesundheitsstandort attraktiver machen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unmittelbar mit der Medizinischen Universität Graz in einen Dialog zu treten, um rasch umsetzbare Maßnahmen zur Bindung von Studierenden an die KAGes-Standorte wie etwa der Implementierung eines Stipendienprogramms und sonstigen konkreten Anreizen für aktuelle Studienabgänger_innen zu erarbeiten;
2. in Zusammenarbeit mit den relevanten Stakeholdern wie der Medizinischen Universität Graz, der Ärztekammer Steiermark und der Hochschüler_innenschaft an der Medizinischen Universität Graz nachhaltige Konzepte zur Attraktivierung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu erarbeiten (z.B. durch finanzielle Unterstützungen im Rahmen von Praktika, Sommer Schools für kostenlose Weiterbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten, Erhöhung der Aufwandsentschädigung im KPJ, Stärkung und Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, mehr Ressourcen für die praxisnahe Lehre im Krankenhaus);
3. für jene 20 Studierenden, die für das Stipendienprogramm schon ausgewählt wurden, ein Alternativkonzept zu erarbeiten, falls ein Abschluss des Studiums an der SFU nicht mehr möglich sein sollte.

Und wir haben auch da bei den Ausführungen ja schon gehört, Sie beteuern, es passiert ja vieles in diese Richtung, dann wäre es natürlich auch ein Zeichen, dass es ja darum geht, dass wir zusammen an Lösungen arbeiten und dass Ideen auch aufgenommen werden, würde ich mich über die Zustimmung freuen. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen – 16.44 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (16.44 Uhr): Lläuft die Zeit schon, wenn ich noch gar nicht da bin? Aber gut, ich werde mich beeilen.

Also, sehr geehrte Kolleginnen, liebe Frau Landesrätin, liebe Frau Präsidentin, und vor allem hoffentlich viele Zuhörende!

Ich muss schon sagen, das passiert mir selten. Es passiert mir echt selten, dass ich einer Landesrätin zuhöre, eigentlich gefühlt zum 20. Mal das Gleiche höre, und mir denke: „Hat sie außer Zynismus, Abgehobenheit, und ein berechtigtes Anliegen heruntermachen, überhaupt nichts zu bieten?“ (KO LTabg. Riener: „Das ist eine Frechheit.“) Und genau das war die Antwort auf diese Dringliche Anfrage. Es tut mir wirklich leid, es war zynisch, es wurde zum wiederholten Male nicht auf die eigentlichen Probleme eingegangen, das ist sehr, sehr bitter, weil es hier um Menschen geht. Es geht um Menschen, die uns anrufen, und sicher auch andere hier im Raum, da bin ich überzeugt davon, auch Bürgermeister, denke ich, werden das Problem kennen, z.B., also mein Kollege hat es eh auch gesagt, in der Gesundheitsversorgung am Land, aber auch in der Pflege rund um Graz. Dort, wo ich wohne, rufen mich Menschen an, die händeringend für ihre Angehörigen einen Platz suchen, und keinen finden – keinen! Ein Bekannter von mir, selber schon fast 70, pflegt seine Schwester, kann nicht mehr, und findet keinen Platz. Und jahrelang, und ich sage nicht, dass das nur die Verfehlungen dieser aktuellen Regierungsperiode sind, jahrelang wurde hier fehlgesteuert. Jahrelang wurde zugelassen, dass ein Wildwuchs an Pflegeheimen entsteht, und nicht auf die Menschen geschaut wird, die dort arbeiten, nicht auf die Arbeitsbedingungen geschaut wird, und letztlich dieses vielgelobte Prinzip mobil vor stationär einfach nicht umgesetzt wurde. Und jetzt stehen wir mitten in einem Pflege- und Gesundheitsnotstand. (KO LTabg. Riener: „Das stimmt ja nicht. Wir haben Tageszentren!“) Und Entschuldigung, ich möchte es an der Stelle schon auch einmal sagen, wenn alles so richtiggemacht wurde, dann frage ich mich, stehen die Betten leer, (LTabg. Dirnberger: „Weil wir zu wenig Leute haben. Überall haben wir zu wenige!“) weil alles so richtiggemacht wurde? Gibt es das Personal nicht, weil alles so richtiggemacht wurde? (LTabg. Dirnberger: „Bitte ganzheitlich denken!“) Ich glaube, es wäre halt wichtig, einmal nicht weiter in dieser Mentalität zu verharren: Kopf in den Sand, es war alles richtig, und ich mache mich über irgendwelche anderen Ebenen her, sondern zu sagen, die Fehler wenigstens anzuerkennen und zu sagen: „Ja, es braucht auch in der Gesundheit, und es braucht auch in der Pflege ein wirkliches Paket, das jetzt rasch hilft!“ (Beifall bei den Grünen) Und ich bin, glaube ich, bekannt dafür – und wir haben ja auch, ich war ja bei vielen Gesundheitskonferenzen des jetzigen Herrn Landeshauptmannes dabei, als er noch Gesundheits- und Pflegelandesrat war, und viele von euch waren auch dabei, das weiß ich, und ihr habt sicher auch noch seine Worte in den Ohren, die klingen so nach bei mir: „Die Steirerinnen und Steirer sollen gesünder werden, als der Rest der Welt!“ Und heuer im Sommer wurden Intensivpatienten nach Kärnten ausgeflogen. Und wenn das das Einzige

wäre, und sonst in der niedergelassenen Versorgung und überall dort, wo wir dringend auch Entlastung für Ambulanzen und für Spitäler brauchen, alles gut ausschauen würde, dann hätten wir das Problem vielleicht nicht. Aber dadurch, dass man es ignoriert, sich doch mit einer zynischen Art hinstellt und alles abtut, und so tut, als gäbe es kein Problem, wird das Problem nicht gelöst werden. (*Beifall bei den Grünen*) Ich habe das so empfunden. Es war sehr herablassend die Art und Weise, (*KO LTabg. Riener: „Das stimmt ja so nicht. Da ist eine falsche Darstellung!“*) wie die Frau Landesrätin heute auch meinen Herrn Kollegen angesprochen hat, war extrem herablassend, (*KO LTabg. Riener: „Das machst du normalerweise nicht!“*) und ich habe nicht gehört, (*allgemeine Unruhe*) – ich freue mich, dass nach diesem etwas verschlafenen Sonderlandtag jetzt doch noch etwas Lebhaftigkeit in die Debatte kommt – aber ich habe nicht gehört, dass einmal ein Bekenntnis gekommen wäre. Und ihr alle wisst es: Für Pflege ist die Landesebene zuständig. Wenn das jetzt irgendwer bestreiten will, dann (*KO LTabg. Riener: „Das hat kein Mensch gesagt!“*) ja, und jetzt gibt es ein wirklich beachtliches Paket auf Bundesebene, die erste Pflegereform, die den Namen verdient seit 30 Jahren, und dann heißt es: „Ja, wir können eben da nicht wirklich etwas machen!“ (*Landesrätin Dr. Bogner-Strauß: „Das stimmt ja nicht. Es ist nur kein Geld gekommen!“*) Und ja, es ist auch in der Elementarpädagogik etwas gemacht worden jetzt vom neuen Herrn Landesrat, das heute auch durchaus von meiner Kollegin gelobt worden ist. Wir haben natürlich dann auch noch weitere Schritte gefordert, aber genau so etwas, genau so etwas braucht es in der Pflege auf jeden Fall ganz rasch. (*Beifall bei den Grünen – KO LTabg. Riener: „Wir sind ja dabei!“*) Ich bin ja auch mit dabei, Barbara Riener, weil wir haben ja auch den gemeinsamen Antrag eingebracht, wir glauben auch, dass hier einiges schon, das hat ja die Frau Landesrätin gesagt, in Arbeit ist, aber wir glauben halt auch, es tut mir leid, dass es hier jetzt rascher etwas braucht. Der Herr Landesrat hat ein paar Wochen gebraucht, und in der Pflege ... es tut mir leid, es regt mich eben auch deshalb so auf, weil ich hier seit sieben Jahren hier genau vor dem warne, was jetzt passiert ist. Ich und meine Vorgänger_innen haben schon davor gewarnt. Und jetzt, glaube ich, braucht es ein rasches Signal auch, ein wirklich rasches, (*KO LTabg. Riener: „Und wir lange habt ihr gebraucht auf Bundeseben?“*) und zwar durchaus auch ein wertschätzendes, dass hier den Menschen, die in der Pflege jetzt arbeiten, und die wir hoffentlich dazubekommen, wenn wir ein Paket schnüren, das für die auch Anreize bietet, ein klares Signal gibt. Das ist alles. Und was ich mir vor allem wünsche – und deswegen hat mich das heute auch so geärgert – ist, dass wir in der Diskussion, in der Debatte, nicht immer auf diese Ebene kommen, wo es dann heißt: „Ja,

irgendwer muss irgendetwas tun, aber wir haben eh schon so viel getan!“ Also bitte, wenn alles so super ist, dann hätten wir das Problem nicht. Und ich habe jetzt zahlreiche Beispiele geschildert. Und in unserem Entschließungsantrag fordern wir genau das, weil ich glaube, auch wenn sicher schon gearbeitet wird, muss es jetzt wirklich verdammt schnell gehen, wir fordern nämlich ein Pflegepaket, wir fordern, dass das Pflege- und Betreuungsgesetz noch heuer wirklich umgesetzt wird und damit eben in Summe die Situation der Menschen, die pflegen, und die händeringend einen Pflegeplatz suchen, ganz rasch verbessert wird. Und wie gesagt, ich sehe einfach nicht ein, das hochberechtigte Anliegen für diese Menschen, für die Menschen in diesem Land, dann abgetan werden und eigentlich nur eine Ausrede gesucht wird, auf die man das alles schieben kann.

So, jetzt bringe ich unseren Entschließungsantrag ein und ich würde mich sehr freuen, wenn das einfach auch jetzt dazu beiträgt, dass rasch wirklich etwas umgesetzt wird.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Bis zum Ende des laufenden Jahres ein Paket für in der Pflege beschäftigtes Personal und angehende Pflegekräfte vorzulegen, welches sowohl finanzielle Anreize und Verbesserungen in der Entlohnung, als auch Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beinhaltet;
2. bis zum Ende des laufenden Jahres einen Gesetzesvorschlag für das angekündigte Pflege- und Betreuungsgesetz vorzulegen und
3. die im Landtag vertretenen Fraktionen in den Gesetzgebungsprozess einzubinden und diese über die nächsten geplanten Schritte zu informieren.

Und genau das würde ich mir eben wünschen, weil dann würden wir vielleicht mehr wissen, was läuft und auch eingebunden werden, brauchen wir vielleicht manche Fragen dann hier nicht zu stellen, das mag schon sein, bis jetzt ist seit diesem Beschluss des Antrages nichts weiter passiert aus meiner Sicht. Ich weiß nicht, was ihr dann alles schon erarbeitet, aber wir sind da nicht eingebunden und es ist absolut legitim, aus meiner Sicht, diese Fragen zu stellen.

Danke. *(Beifall bei den Grünen – 16.52 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Marco Triller. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

LTabg. Triller, BA MSc – FPÖ (16.53 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Zuseher!

Vorweg darf ich eine punktuelle Abstimmung beantragen zum Entschließungsantrag der KPÖ, der noch eingebracht wird, mit der Einl.Zahl 2489/6. Wir können da mit dem ersten Punkt nicht mitgehen. Da geht es um „die Kooperation mit der Sigmund Freud Privatuniversität umgehend beenden“, da sind wir dagegen, und zwar aus dem Grund, weil dann wirklich Medizinstudenten auf der Strecke bleiben, weil sich das einfach wirklich nicht mehr ausgeht, dass sie woanders studieren, d.h., sie würden ein Jahr verlieren. Da können wir nicht mit, mit den anderen Punkten stimmen wir mit. Frau Landesrätin – oder ich möchte mich vorweg bei den Grünen auch bedanken für diese Dringliche Anfrage, die ist irrsinnig wichtig, es ist da etwas aufgekommen, was keine gute Optik einfach darstellt an der Sigmund-Freud-Universität. Aber wir Freiheitlichen haben zumindest auch immer schon seit dem Jahr 2015 gefordert, dass Studienplätze vorwiegend auf öffentlichen Universitäten zur Verfügung gestellt werden, weil es einen Ärztemangel gibt. Der ist ja nicht seit gestern bekannt, das weiß man ja schon viel länger, aber diesbezüglich wurde nie etwas getan. Dein Vorgänger hat sogar gesagt, dass es sittenwidrig wäre, ja, ich bin froh, dass mittlerweile da die Gedanken zu diesem Thema ein bisschen anders sind, und man mittlerweile auch mitbedenkt, dass es wichtig ist, den Ärztemangel in diesem Bereich auch zu bekämpfen, sei es jetzt an einer Privatuniversität, was jetzt, wenn man die Optik betrachtet, nicht ganz so hervorragend gestartet hat. Ich hoffe trotzdem, dass das in Zukunft irgendwie hinwauert, dass vor allem die Studentinnen und Studenten da das komplette Studium auch durchziehen können, auch wenn es in Zukunft noch weitere Studienplätze gibt, sagen wir Freiheitliche: Alles, was den Ärztemangel irgendwie eindämmen kann, ist gut und wichtig und unterstützen wir und so auch beispielsweise an den öffentlichen Universitäten. Frau Landesrätin, wir sind alle davon ausgegangen, dass eben im Jahr 2023, also im Wintersemester 2023/2024 sofort mit einer hohen, guten Anzahl an Studentinnen und Studenten dann an der Med-Uni beginnen können. Das ist jetzt anscheinend noch nicht der Fall, weil wenn man den Rektor Samonigg hernimmt, sagt der: „Naja, Gespräche sind geführt worden“, aber anscheinend gab es noch keine Antragsstellung und diese Antragsstellung muss aber bis, also, bald einmal, ehest baldig gestellt werden, weil sonst wird das mit 2023/2024 nichts. Und dann hätten wir wieder ein Jahr verloren, und das wäre wiederum ein verlorenes Jahr, wo wir eh jeden Arzt, gerade in der peripheren Region brauchen, benötigen. Auch, wenn sie jetzt in die Forschung gehen, ja, das kann auch sein, aber man muss heutzutage wirklich, sage ich, einige Studenten schon

verpflichten, oder zumindest das anbieten, sie bekommen einen Studienplatz und können dann in weiterer Folge, sei es in einem KAGes-Krankenhaus, oder wo auch immer, tätig werden. Und ich glaube, da gibt es viel zu tun und es können nicht genügend Studienplätze sein. Offensichtlich hat einzig und allein das Österreichische Bundesheer das mit heurigem Jahr wirklich zusammengebracht, wo Studienplätze an der Med-Universität in Wien zur Verfügung gestellt wurden. Diese verpflichten sich wirklich über einen langen Zeitraum dann in weiterer Folge nach der Ausbildung, als Militärärzte tätig zu sein. Ich glaube, das ist ein Modell, sollten wir vielleicht Verbindung aufnehmen mit der Verteidigungsministerin Tanner, wie das funktioniert, dass man das ummünzt eben auf Landesebene. Aber ich glaube, in diesem Bereich haben wir noch so viel zu tun, und jeden Tag wird es eigentlich schlimmer, weil jeden Tag haben wir weniger Ärzte und jeden Tag haben unsere Patienten dann weniger, wo sie betreut werden können. Ich darf in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1 entsprechende Ersuchen an das Bildungsministerium respektive an die in Frage kommenden Medizinischen Universitäten (insbesondere an die Medizinische Universität Graz) zu richten, um sicherzustellen, dass ab dem Studienjahr 2023/2024 eine bestimmte Anzahl der Medizinstudienplätze für Personen reserviert ist, die sich nach Abschluss ihres Studiums zu einer mehrjährigen Tätigkeit bei der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. (KAGes) verpflichten,
- 2 Gespräche mit Vertretern der Österreichischen Gesundheitskasse zu führen, um in Erfahrung zu bringen, ob diese bereits entsprechende Ersuchen an das Bildungsministerium respektive an die in Frage kommenden Medizinischen Universitäten (insbesondere an die Medizinische Universität Graz) gerichtet haben, damit ab dem Studienjahr 2023/2024 eine bestimmte Anzahl der Medizinstudienplätze an den öffentlichen Universitäten für Personen reserviert ist, die sich nach Abschluss ihres Studiums zu einer mehrjährigen Tätigkeit als Kassenarzt in der Steiermark verpflichten sowie
- 3 dem Landtag über die dahingehend erfolgten Schritte in der nächsten ordentlichen Landtagssitzung zu berichten.

Ich ersuche um Annahme des Antrages und sage herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 16.58 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (16.58 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende via Livestream!

Jetzt kann ich ganz viel von dem, was ich mir notiert habe, weglassen, weil der Kollege Triller schon so zusammenfassend gesprochen hat, und ich vieles teile. Eine Erklärung vielleicht noch, weil ihr ja eine punktuelle Abstimmung verlangt: Der erste Punkt bei unserem Entschließungsantrag meint natürlich nicht, dass man die Kooperation jetzt beendet und die Studierenden dann sozusagen alle rausschmeißt, sondern dass man in weiterer Folge diese Kooperation beendet, dass es sozusagen nicht mehr weitergeht, also nicht im Laufenden. Tut mir leid, das ist anscheinend nicht gut formuliert gewesen. Ich beginne jetzt mit dem, was die Frau Landesrätin zu Beginn auch in ihrer Einleitung gesagt hat, nämlich, dass die Grünen da Angst geschürt hätten, und auch bei der Wortmeldung von der Kollegin Krautwaschl gab es ja großen Aufruhr jetzt auf der Seite der ÖVP, und ich möchte festhalten, dass das schon etwas ist, wo ich dann auch immer wieder den Kopf schütteln muss und das unterstreiche, was die Sandra gesagt hat, oder der Georg gesagt hat. Es wird ja nicht einfacher, oder anders, wenn man möglichst die anderen beschimpft und sagt: „Ich kann überhaupt nichts dafür!“ Also ich glaube, es geht nicht um irgendwelche Schuldzuweisungen, wir haben von Anfang an diese Kooperation kritisiert, ihr kennt die Geschichte alle, man hat sich gewundert auf unterschiedlichen Ebenen: Wieso genau mit einer Privatklinik, wieso nicht mit der Universität in Graz, was sind die Gründe dafür? Und auch da muss ich jetzt dem Kollegen Schwarzl Recht geben, auch ich habe jetzt weder bei den letzten Malen, noch heute gehört von dir, Frau Landesrätin, was denn die Gründe sind. Und irgendwann kommt man dann schon in diese Situation, dass man so das Gefühl hat: Ja, worum geht es da eigentlich? Als Landesrätin muss ich ja begründen können, warum ich diese oder jene Kooperation eingehe. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen)* Wir wissen es immer noch nicht. Und jetzt wissen wir eben, und du hast es noch einmal betont: Im Moment verfügt diese Privatuni natürlich über die notwendige Akkreditierung und ist berechtigt, das Studium der Humanmedizin für Studierende anzubieten. Aber es gibt natürlich jetzt eben auch diese andere Seite, wo eben diese Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria eben empfohlen hat, dass man das beendet. Das steht jetzt einfach im Raum, und es geht jetzt nicht darum, Frau Landesrätin, dass man hier irgendjemandem sagt: „Ihr verbreitet Lügen“, ob das jetzt eine andere politische Fraktion

ist, oder ob das ein Zeitungsartikel ist – den Kollegen Schnitzer und den Kollegen Dirnberger interessiert es auch total, was wir da besprechen –, sondern es geht darum, dass man ja als Landesrätin eine Verantwortung hat. Und wenn so etwas in der Zeitung steht, dann denke ich mir, dann müsste man ja hergehen, der Sache nachgehen und sagen: „Was ist da eigentlich los?“, und nicht hergehen und sagen: „Der böse Artikel, oder die böse Grüne Fraktion“, oder wer auch immer. Ich glaube, das liegt in deiner Verantwortung, es liegt in der Verantwortung der Landesregierung, wenn so etwas auftaucht, und ich stelle da überhaupt keine Behauptungen auf, (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen*) sondern das wird eben in einem Artikel so beschrieben, und der Sache muss man eben nachgehen. Und da hätte ich jetzt gerne noch eine Antwort bitte von dir, denn, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, dann hast du gesagt in der Einleitung: „Selbst wenn die Akkreditierung widerrufen wird, die Studierenden können garantiert zu Ende studieren!“ Habe ich das richtig verstanden? (*KO LTabg. Riener: „Ja, das ist auch in der Zeitung gestanden!“*) Okay. Ich habe es jetzt nachgefragt, ob es die Frau Landesrätin so gemacht hat, denn dann würde mich jetzt schon interessieren: Wo studieren sie dann fertig? Studieren sie dort auf der Uni, wenn ihnen die Akkreditierung entzogen wird, fertig? Was ist denn das dann für eine Qualität und kannst du das als Gesundheitslandesrätin befürworten, dass man Studierende auf einer Privatuni, der die Akkreditierung entzogen wurde, weiterstudieren lässt? Das möchtest du gerne? Also die Frage, wenn ich es (*Beifall bei der KPÖ*) so verstanden habe, ist das, glaube ich, das Ergebnis. Und da muss ich ganz ehrlich sagen, das möchte ich nicht. Also ich möchte mich nicht von jemandem behandeln lassen, der auf einer Privatuni, die gar keine Akkreditierung hat, fertigstudiert hat. Ich meine, ich weiß ja nicht, wie ihr das seht, ich ginge jetzt eher lieber zu jemandem, der ein Studium abgeschlossen hat auf der Universitätsklinik Graz, zum Beispiel. So, aber es ist eine Frage, und ich bitte um Beantwortung. Was wir uns eben jetzt gedacht haben, ist das, jetzt habe ich das noch einmal gesagt, tut mir leid, dass das nicht so genau formuliert wurde, wir haben uns gedacht, es ist wahrscheinlich gescheiter, nachdem diese Kooperation ja von Anfang an – jetzt formuliere ich es pathetisch – unter keinem guten Stern gestanden ist, nachdem es sehr viel Kritik von unterschiedlichen Ebenen gegeben hat, und wir uns ja auch die Frage gestellt haben, wenn man jetzt, und es ist nichts gegen die Idee zu sagen, natürlich brauchen wir Studienplätze, aber es haben sich, glaube ich, alle die Frage gestellt: Aber warum keine Kooperation mit der Universitätsklinik in Graz, warum nicht mit steirischen Unis zusammenarbeiten, warum geht man nach Wien, warum sucht man die Kooperation mit einer Privatklinik? Wie gesagt, wir wissen es ja noch immer nicht. Ich

glaube, es ist nicht die Aufgabe des Landes Steiermark, mit einer Privatuni zu kooperieren, das halte ich einmal prinzipiell nicht für die erste Priorität. Was anderes wäre, wenn man jetzt auf dem Landeskrankenhaus schon alle Plätze besetzt hätte, und es gibt so viele Bewerber und Bewerberinnen, die man noch irgendwo unterbringen will, wenn man dann sagt: „Okay, machen wir mit dieser oder jener Privatklinik eine Kooperation“, würde ich es auch noch nachvollziehen können. Wir wissen alle, wir brauchen mehr Medizin-Studienplätze, aber ich würde schon sagen, bitte zuerst einmal an öffentlichen Universitäten. Und aus dieser ganzen Debatte heraus, und diesem Zustand, wie sich das jetzt eben alles entwickelt, stellen wir folgenden Entschließungsantrag:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert: Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Kooperation mit der Sigmund Freud Privatuniversität umgehend zu beenden;
2. in Gespräche mit der Medizinischen Universität Graz zu treten, um eine ähnliche Form der Kooperation mit der Öffentlichen Med-Uni Graz abzuschließen und dem Landtag über den Fortschritt der Gespräche Bericht zu erstatten;
3. an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, die notwendigen Voraussetzungen für eine Erhöhung der Studienplätze des Studiums Humanmedizin zu schaffen.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der KPÖ – 17.06 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Matthias Pokorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Pokorn – ÖVP (17.06 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream!

Zur gesamten Thematik möchte ich einleitend festhalten, dass die Weiterentwicklung des steirischen Gesundheitssystems für die ÖVP und die SPÖ oberste Priorität hat, und wir uns kompromisslos dafür einsetzen werden, die bestmögliche Gesundheitsversorgung in unserem Bundesland zu gewährleisten. Fakt ist, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, egal, wie man es dreht und wendet, wir brauchen mehr Ärztinnen und Ärzte sowie medizinisches Personal. In erster Linie, um die Betreuungsqualität im niedergelassenen Bereich und in den Spitälern zu gewährleisten, aber auch, um andere ärztliche Tätigkeiten in der Wissenschaft,

und auch in der pharmazeutischen Industrie sicherstellen zu können. Der Mangel an Ärztinnen und Ärzten sowie den Kräften im Pflegebereich stellt die steirische Politik, sowie alle Expertinnen und Experten vor Herausforderungen. Da das Gesundheitssystem einer gewissen Dynamik unterliegt, wird es immer hier zu Veränderungen kommen, auf diese muss reagiert werden, und vor allem mit der regelrechten Sorgfalt reagiert werden. Mit dem RSG 2025 und mit dem Gesundheitsplan 2035 stellen wir hier die Weichen, damit die Gesundheitsversorgung fit für die Zukunft gemacht wird. Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung erfordert hervorragend ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner. Wie Sie alle wissen, haben wir im Frühjahr 2022 ein Stipendienprogramm mit der SFU etabliert, und damit einen Partner gewonnen. Nicht nur die Studierenden werden davon profitieren, sondern auch die heimischen Patientinnen und Patienten. Zudem erhält die KAGes zusätzliche Ärztinnen und Ärzte. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen. Die Kooperation mit der SFU ist demnach ausdrücklich kein Votum gegen die medizinische Universität Graz, sie ist ein Votum pro Versorgung. (*LTA*bg. Schönleitner: „Aber es gibt es offensichtlich ein Problem!“) Aber aufgrund der aktuellen Lage kann auch ich, wie unsere Frau Landesrätin Juliane Bogner-Strauß vorher kommuniziert hat, mitteilen, dass die ersten 20 Stipendiaten garantiert, die diesen Herbst ihre Ausbildung anfangen, und dann auch an der SFU diese zu Ende führen können. (*KO LTA*bg. Klimt-Weithaler: „Wo?“) Für diese 20 Studienplätze steht die Landesförderung zur Verfügung. Das Weitere ist ein Behördenverfahren. Es wird von unserer Seite auch weiterhin alles getan, um dem Ärztemangel entgegenzuhalten. Sollte die SFU tatsächlich die Zulassung für das Medizinstudium verlieren, und darum eine künftige Zusammenarbeit nicht mehr möglich sein, wird das Land Alternativen dazu prüfen. Sie wissen alle: Das Medizinstudium ist begehrt, und neben dem Ausbau der Studienplätze an den Med-Unis, der bereits in Angriff genommen wurde, sind weitere Maßnahmen erforderlich, den Anteil der Studienabgänger zu erhöhen, wenn die dann auch tatsächlich in Österreich bleiben. Der dringend notwendig benötigte Nachwuchs an Jungmedizinerinnen und Jungmedizinerinnen muss im Land gehalten werden. Auch daran arbeitet man mit Hochdruck. Und aus diesem Grund begrüßen und unterstützen wir die derzeit bestehende Kooperation mit der SFU, um unseren Landsleuten eine weitere Möglichkeit für eine medizinische Ausbildung anzubieten. So profitiert am Ende nicht nur das Land Steiermark, wenn mehr Ärztinnen und Ärzte hier praktizieren, sondern – und das ist das Wichtigste – die Patientinnen und Patienten. Und bevor ich jetzt zum Ende komme, möchte ich noch mit ein paar Aussagen meiner Kolleginnen und Kollegen

aufräumen. Herr Abgeordneter Schwarzl, lieber Georg, du hast gesprochen davon, dass die Notfälle ausgeflogen werden aus unserem Bundesland, in andere Bundesländer gebracht werden. Ich sage dir etwas ganz Klares aus dem medizinischen Alltag: Das ist etwas ganz Normales. Der Austausch, dass Patientinnen und Patienten regional verlegt werden, der Austausch auch zwischen Bundesländern ist im Alltag gegenwärtig. Das möchte ich hier nur einmal festhalten. Du hast die Versorgung chronisch Kranker und Diabetiker angesprochen, dass es hier so katastrophale Zustände gibt. Mir kommt es manchmal so vor, als ob, wenn man z.B. in der Gesundheitsplattform sitzt, und wir über tolle Projekte, die schon am Laufen sind, bzw. in Zukunft gestartet werden, diskutieren und sprechen, dass es hier vielleicht ein akustisches Problem gibt, das bei dir dann nicht durchdringt, und dass man da gewisse Projekte, die am Start sind, die wirklich toll sind, einfach nicht hört, oder vielleicht auch absichtlich weghört. Ganz wichtig wäre vielleicht auch, dass wir im Bund auch Rahmenbedingungen schaffen, damit diese jungen Ärztinnen und Ärzte bei uns in Österreich bleiben. Ich rede nicht von der Steiermark, ich rede von Gesamtösterreich. Und eines möchte ich dir auch noch sagen. Du hast darüber gesprochen, dass Ärztinnen und Ärzte, oder du auf der Med-Uni scheinbar, nicht die Ausbildung genießen hast dürfen, was notwendig ist, eine Ordination zu gründen. Ich kann dir im Gegensatz dazu sagen, ich habe sehr wohl in meiner Ausbildung an der Medizinischen Universität Graz Seminare besuchen können, und habe das vermittelt bekommen, was notwendig ist, um eine Ordination als Jungmediziner zu eröffnen. Das möchte ich einmal nur hier nur auch so noch sagen. Des Weiteren, Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, Sie haben über die Qualität der Studierenden an dieser Privatuniversität, der SFU, gesprochen und gesagt, dass Sie sich hier nicht behandeln lassen wollen, wenn die fertig werden. *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ: „Na, na, na, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wenn die Akkreditierung weg ist und sie dann weiterstudieren.“)* Genau das wurde gesagt, und ich muss jetzt eines dazu sagen: Es gibt diese Akkreditierung, d.h., es wurden hier Qualitätskriterien dieser Privatuniversität erfüllt, und das heißt jetzt nicht, dass diese Akkreditierung hier noch entzogen wird. Es gibt weiterhin in diesem Behördenverfahren die Möglichkeit, dass diese Akkreditierung sehr wohl auch weiterhin erteilt wird, und dementsprechend würde ich hier ganz, ganz gut aufpassen, wie man das kommuniziert, weil vor allem auf diesem Rücken der Studierenden, die jetzt schon verunsichert sind, jetzt weiters mit solchen Aussagen Verunsicherung zu schüren, *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Die Frau Landesrätin hat von Worst Case gesprochen!“)* muss ich wirklich sagen, das finde ich absolut und äußerst befremdlich, was Sie hier gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Abschließend ist zu sagen: Verlassen Sie sich darauf, dass wir trotz dieser schwierigen Bedingungen, die wir jetzt bereits besprochen haben, alles tun werden, um die qualitätsvolle Gesundheitsversorgung in der Steiermark sicherzustellen. Danke schön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.13 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Bitte schön.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (17.13 Uhr): Danke schön.

Eine tatsächliche Berichtigung, Kollege Pokorn. Ich habe nicht gesagt, ich würde mich nicht von jemandem behandeln lassen, der auf dieser Privatuni Humanmedizin studiert, ich habe gesagt, ausgehend von dem Worst-Case-Szenario, das die Frau Landesrätin gezeichnet hat, wenn die Akkreditierung entzogen wird, und dort jemand fertig studiert, möchte ich mich von diesem Arzt, von dieser Ärztin, nicht behandeln lassen. Und dass die Dinge, die ich sage, für euch manchmal befremdlich sind, davon gehe ich aus. *(Beifall bei der KPÖ - 17.14 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet die Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

KO LTAbg. Riener – ÖVP (17.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn es ein Verfahren, ein behördliches Verfahren für eine Zulassung einer Universität gibt, und was üblich ist, dieses Verfahren immer wieder auch, was ja in einem internen Monitoringbereich in den öffentlichen Universitäten stattfindet, bei den Privatuniversitäten regelmäßig – unsere Wissenschaftssprecherin kann das bestätigen –, regelmäßig auch stattfindet, wird natürlich dieses behördliches Verfahren so abgeführt, wenn es absolut mangelhaft ist, dann wird zugesperrt. Das ist überall so. Wenn aber gesagt wird – und so wurde es bereits dargelegt, ich habe es auch aus der Zeitung, also ich lese auch Zeitung, liebe Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler –, wurde dargelegt, dass diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, sondern dass alle, die jetzt angefangen haben und im Herbst anfangen, weiter und fertig studieren können. Denn es geht ums Personal, und wenn keine neuen Studierenden dazu kommen, dann ist das Personal ausreichend. So habe ich das aus der Zeitung verstanden, und ich vertraue auf den Rechtsstaat Österreich, dass eben, wenn wirklich so mangelhaft, so

mangelhaft auf einer Privatuni gearbeitet werden würde, dass man diese ganz zusperrt. Und deswegen bitte auch nicht Patienten verunsichern, dass diese Ärzte, es sind ja nicht nur die 20, die fertig studieren, sondern es sind ja über 1000 Studierende, oder 600 Studierende auf der SFU, die dann fertig studieren. Also insofern bitte da nicht noch zusätzlich Verunsicherung betreiben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und zum Kollegen Schwarzl, der die Dringliche eingebracht hat, naja, der Standort bestimmt den Standpunkt. Wenn ich jetzt die Gate-Keeper-Funktion anspreche, das ist eindeutig Bundesmaterie, ich war selber dabei, wie wir das abgeschafft haben. Ich rede die ganze Zeit schon davon, dass das ein Fehler war. Ein Fehler war bei der Einführung der E-Card, dass man gesagt hat, man braucht das nicht mehr, im Gegensatz zu allen anderen Ländern, wo es besser läuft. Aber deswegen haben wir nicht mehr Ärzte. Aber alles, wo das besser läuft, insofern, dass zumindest in den Krankenhäusern nicht zu viele Patienten hinkommen, die eigentlich dort nicht notwendigerweise hinkommen müssten, die könnten wir über eine gute Gate-Keeper-Funktion sozusagen in den Griff bekommen. Aber das bedeutet ASVG-Änderung, und nicht, dass wir in der Steiermark was ändern, und das ist Bundesmaterie. Also bitte nicht einfach das hernehmen, wie man es gerade braucht. Ich meine, das ist zwar das politische Geschäft, gestehe ich zu, aber jetzt darf ich nämlich auch unsere Sicht dazulegen, und das ist mir wichtig. Ich würde mir deine Unterstützung diesbezüglich wünschen, dass man das auf Bundesebene gut korrigiert. Weil es gibt zwei Jahre bereits Gesundheitsminister der Grünen, ich habe aber diesbezüglich nichts gehört. Wir reden immer wieder, Wahlarztsystem, systemrelevante Unterstützung, da habe ich bis jetzt auch noch nichts gehört. Es geht um gleiche Leistungen bitte im niedergelassenen Bereich, und, was folgen würde, gleiche Bezahlung. Da sagt sogar die Ärztekammer: „Ja“, wenn die gleichen Leistungen sind, ist es logisch, dass man eine gleiche Bezahlung macht, gleiche Honorare. Ja bitte, warum geht man das nicht an? Und jetzt sag nicht, das ist jetzt eine eigene Geschichte mit den Sozialversicherungen, weil dann würde ich da sagen, das, was da die ganze Zeit an unsere Frau Gesundheitslandesrätin herangetragen wird im Laufe der Debatten, ist auch oft der niedergelassene Bereich. Also bitte auch auf Bundesebene die Verantwortung wahrnehmen, und nicht nur bei uns immer Gas geben. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*. Und eines geht mir schon eine Zeit lang durch den Kopf: Wir haben österreichweit einen Großgeräteplan, da wird, wenn es um Geräte geht, um den Geräteeinsatz, haben wir eine österreichweite Zusammenschau. Im stationären Bereich haben wir das nicht. Wir haben Hartberg und Oberwart nebeneinander – viele Patientinnen und Patienten aus dem Bezirk Hartberg fahren nicht nur nach Oberwart, sondern fahren auch nach Niederösterreich,

und so weiter, und so fort. Also diese Diskussion auf Bundesebene zu beginnen habe ich auch noch nicht gehört. Das habe ich auch hier noch nicht gehört. Wäre vielleicht dann auch eine Sache, dass wir uns dann nicht gegenseitig das Personal abgraben und die Ärzte abgraben mit dem Hochlizitieren von Gehältern. Würde aber eine positive Folgeerscheinung sein. Ich glaube, alle wissen jetzt, was ich meine. Also insofern, bitte, es ist auch erlaubt, auf Bundesebene kreativ zu sein und Maßnahmen zu setzen. Und jetzt zur Klubobfrau Krautwaschl. Sandra, deine Aussage vorher hat mich schon ziemlich betroffen gemacht. So kenne ich dich nicht. Und da will sie auch gar nicht zuhören im Moment, weil das ist natürlich etwas, das war nicht fein. Weil nämlich im Grunde genommen ich dich als Sachpolitikerin kenne, und auch in unseren Gesprächen so wahrnehme. Das war aber unter der Gürtellinie. Und ich muss ganz ehrlich sagen, dieser persönliche Angriff auf unsere Frau Landesrätin, die sich bemüht, redlich bemüht, und ich werde es noch ausführen, was alles geschehen ist. Und ich kann mich erinnern, genau das habe ich vor dem Sommer auch ausgeführt. Es ist immer das Gleiche mit dem, du nimmst auch nicht wahr, was bereits geschehen ist, und deswegen weise ich diesen Vorwurf, und vor allem in der Art und Weise, wie du es getätigt hast, aufs Schärfste zurück. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich bin bei dir, ich würde es auch gerne schneller machen manche Dinge. Aber was du heute im Vergleich gesagt hast, Werner Amon, Landesrat Amon, dieses Maßnahmenpaket für Pflege haben wir im Mai beschlossen. Das zur Bildung ist jetzt am Dienstag auf der Tagesordnung. Und heute bei der Dringlichen hat Landesrat Amon gesagt, er möchte eine anständige gesetzliche Grundlage machen. Er will kein Husch-Pfusch-Gesetz, er will das anständig gut auf die Beine stellen und das wurde alles jetzt positiv bemerkt, aber ich bitte darum, das Gleiche auch unserer Frau Landesrätin zuzugestehen. Pflege ist eine Materie, die äußerst schwierig ist, wo viele Bundesgeschichten auch mit hineinschwappen, und wir haben gemeinsam eine Grundlage geschaffen mit den Inhalten, aber das muss jetzt in ein Gesetz gegossen werden. Und diese gesetzliche Grundlage, an der wird gearbeitet. Es wird eine Regierungsvorlage geben, ich habe dir das persönlich auch gesagt, es wird eine Regierungsvorlage geben, wo es ein breites Begutachtungsverfahren vorgesehen ist, d.h., alle können mitreden, und wir debattieren dann im Landtag, im Ausschuss, im Unterausschuss und hier im Landtag. Also diese Vorgangsweise bitte, die da dem Herrn Landesrat Werner Amon zugestanden wird, das auch unserer Frau Landesrätin zuzugestehen. Das bitte ich euch. Und ich darf jetzt sagen, was haben wir alles gemacht:

- Pflegedrehscheibe ausgebaut, bis hin zu Beratungen in die Gemeinde. Kontraproduktiv waren doch die Community-Nurses, das darf ich dir schon sagen, weil da haben wir nämlich Doppelgleisigkeiten inzwischen, das können euch die Bürgermeister auch sagen.
- Wir haben die Alltagsbegleitung auf die Beine gestellt und ausgebaut.
- Wir haben Tageszentren ausgebaut.
- Es wird intensivst an der Zentralisierung der Heimaufsicht gearbeitet.
- Taschengeld haben wir schon vor dem Bund gehabt; der Bund hat uns dann das Geld Gott sei Dank, dankenswerter Weise, sage ich auch, dankenswerter Weise, auch zur Verfügung gestellt.
- Pflegestiftung mit der Landesrätin Doris Kampus; schon lange auf dem Weg, dass wir eben auch bezüglich Personal bessere Umschulungen, usw., haben, damit wir auch schneller ins Gehen kommen.
- Schnellere Anerkennung von Berufsqualifikationen.
- Die Möglichkeiten von Umstiegen, wie bereits erwähnt, in der Pflegeausbildung.
- Die PAVO wurde verändert.

Also insgesamt, dass nichts geschehen ist, kann ich nur aufs Schärfste zurückweisen, weil sonst hätte ich jetzt ein falsches Wort gesagt, kann ich nur aufs Schärfste zurückweisen, und ich bitte darum, und das ist mir jetzt wichtig, liebe Sandra: Wir haben einen guten Prozess gehabt vor dem Sommer. Und ich bitte, dass wir gemeinsam, zum Wohle unserer Steirerinnen und Steirer den Weg gehen. Diese Materie ist eine schwierige und ist aber auch eine wichtige, und ich habe in den Gesprächen das auch erlebt, dass das für jeden ein persönliches Anliegen ist. Wir haben da vieles vor, und es geht nicht von heute auf morgen. Und deswegen bitte ich darum auch, dass wir gemeinsam weiter Schulter an Schulter daran arbeiten, dass es ein gutes Gesetz für die Steirerinnen und Steirer geben wird. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.24 Uhr)*

Erste Präsidentin Khom: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 2489/2, betreffend Jungmediziner_innen an die Steiermark binden und den Gesundheitsstandort attraktiver machen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 2489/3, betreffend Gemeinsames Bekenntnis des Landtages Steiermark zur Erhöhung der Studienplätze an der Medizinischen Universität Graz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2489/4, betreffend Landeshauptmann Drexler muss Sicherstellung von Medizinstudienplätzen für künftige Spitals- und Kassenärzte zur Chefsache erklären! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 2489/5, betreffend Pflege-Paket endlich auf den Weg bringen! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Entschließungsantrag mit der Einl.Zahl 2489/6 der KPÖ, betreffend Kooperation mit der Sigmund-Freud-Privatuniversität Wien beenden wurde auf punktuelle Abstimmung beantragt vom Herrn Kollegen Triller.

Ich stelle die Frage, wer dem Punkt 1 die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Punkt 2 die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Punkt 3 die Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der KPÖ, der FPÖ und den NEOS, und bei den Grünen weiß ich nicht, ob die vordere und die hintere Reihe gleich entscheidet, also und den Grünen, nicht die erforderliche Mehrheit.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste reguläre Sitzung am 20. September 2022 statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wurde bereits verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Ich möchte mich hier an dieser Stelle heute noch einmal beim Präsidium bedanken, wir haben die heutige Sitzung durchaus mit einer leichten Stresssituation und einer Stehpräsidiale begonnen. Es ist für mich ein schönes Zeichen zu sehen, dass es möglich ist in diesem Haus, auf sachlicher Ebene sehr rasch Entscheidungen zu treffen. Dafür vielen herzlichen Dank.

Wie immer versuchen Sie zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen, versuchen Sie auch das Wir ein bisschen mehr zu leben. Bleiben Sie gesund.

Die Sitzung ist geschlossen. (*Allgemeiner Beifall*)

Ende der Sitzung: 17.28 Uhr